

Peter Ruben
Über den Platz der DDR in der deutschen Geschichte¹

Inhalt

Besetzung und Enteignung	13
Kollektivierung der Landwirtschaft und Militarisierung	15
Die Wirtschaftsreform und ihr Scheitern	18
Die kreditierte Sozialpolitik	20
Die stille Partnerschaft mit der Bundesrepublik.....	24
Konkurs und Abwicklung.....	30
Tabellarischer Anhang	33

¹ Erstveröffentlichung des Textes in *Berliner Debatte INITIAL* 9 (1998)2/3, S. 22-38. Die zum Text gehörende Tabelle der Ereignisse in Juglarzyklen wurde von der *Berliner Debatte* lediglich im Internet publiziert. Für eine Publikation der Arbeit in den *Wiss. Mitt. d. Vereins f. angewandte Konfliktforschung Konfliktforschung Aktuell* 7 (1999)2-3, S. 44-79 hat der Autor eine in den Dimensionen Natur und Technik, Wirtschaft, Politik, Kultur und Wissenschaft synchronisierte Ereignistabelle angefertigt, die wir im tabellarischen Anhang präzisiert vorstellen. Ihr folgt die wirtschaftsgeschichtliche Darstellung aus der zur Veröffentlichung in der *Berliner Debatte* gehörenden Tabelle. (Anmerkung der Hrsg.)

Die Leute, die sich rühmen, eine Revolution *gemacht* zu haben, haben noch immer am Tag darauf gesehen, daß sie nicht wußten, was sie taten, daß die *gemachte* Revolution jener, die sie machen wollten, durchaus nicht ähnlich sah. Hegel nennt das die Ironie der Geschichte, eine Ironie, der wenige historische Persönlichkeiten entgegen.

F. Engels an V. Sassulitsch²

Man kann die Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik unter vielerlei vorausgesetzten Aspekten studieren, als verfrühten Versuch, einen Sozialismus einzurichten, der erst in 200 oder 400 Jahren zu erwarten ist, als Modell der Totalitarismuskonstruktion, als Beispiel der 'beiden deutschen Diktaturen' des 20. Jahrhunderts, mit Blick auf die Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit als eklatante Präsentation eines Unrechtsstaats etc. etc.. Alle solche Gesichtspunkte sind darin als Abstrakta einer bereits perfekten Urteilsbildung unterstellt. Was bei diesem Studium herauskommt, wurde vorher schon gewußt, und wird vom Zeitgeist goutiert. Aber er selbst ist auch ein Teil der Geschichte, wandelbar und morgen mit Gewißheit ein anderer als heute oder gestern. Ahistorische Skizzen, aus den verschlungenen Vorgängen der Geschichte abgezogen, befriedigen gewiß Bedürfnisse nach *Geschichtsbildern* zur Legitimation vorausgesetzter politischer oder auch moralischer Standpunkte. Ein begreifendes Verständnis der Geschichte selbst ist schon deshalb von ihnen nicht zu erwarten, weil sie diese als solche gar nicht thematisieren, sondern aus ihr Geschichten isolieren, die, für das Ganze zu stehen, nicht einmal vorgeben. Die DDR, nicht als einen vergangenen Zustand zu beklagen oder auch anzuklagen, ist Aufgabe der Erkenntnis, sondern sie als besonderen geschichtlichen Vorgang zu studieren, zu erkennen und zu begreifen, als ein Geschehen, das unter bestimmten Bedingungen begann und mit einem bestimmten Resultat als historische Folge endete.

Wo und wann beginnt die Geschichte der DDR? Am 7. Oktober 1949, ihrem Gründungstag? Oder ist der in ihrer wirklichen Geschichte vielmehr nur ein formelles, von Zufälligkeiten bestimmtes Datum? Beginnt sie mit dem Einmarsch der Roten Armee in die deutschen Territorien westlich der Oder und Neiße und den Entscheidungen der Besatzungsmacht? Ist sie also das Resultat sowjetischer Politik in ihrer deutschen Besat-

zungszone, „Stalins ungeliebtes Kind“³? Aber die deutschen Politiker, Künstler, Wissenschaftler, Techniker, die wesentlich an der Schöpfung dieses Staats mitwirkten, der immerhin nicht sehr viel weniger Dauer als Bismarcks Kaiserreich hatte und wesentlich länger als die Weimarer Republik und Hitlers ‘Tausendjähriges Reich’ bestand, hatten eigene Erfahrungen, die sie in der Gestaltung der DDR verarbeiteten. Die Vertreter der Gründergeneration, in der Zeit von 1870 bis 1897 geboren, die in der DDR eine politische Rolle spielten⁴, waren Menschen, die den Ersten Weltkrieg und die deutsche Revolution 1918/19 erlebten, nicht wenige von ihnen damals Mitglieder der Arbeiter- und Soldaten-Räte. Sie gehörten in der Weimarer Republik der KPD, der SPD, auch anderen Parteien an, wirkten in höchst verschiedenen Stellungen. In der Nazizeit, oft antifaschistischen Gruppierungen zugehörig, wurden viele von ihnen in Konzentrationslagern und Zuchthäusern gefangen gehalten. Sie standen im Mai 1945 vor einer Situation, in der ihre Erlebnisse und die damit verbundenen Erfahrungen als Urteilsbedingungen ganz unabhängig davon unterstellt waren, daß Deutschland nunmehr von den Heeren der Anti-Hitler-Koalition besetzt wurde und vom Alliierten Kontrollrat regiert werden sollte. Und es versteht sich, daß eine alliierte Politik im besiegten Deutschland ohne sie gar nicht betrieben werden konnte. Die deutsche Geschichte nach dem Mai 1945 mußte

² Brief vom 3. April 1885. In: MEW 36, S. 307

³ So der Titel einer Arbeit Wilfried Loths: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte. Berlin: Rowohlt 1994

⁴ Ich gebe exemplarisch ein paar Namen aus der Gründergeneration an, ausgewählt nach: B.-R. Barth, C. Links, H. Müller-Engbergs, J. Wiehlgohs (Hrsg.): Wer war Wer in der DDR. Ein biographisches Handbuch. 3. aktualisierte Ausg.. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch Vlg., Oktober 1995 (eine vollständige Aufzählung kann hier nicht gegeben werden, obschon sie für die Wahrnehmung der Generationsfolge sehr wichtig ist):

1860: E. Schiffer,

1874: H. Duncker,

1875: W. Külz,

1876: W. Pieck,

1879: O. Buchwitz,

1882: O. Geschke, H. Schlimme,

1883: E. Hoernle, O. Nuschke,

1886: W. Koenen, G. Sobottka,

1888: J. Orlopp,

1889: B. Koenen, O. Meier,

1891: J. R. Becher, M. Mitzenheim,

1892: F. Dahlem, M. Fechner, A. v. Lenski, M. Seydewitz, K. Steinhoff

1893: W. Adam, J. Dieckmann, H. Geffke-Kaasch, K. Litke, H. Matern, W. Ulbricht, W. Zaisser,

1894: F. Ebert, O. Grotewohl, P. Merker, V. Müller,

1895: E. W. Gniffke, A. Kurella,

1896: E. Correns, H. Warnke,

1897: G. Eisler, B. Göring, H. Jendretzky, E. Lohagen, E. Melsheimer,

einen deutsch-alliierten Dialog realisieren. Und sie konnte dies auch, weil die Alliierten in sich die gleiche politisch-ökonomische Konstellation repräsentierten, die die deutschen antifaschistischen Gruppierungen aus eigener Tradition mitbrachten.

Die Anti-Hitler-Koalition, in den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts am konservativen Antikommunismus ebenso gescheitert wie am antikapitalistischen Kommunismus, wurde erst möglich, als Großbritannien, seit dem Juni 1940 allein im Krieg gegen Hitlerdeutschland stehend, nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion unverzüglich in das Bündnis mit dem russischen Kommunismus eintrat. Sie war nolens volens eine Kriegskoalition der bürgerlichen Demokratie mit dem Kommunismus gegen den faschisierten deutschen Nationalismus, durch diesen selbst provoziert, weil er in seinem Siegesrausch wähnte, mit dem kommunistischen Rußland kurzen Prozeß machen zu können. Man kann diese geschichtliche Entscheidung nicht hoch genug anschlagen. Sie war die Entscheidung gegen den Grund der Niederlage der deutschen Novemberrevolution, gegen das Bündnis Eberts mit Groener. Aus diesem Bündnis erwuchs ja mit Assistenz der junkerlichen Barone die 'nationale Revolution' der Hitlerpartei. Indem die Anti-Hitler-Koalition den Staat dieser 'nationalen Revolution' vernichtete, räumte sie in Deutschland mit der rechten Bedrohung auf und ebnete dadurch das Feld für die einzig verbliebene Alternative: Entweder bürgerliche Demokratie oder kommunistische Rätemacht. Diese Alternative, zwischen November 1918 und Oktober 1923 in Deutschland ein beständiger Teil des politischen Kampfs, war in der Anti-Hitler-Koalition selbst manifest und mit dem Schein von Festigkeit über das reine Kriegsziel hinaus verknüpft. Diese Koalition schuf die Vereinten Nationen und mit ihnen die Basis für ein erreichbares Ziel, das Ende des imperialistischen Zeitalters, das Ende des Zeitalters der Weltkriege.

Man kann nicht behaupten, daß Fundamentalziele der Anti-Hitler-Koalition nicht erreicht wurden. Die Vereinten Nationen haben sich – im Gegensatz zum Völkerbund – bewährt. Der politische Kolonialismus ist im nachfolgenden 4. Kondratieff (1953 beginnend) beseitigt worden. Der Kalte Krieg hat nie zum heißen geführt, weil die einstigen Koalitionäre sich auch als Kontrahenten an ihre Abmachungen von Jalta hielten, also ihre Partnerschaft, zwischen 1941 und 1945 fundiert, nie völlig desavouierten. Aber

in der Deutschlandpolitik schwand die Koalitionskohärenz zwischen 1945 und 1948 dahin. Deutschland wurde zum Feld der historischen Klärung des Problems, ob die kommunistische Antwort auf die soziale Frage das zu halten fähig war, was sie versprach: Auf der Basis des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln eine Wirtschaftsordnung zu errichten, die der des persönlichen Privateigentums in der Entfaltung der menschlichen Produktivität weit überlegen ist. Das Ausscheiden der Deutschen aus dem Feld souveräner Nationalpolitik im Mai 1945 stieß sie in das Feld der Wirtschaft, was sie angesichts der von den Nazis hinterlassenen Trümmerlandschaft zu beackern umgehend und alternativlos in Angriff nahmen.

Sucht man also den Standort der Deutschen Demokratischen Republik, die das formelle Alter von fast 41 Jahren erreichte, in der deutschen Geschichte zu bestimmen, so wird man finden, daß sie die mit Hilfe der russischen Kommunisten und ihrer siegreichen Roten Armee Staat gewordene linke Opposition von 1918/19 (KPD sowie Teile der USPD) ist. Die personelle Kontinuität in der Gründergeneration der DDR ist ganz unverkennbar. Und wenn diese sich nach dem Mai 1945 um viele Personen erweiterte, die 1918/19 durchaus nicht zur linken Opposition gehörten, so muß die Erfahrung mit dem deutschen Faschismus in Rechnung gestellt werden, die 1945/46 die Annahme einer sozialistischen Perspektive Deutschlands in sehr weiten Bereichen der politischen Akteure als Selbstverständlichkeit erscheinen ließ – von der Sozialdemokratie in der Repräsentanz Grotewohls wie Schumachers bis zum Ahlener Programm der CDU, von den Kommunisten nicht zu reden. Daß die DDR unter Besatzungsrecht entstanden ist, bedeutet nur eine konkrete geschichtliche Bedingung des Handelns der linken Opposition. Dieses Schicksal teilt sie mit der Bundesrepublik. Es macht also keine Spezifik der deutschen Politik nach dem Mai 1945 für sich aus. Es besagt nur, daß sie unmittelbar in die internationale Politik eingebettet realisiert werden mußte. Aber das ist für die deutsche Geschichte schlechthin kein neuartiges Phänomen. Die DDR als spezifisch deutsches Geschehen zu verstehen, heißt, sie als Erben des deutschen Kommunismus zu denken. Und der ist wahrhaftig ein hausgemachter Geselle, kein in die deutsche Geschichte hineingeschmuggelter „Agent einer ausländischen Macht“.

Was die DDR-Gründergeneration einte, war gewiß zunächst der Wille, niemals wieder die Möglichkeit in Deutschland zuzulassen, daß ein faschistisches Regime entstehen und die Nation in einen räuberischen Eroberungskrieg gegen ihre Nachbarn führen konnte. Sie mußte obendrein mit der Tatsache fertigwerden, daß entgegen ihrer eigenen Erfahrung der Novemberrevolution das Naziregime durch keinerlei revolutionäre Erhebung der Deutschen selbst, sondern ausschließlich durch die Heere der Anti-Hitler-Koalition zerschlagen wurde. Sie übernahm politische Verantwortung für ein Volk, dem sie selbst mißtrauen mußte – eine gewiß einmalige und außergewöhnliche historische Situation.

Für die Genesis der DDR versteht es sich, daß die Anti-Hitler-Koalition, das Bündnis der Erben der kommunistischen Revolution in Rußland mit den Erben der bürgerlichen Revolutionen Britanniens und der USA, in der Entfaltung ihrer inneren Gegensätze nach dem Sieg über den gemeinsamen Feind die Voraussetzung ihres Entstehens geliefert hat. Sie hat damit aber, das sei nochmals betont, keineswegs einen Gegensatz in den weiteren Verlauf der deutschen Geschichte hineingetragen, den diese etwa nicht gekannt hätte. Vielmehr hat sie die 1918/19 charakteristische Konfrontation zwischen den Verteidigern der parlamentarischen Demokratie und den Protagonisten der Räterepublik, ausgedrückt in der exklusiven Alternative: entweder Nationalversammlung oder Rätekongreß, damals allerdings noch konterkariert durch die monarchistische und nationalistische reaktionäre Rechte, erneut und schließlich in staatlicher Gestalt realisiert. Indem die Anti-Hitler-Koalition die nationalistische Rechte in Gestalt des deutschen Faschismus vernichtete, schuf sie den Boden für die Möglichkeit, die Entscheidung zwischen parlamentarischer Demokratie und Rätemacht in Deutschland endgültig auszufeuchten.

Im Mai 1945 stand in Deutschland erneut zur Debatte, was im Januar 1919 in Berlin scheinbar entschieden worden war. Die Sozialisierungsdebatte zwischen 1918 und 1923 erlebte 1945 bis mindestens 1948 ihre Auferstehung. Angesichts der Ergebnisse der Berliner Wahl vom 20. Oktober 1946 erklärte K. Landsberg (CDU), die Stimmen für SPD, CDU und SED summierend, daß sich 90% der Wähler für den Sozialismus ausgesprochen hätten. Erst die Konsequenzen der westdeutschen Währungsreform vom

20. Juni 1948 und die Realisierung des Konzepts der sozialen Marktwirtschaft änderten die Lage, aber eben als Folgen der Aktionen, die Entscheidung zwischen demokratischer Republik und Rätewahl auszufeuchten. In dieser Auseinandersetzung ist die DDR ebenso entstanden wie vergangen – als das bisher jedenfalls letzte Wort des deutschen Kommunismus. Im Januar 1979 hat Sebastian Haffner diesen Zusammenhang beschrieben: „Das ist es ja, was die Geschichte der deutschen Revolution von 1918 und ihrer Niederschlagung durch ihre berufenen Führer immer noch so bitter aktuell macht... Diese Geschichte hat die Kluft aufgerissen, die heute, von allen äußeren Machtverhältnissen einmal abgesehen, die beiden deutschen Staaten und ihre Regierungen... innerlich voneinander trennt.“⁵ Jetzt, im Jahre 1998, ist dem nur hinzuzufügen, daß die Entscheidung im November 1989 gefallen ist. Und das Studium der DDR-Geschichte hat den Sinn zu erklären, warum diese Entscheidung so und nicht anders gefallen ist.

Zu den gegenwärtigen Ansichten über die DDR gehört, wie schon notiert, ihre plakative Subsumtion unter die ‘zwei Diktaturen’, gegen welche die Bundesrepublik als Realisation des Rechtsstaats die endliche Erfüllung des Vermächnisses der Nationalversammlung von 1848/49, wenn auch unter westalliiertem Patronage, darstelle. Gegen solche liberal-demokratische Sicht ist an sich nichts einzuwenden. Denn nichts war für das Ende der DDR bestimmender als die entschiedene Annahme der Demokratie, wenn auch mehr in ihrer basisfundierten als repräsentativen Gestalt. Aber ist es nicht erforderlich, in Rechnung zu stellen, daß die kommunistischen Protagonisten ihren Einsatz für die ‘Diktatur des Proletariats’ als Herrschaft einer Klasse niemals verheimlicht haben, daß umgekehrt das nationalsozialistische Führertum seine Genesis aus der militärischen Ordnung stets unterstrichen hat? Sind nun Klassenherrschaft einerseits und Befehlsgewalt militärischer Kommandeure andererseits so identifizierbar, daß die DDR und das Hitlerreich nur mehr als Expressionen der ‘Diktatur’ zu denken seien? Diese Frage zu bejahen, und die Redeweise von den ‘zwei Diktaturen’ ist eine solche Bejahung, heißt unmißverständlich, von den wesentlichen Besonderheiten beider geschichtlicher Gestal-

⁵ S. Haffner: 1918/19. Eine deutsche Revolution. Nachwort zur Neuauflage. Reinbek: Rowohlt, November 1981. S. 216 (Das Buch erschien auch unter dem Titel: Der Verrat. 1918/19 – als Deutschland wurde, wie es ist. 2. korrigierte u. aktualisierte Aufl.. Berlin: Vlg. 1900 – Uwe Soukup 1994.)

ten zu abstrahieren, also genau auf die Kenntnisnahme dessen zu verzichten, worauf es in der Geschichte gerade ankommt.

Weder die DDR noch die Bundesrepublik traten als Nachfahren eines Erfolges der deutschen Revolution von 1848/49 ins Leben. Sie sind beide unmittelbare Antworten auf das entsetzliche Erbe des Hitlerstaats im Rahmen einer historischen Konstellation, die durch die alliierten Sieger determiniert worden ist. Das Auseinanderfallen der Koalition der Sieger und ihre schließliche Entgegensetzung hat den deutschen Akteuren der Nachkriegsgeschichte einen Handlungsrahmen vorgegeben, den sie nicht überschreiten, sondern nur mit Blick auf ihre besonderen Interessen ausloten und mehr oder weniger gut ausnutzen konnten. Die Geschichte der beiden deutschen Staaten seit 1949 ist gewiß als Funktion des Kalten Kriegs zu denken, den vornehmlich die USA und die SU miteinander geführt haben, d. h. die bürgerliche Gesellschaft mit dem Kommunismus. Die DDR ist entstanden und vergangen als ein wesentliches Exemplar der kommunistischen Antwort auf die soziale Frage. Sie hat eine Vorgeschichte, die weit über die des deutschen Faschismus zurückreicht. Während dieser die extreme Ausbildung des Zeitalters des kapitalistischen Imperialismus bedeutet und in seiner Mentalität wie in seinen Zielstellungen bereits deutlich in den deutschen Kolonialkriegen in China und Afrika feststellbar ist, hat der deutsche Kommunismus in seiner modernen Begründung durch Wilhelm Weitling, Moses Heß, Friedrich Engels, Karl Marx, um nur einige zu nennen, eine vollständig andere Statur. Er ist mit der Intention, das Gleichheitsversprechen der bürgerlichen Revolution durch die Herstellung des Gemeineigentums konsequent und universell zu verwirklichen, antikapitalistischer Protagonist der sozialen Revolution und schon deshalb der erklärte Gegner des Faschismus.

Diese Gegnerschaft, durch den Kampf der Roten Armee gegen die deutsche Wehrmacht zur Grundbedingung des Handelns der politischen Akteure im von ihr eroberten Teil Deutschlands gemacht, hat den Antifaschismus nicht 'verordnet', sondern zur Selbstverständlichkeit werden lassen. Wie denn anders sollte das Volk, das die 55 Millionen Toten des Zweiten Weltkriegs, die es durch seine Bereitschaft, Hitler zu dienen, verantworten mußte, einen neuen Anfang finden? Nichts war im Mai 1945 so klar wie die deutsche Schuld an diesem wahnsinnigen Opfergang. Wenn also die Deutschen

überhaupt eine Chance bekämen, je wieder einen akzeptierten Platz unter den Völkern einzunehmen, wie konnte er anders als durch Annahme des Antifaschismus errungen werden? Angesichts der vom Naziregime hinterlassenen Trümmerlandschaft gab es dazu keine Alternative. Daß selbstverständlich der Antifaschismus der Kommunisten, der erklärten Gegner des persönlichen Privateigentums, mit anderer Intention verbunden war als der Antifaschismus der ebenso erklärten Verteidiger dieses Eigentums, versteht sich von selbst – wie natürlich jede andere Ambivalenz in einem Bündnis verschieden Interessierter.

Die deutschen Kommunisten mußten unter der Bedingung der militärischen Besetzung und der Nichtsouveränität ihrer Nation handeln. Letztere erkannten sie angesichts der Folgen des deutschen Faschismus in gewissem Sinne sogar dankbar an. Sie wagten als politische Gesamtgruppierung nie, eine nationale Souveränität zu erlangen, die für die Kommunisten anderer Nationen selbstverständliche Intention war. Sie wagten es nicht, nicht weil sie besonders subaltern waren, sondern weil sie den deutschen Nationalismus vielleicht gründlicher als alle anderen kannten. Daher war ihnen die Teilnahme an einem der „beiden Lager“ (Shdanow), am kommunistischen selbstverständlich, wichtiger als die Erhaltung der politischen Einheit der Nation. Der (proletarische) Internationalismus stand ihnen höher als die nationale Selbstbestimmung, deren Perversion ihnen die Jahre zwischen 1933 und 1945 nachdrücklich eingebleut hatten. Noch im September 1980 erklärt Honecker dem Mitglied des PVAP-Politbüros A. Zabinski: „Wir können uns nicht mit der VR Polen vergleichen, denn auf dem Territorium des ehemaligen deutschen Reiches sind zwei Staaten entstanden. Deshalb kann man in der DDR nicht wie in Volkspolen die nationale Frage behandeln. Wir müssen die klassenmäßige internationalistische Haltung in den Vordergrund stellen. ... Für uns war und ist die BRD immer ein Feind, trotz der Bemühungen, die Beziehungen zu normalisieren.“⁶

Die ideologische Negation der nationalen Besonderheit hat den deutschen Kommunisten überdies die Chance gegeben, die Verantwortung für das faschistische Desaster so schnell wie möglich zu verdrängen (spätestens 1948 war es soweit) und die Verant-

⁶ SAPMO-BArch, DY 30 / J IV / 862

wortung der Alliierten des 2. Weltkriegs „für Deutschland als Ganzes“ ziemlich peinlich genau zu respektieren. Sie taten es bis zu ihrem Rücktritt im Oktober und November 1989. Darin unterschieden sie sich bis zum 3. Oktober 1990 nicht von allen anderen Deutschen, die seit diesem Tage nun vor dem Problem stehen, was sie mit der überraschend wieder erlangten nationalen Souveränität beginnen sollen. Die mit der deutschen Teilung nolens volens eingetretene Provinzialisierung lastet noch immer auf den Gehirnen und feiert ihr kleinliches Dasein, indem der Kollaps eines Teils für den Sieg des anderen Teils gehalten wird.

Betrachten wir die Geschichte der DDR, also den Versuch der deutschen Kommunisten, die soziale Frage aus der Welt zu schaffen, detaillierter, so lassen sich gut Entwicklungsphasen ausmachen, die ich in Übereinstimmung mit der Schumpeter-Kondratieff-Analyse identifiziere. Es handelt sich um die sogenannten Juglarzyklen, die in der nachfolgenden Darstellung nach dem Vorbild der Schumpeterschen Identifikation vorausgesetzt werden.⁷ Ich unterstelle den Kondratieffzyklus mit einer Dauer von 55 Jahren bzw. zweier Generationen als Grundschwingung des gesellschaftlichen Systems, wozu dann Kitchin-, Juglar- und Kuznetszyklen als Oberschwingungen mit dem bekannten quasi pythagoreischen Phänomen hinzutreten, daß sich die einzelnen Zyklusdauern als ganzzahlige Vielfache voneinander zeigen. Der Kondratieffzyklus umfaßt in dieser Fixierung 3 Kuznetszyklen, 6 Juglarzyklen und 18 Kitchinzyklen. Ob eine solche Annahme akzeptabel ist, muß die empirische Analyse zeigen. Sie a priori als ‘Spekulation’ zu verwerfen, hat wenig Sinn, wenn man bedenkt, daß jede wissenschaftliche Untersuchung theoriegeleitet ist. Eine Theorie ohne apriorische Konstruktion aber ist nicht denkbar. Diejenigen, die ohne Theorie zu wissen glauben, müssen zeigen, wie sie unter

⁷ Clément Juglar hat 1862 sein Werk ‘Des crises commerciales et de leur retour périodique en France, en Angleterre et aux États-Unis’ veröffentlicht, in dem er nach Vorarbeiten zwischen 1851 bis 1857 die mindestens seit 1825 bekannten Krisen des Industriekapitalismus als Folgen vorangegangener Prosperitäten erfaßte. So wurde erstmals der Zusammenhang von Wirtschaftsauf- und -abschwung als einheitlicher Vorgang mit einer Dauer von 9 bis 10 Jahren gedacht, eine Feststellung, die wenig später Marx als ‘Krisenzyklus’ aussprach. Schumpeter hat Juglars Zyklus 1939 mit weiteren, von anderen Forschern entdeckten Zyklen verknüpft, insbesondere mit den ‘langen Wellen’ Nikolaj Kondratieffs, die im Dezember 1926 erstmals in deutscher Sprache im ‘Archiv für Sozialwissenschaft’ vorgestellt wurden. Vgl.: Joseph A. Schumpeter: Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses. Erster Band. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1961. Kap. IV. Zu Kondratieff vgl. auch: K. Gebicke: Nikolaj Dmitrievic Kondratieff. Über dynamische Modellierung des Kapitalismus. In: Berliner Debatte INITIAL 8(1997)1/2. S. 92-103.

dieser Voraussetzung ein besseres Verständnis gewinnen können. Bis dahin ziehe ich die theoretische 'Spekulation' vor.

Als Standardzyklus nehme ich Schumpeters 'bürgerlichen Kondratieff' von 1843 bis 1897⁸ an und unterstelle zusätzlich die zeitliche Konstanz der Kondratieffzyklen überhaupt. Dies bedeutet für den 3. Kondratieff die Dauer von 1898 bis 1952, für den 4. die Dauer von 1953 bis 2007. Leo Nefiodows 'sechsten Kondratieff'⁹ sehe ich daher nicht als aktuell zu erwartenden nächsten Zyklus. Doch das ist eher ein empirisches Problem als ein Dissens in der theoretischen Grundvorstellung. Dieses Problem besteht in der Identifikation der Basisinnovationen, die einen Kondratieffzyklus bestimmen. Und es versteht sich, daß das erlangte Bild verschieden sein wird je nachdem, ob aus der Voraussetzung dieser Innovationen auf den Zyklus oder umgekehrt aus der Voraussetzung des Zyklus auf die Innovationen geschlossen wird. Letzteres ist die hier angenommene Vorgehensweise.

In diesem Zusammenhang ist vielleicht die Bemerkung nützlich, daß die hier gewählte Darstellungsweise ein Grundlagenproblem der theoretischen Geschichtswissenschaft betrifft. Für die gewöhnliche Historiographie wird im aktuellen Zeitgeist mit journalistischer Unbekümmertheit „die untrügliche Wahrheit“ proklamiert, „daß Geschichtsschreibung bleibt, was sie immer war: Erfindung der Vergangenheit durch Interessengruppen“¹⁰. Demgegenüber muß natürlich mit Nachdruck daran erinnert werden, daß wir seit Thukydides im Besitze wenigstens der Vorstellung einer objektiven Historiographie sind.¹¹ Geschichtsschreibung als „Erfindung der Vergangenheit durch Interessengruppen“ ist ein Unternehmen, dessen reelle Existenz gar nicht geleugnet werden kann, das aber für wissenschaftliche Erkenntnis keine andere Bedeutung haben kann als die, ein historisches Faktum ideologischer Provenienz zu sein, Gegenstand der Analyse also und nichts sonst. Produkte der interessengeleiteten Vergangenheitserfinder

⁸ Schumpeter a. a. O., Kap. VII

⁹ Leo A. Nefiodow: Der sechste Kondratieff – Wege zur Produktivität und Vollbeschäftigung im Zeitalter der Information. Sankt Augustin: Rhein-Sieg Vlg. 1996

¹⁰ So H.-D. Schütt in einem Artikel zu Heinrich Georges Schicksal unter dem Titel *Ruhm und Fall* im Neuen Deutschland v. 24.3.1998, S. 12

¹¹ Vgl.: Thukydides: Geschichte des Peloponnesischen Krieges. Dt. Übers. v. T. Braun. Leipzig: Insel-Vlg. 1964

haben den gleichen Status wie Märchen. Man kann sie genießen, die zugrunde liegende Erfindungskunst bewundern oder wegen banalen Retuschierens als Ausdruck einer penetrant beschränkten Dummheit erfahren; man kann sie aber niemals als Antwort auf Rankes Frage, wie es eigentlich gewesen sei, auch nur eine Sekunde ernst nehmen.

Erkenntnis der menschlichen Geschichte verläuft zunächst so, daß wir einerseits eine Totalität von Ereignissen konstatieren, andererseits eine abstrakte Zeitordnung voraussetzen, um sodann zunächst eine möglichst präzise Chronologie festzustellen, die die Zuordnung der Ereignisse zu den Zeitpunkten ausdrückt. Die Zuordnung von Ereignissen zu Zeitpunkten unterstellt aber die Exklusion der Zeit aus der Ereignismenge, Geschichte mithin als zeitlich geordnete Ereignisfolge, während sie doch aktuell *Geschehen* mit immanenter Zeitordnung ist. Dem Ereignis ist die Zeit äußerlich, eine Maßart, die wir in der Chronologiefeststellung unabhängig von der Geschichte mitbringen. Ist daher das Ereignis der adäquate Gegenstand der *Geschichtswissenschaft*? Ich meine, daß diese Frage negativ entschieden werden muß, daß vielmehr ein wohlbestimmtes Geschehen, dem die Zeit immanent ist, der eigentliche historiographische Gegenstand ist.

Mit dieser Überlegung versteht sich, daß der Rückgriff auf die ökonomische Konjunkturlehre den unmittelbar mögliche Zugang zur Konstituierung historiographischer Objekte liefert: Der Juglarzyklus liefert gerade ein solches Geschehen. Er ist der gewöhnliche Investitionszyklus der Wirtschaft, von Marx unter dem Namen *Krisenzyklus* namhaft gemacht. Und da er seit langem bekannt ist, so scheint mindestens der Versuch lohnend zu sein, ihn als historiographischen Gegenstand zu identifizieren. Diese Rezeption konjunkturtheoretischen Denkens der Ökonomie innerhalb der Historiographie ist natürlich besonders einsichtig, falls die marxistische Grundannahme von der Basisbedeutung aller Wirtschaftstätigkeit für die sonstige menschliche Geschichte geteilt wird. Daß sie hier unterstellt ist, sei versichert, wenn auch nicht weiter begründet. Es versteht sich, daß die Vorstellung zyklentheoretisch bestimmten Geschehens als des eigentlichen historiographischen Objekts weitere Untersuchungen erfordert, die hier aber gar nicht angestellt werden können.

In der DDR-Geschichte zeigen sich die Juglarzyklen über den rein ökonomischen Zusammenhang hinaus insbesondere im politischen Handeln mit einer bemerkenswerten Präzision. Das soll nun im folgenden detaillierter beschrieben werden.

Besetzung und Enteignung

1. Juglar: November 1943 - Dezember 1952

Den unmittelbaren Beginn dieser Phase kann man mit der Moskauer Außenministerkonferenz (19.-30.10.1943) und der Konferenz von Teheran (28.11.-1.12. 1943) wahrnehmen. Sie haben die europäische Nachkriegsordnung zum Thema und der deutschen kommunistischen Emigration in Moskau avisiert, was ihr Heimatland nach seiner militärischen Niederlage von den Siegern zu erwarten hat. Anfang 1944 beginnen die deutschen Kommunisten, sich auf ihre Politik im besetzten Deutschland vorzubereiten. Am 13.1.1944 hält Dimitroff vor einer kleinen Gruppe, zu der auch Pieck gehört, einen Vortrag zur Deutschlandpolitik. Am 6.2. bildet das KPD-ZK eine Kommission, die von Anfang März bis August über Deutschland nach dem Kriege diskutiert, 18mal tagt und ein 'Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie' erarbeitet. Für den 17.4. notiert Pieck über die Kommissionsansicht: Einheit ist die Frage der SPD – sie wird damit ausgeschaltet. Am 15.5. erklärt E. Hoernle vor der Arbeitskommission: „Unser Zweck ist die Herbeiführung der proletarischen Revolution“. Es ist also ganz deutlich, daß die deutschen Kommunisten, die in der Moskauer Emigration den Terror von 1936/38 überlebten, unverändert die klassische kommunistische Zielstellung von 1918/19 aufrecht erhalten. Am 21.10. ist das KPD-'Aktionsprogramm des Blockes der kämpferischen Demokratie' (3. Entwurf) fertiggestellt. Erstrebt wird die Vollendung der Revolution von 1918/19: „Grundfehler von 1918: Keine Zerschlagung der Machtposition der kriegsschuldigen Großverdiener und reaktionären Kriegstreiber, keine Säuberung des gesamten Staatsapparates von den volksfeindlichen Elementen. Schuld der Sozialdemokratie an diesen Grundfehlern, die durch ihre Koalitionspolitik das Erstarken der Reaktion begünstigte und das Zustandekommen der Einheit der Arbeiterklasse für den Kampf gegen Imperialismus und Faschismus verhinderte.“¹² Das Programm erklärt die

¹² Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung I/1965, S. 261

Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse, natürlich unter kommunistischer Führung, als Aufgabe unter den Bedingungen der militärischen Besetzung.

Seit dem Herbst 1944 wird der KPD-Kader in Moskau mit Vorträgen von Pieck und Ulbricht für den Einsatz in Deutschland vorbereitet. Am 9.1.1945 eröffnet Pieck den 2. Kurs der KPD-Schule mit der Erklärung: Sozialismus ist Endziel, aber der Weg ist anders als früher gedacht. Die KPD sieht sich als „einzige berufene“ Partei, „in den Kämpfen der Gegenwart wie auch in den kommenden Kämpfen die Führung zu übernehmen“. Alle anderen Parteien haben nach ihrer Sicht in der Weimarer Republik versagt.

Das im Januar 1945 von Pieck avisierte Endziel wird im Juli 1952 durch die 2. SED-Parteikonferenz zur aktuellen Tagesaufgabe erklärt. Es ist hier nicht möglich, den konkreten historischen Vorgang nachzuzeichnen, der im Gründungsjuglar der DDR absolviert worden ist. Es kommt mir hier nur darauf an festzuhalten, daß der erste DDR-Juglar als Prozeß der Setzung des kommunistisch gedeuteten ‘Sozialismus’, Marxens erste Phase einer ‘kommunistischen Gesellschaft’¹³, deutlich in Erscheinung tritt. Wir können auf die üblichen ideologischen Phrasen zur Charakterisierung momentaner oder zeitweiliger Situationen durchaus verzichten. Sie werden gebraucht, taktische Züge in der Bündnispolitik, in fraktionellen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten selbst, in außenpolitischen Rücksichten etc. augenblicklich plausibel zu machen. Morgen schon denken ihre Verfasser: Was schert mich mein Geschwätz von gestern? Statt dessen ist vielmehr die außerordentliche Konsequenz der kommunistischen Wirtschaftspolitik hervorzuheben, sei sie nun über sowjetische Enteignungsbefehle oder über die berühmte sächsische Volksabstimmung vom 30. Juni 1946 realisiert worden, das historisch – soweit ich sehe – einzige Beispiel einer tatsächlich zweifelsfrei demokratischen Entscheidung. Das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, effektiv als Staatseigentum in Realität versetzt, ist jedenfalls längst gegeben, ehe die Proklamation des ‘Sozialismus’ als Tagesaufgabe erfolgt. Was 1952 am Ende des ersten DDR-Juglars proklamiert wird, ist bereits wesentliche Verfassung der Volkswirtschaft. Und was zu-

¹³ Vgl.: K. Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. In: MEW 19, S. 19-21

nächst der Reparation durch Konstituierung sowjetischen Eigentums auf deutschem Boden (Bildung von SAG-Betrieben) entgangen ist, befindet sich seit 1950 im Prozeß der Übergabe an den deutschen kommunistischen Staat: Am 19.5.1950 übergibt die UdSSR der DDR 23 SAG-Betriebe, am 29.4.1952 weitere 66. Der Rest folgt nach dem 17. Juni 1953 endgültig zum 1.1.1954 einschließlich der formellen Befreiung von Reparationslieferungen. Die Dominanz des Gemein- oder Volkseigentums in der DDR-Volkswirtschaft steht 1952 außer Zweifel. Die Realisation einer „kommunistischen Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*“¹⁴ ist im vollen Gange, als die 2. SED-Parteikonferenz ihre Einführung proklamiert.

Wirklich neu ist die Intention, in der Landwirtschaft das bäuerliche persönliche Privateigentum durch den Übergang in genossenschaftliches Eigentum aufzuheben.¹⁵ Für die Kommunisten ist dies seit 1936 identisch mit der Herstellung der ‘Grundlagen des Sozialismus’, weil sie die merkwürdige Vorstellung Lenins unterstellen, daß die ‘kleine Warenproduktion’ unausgesetzt Kapitalismus generiere. Daher gilt ihnen der ‘Sozialismus’ erst als gesichert, wenn auch die agrarische Produktion das Gemeineigentum unterstellt. Dies durchzusetzen, ist der Inhalt des zweiten DDR-Juglars.

Faßt man zusammen, so steht der erste DDR-Juglar unter der ungebrochenen Voraussetzung des sozialrevolutionären Impetus der deutschen Kommunisten, der auch durch die Jeshowtschina nicht gebrochen worden war.

Kollektivierung der Landwirtschaft und Militarisierung

2. Juglar: Januar 1953 - Februar 1962

Während der erste DDR-Juglar noch ganz unter den Bedingungen der Oberhoheit der Besatzungsmacht absolviert wird, gewinnen die deutschen Kommunisten im folgenden eine beschränkte Souveränität, die als Reflex auf die Lage der Bundesrepublik zu-

¹⁴ Ebd., S. 20

¹⁵ Die erste Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) wird denn auch am 8. Juni 1952 in Merxleben aus der Taufe gehoben, also einen Monat vor der 2. SED-Parteikonferenz.

gestanden wird. Während die Westmächte schon 1951 den Kriegszustand mit Deutschland formell beenden, erklärt die UdSSR diese Beendigung am 25. Januar 1955 – natürlich mit Blick auf die Pariser Verträge und den bevorstehenden Eintritt der BRD in die 1949 gegründete NATO. Diese außenpolitischen Bedingungen implizieren für die DDR schon seit April 1952 auf Weisung Stalins den Aufbau von Streitkräften, die außerplanmäßig zu finanzieren waren, eine ungeheure, nicht zu verkraftende Anstrengung: 1 Mrd. M für die außerplanmäßige Aufrüstung müssen neben Reparationsansprüchen bereitgestellt werden! Dies beiseite gelassen, fällt der zweite DDR-Juglar obendrein mit dem Beginn des neuen 4. Kondratieffs zusammen, der sich in Westdeutschland seit Mitte 1952 in einer stetigen wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung, im beginnenden ‘Wirtschaftswunder’, zeigt. Damit ist nicht mehr die Abwicklung der Kriegsfolgen das Tagesproblem, sondern die Konkurrenz zwischen dem kommunistischen Gemeineigentum in Ostdeutschland und dem persönlichen Privateigentum in Westdeutschland der alles beherrschende Inhalt.

Der rücksichtslose Versuch, durch Normerhöhungen, also Lohnkürzungen, Preiserhöhungen und Lebensmittelkartenentzug für gut 2 Millionen DDR-Bürger Investitionsmittel freizubekommen, führt zum unauslöschlichen Schock des 17. Juni 1953, der den deutschen Kommunisten einbleut, daß die gewähnte Einheit von Partei und Volk eine Chimäre ist. Nach Rettung ihrer Herrschaft durch die Sowjetarmee suggerieren sie sich den 17. Juni als „faschistisches Abenteuer“, wissen aber ganz gut, daß sie die Konsumtion nie mehr willkürlich beschneiden können. 1955 nehmen sie erneut Kurs auf das von der 2. SED-Parteikonferenz proklamierte Ziel. Dann kommt ihnen die gewöhnliche Juglardepression 1957/58 zur Hilfe, die sie traditionell marxistisch als Krise des Kapitalismus deuten und linear fortschreiben, um sich 1958 auf das Programm einzulassen, den Lebensstandard der Bundesrepublik in 3 Jahren zu überholen. Chruschtschow prognostiziert gar den Kommunismus, Marxens zweite Phase der ‘kommunistischen Gesellschaft’, in der Sowjetunion für 1980. Mit dem erneuten Aufschwung 1959 in der Bundesrepublik zeigen sich unerwartete Phänomene. Die offene Grenze gibt den Menschen die Möglichkeit, sich für ein Lohnangebot im deutschen Westen zu entscheiden, das der deutsche Osten nicht zu bieten fähig ist. Der freie Wettbewerb zwischen bürgerlicher und kommunistischer Produktionsweise ist entschieden. Der Bau der Mauer am

13.8.1961 ratifiziert die Kapitulationsurkunde, die Erklärung, daß eine bei offener Grenze im Konkurrenzkampf mit der bürgerlichen Gesellschaft Westdeutschlands intendierte kommunistische Produktion in Ostdeutschland chancenlos ist.

Die erklärte Niederlage wird noch verschärft durch die westdeutsche Kündigung des Interzonenhandelsabkommens im September 1960, die deutlich macht, in welchem starkem Maße die DDR von westdeutschen Lieferungen abhängig ist. Chruschtschow fällt am 30.11.1960 beim Gespräch mit Ulbricht sozusagen aus allen Wolken, als er dies erfährt, was nur besagt, daß er sich bis dato um die ökonomische Lage der DDR nicht gekümmert hat. Er fragt nach den Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR und erhält am 19.1.1961 einen Brief Ulbrichts zu dieser Frage. Am 24.1. findet die erste Beratung Leuschners mit Mikojan statt. Und am 20.3. stellt Leuschner Ulbricht gegenüber fest, die bisher wichtigsten Verhandlungen mit der UdSSR thematisierten „zum ersten Mal die ökonomischen Grundfragen der DDR tiefgehend und umfassend“. Nochmals, am 4. 8.1961, einen Tag vor der Entscheidung des Warschauer Pakts, die Mauer zu bauen, schreibt Ulbricht an Chruschtschow mit einer Anlage ‘*Information über die Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR*’¹⁶, worin er gesteht, daß sich zum „Zeitpunkt des V. Parteitags“, also 1958, „krisenhafte Erscheinungen in der Wirtschaft Westdeutschlands und der meisten kapitalistischen Länder“ zeigten, die leider keine Fortsetzung fanden, vielmehr umgekehrt von einer Sogwirkung der Bundesrepublik auf das Arbeitskräftepotential der DDR ersetzt wurden. Als Ausweg gilt ihm noch die feste Verkopplung der DDR-Wirtschaft mit der der Sowjetunion, die er auffordert, für alle Lücken geradestehen, die durch Ausfall westdeutscher Lieferungen entstehen oder entstehen können.

In diesem Zusammenhang wird der am 1.10.1959 als Gesetz verabschiedete Siebenjahrplan 1959/65 fortlaufend ‘präzisiert’, d. h. in seinen Erwartungen nach unten korrigiert. Die letzte Korrektur erfolgt juglargerecht im Februar 1962 auf der 16. SED-ZK-Tagung. Damit ist er dann beerdigt und mit ihm sind es die Träume vom ‘Überholen ohne Einzuholen’.

¹⁶ SAPMO-BArch, DY 30 / J IV 2 / 202/ 30

Summarisch läßt sich sagen: Der zweite DDR-Juglar realisiert den kommunistischen „Sozialismus“ mit dem zugehörigen Klassenkampf in der DDR – im April 1960 wird der ‘sozialistische Frühling’ in der Landwirtschaft gefeiert – mit solcher Perfektion (einschließlich der Exklusion zweier ‘partei-feindlicher Fraktionen’ und einer Urteils-welle gegen Intellektuelle, die den XX. KPdSU-Parteitag vom Februar 1956 wie den ungarischen Aufstand im Oktober/November 1956 als hinreichende Gründe ansehen, die kommunistische Politik reflektieren zu wollen), daß die Abschließung der DDR unvermeidlich wurde. Es sollten nicht noch einmal etwa 2,7 Mill. Menschen die DDR verlassen.

Die Wirtschaftsreform und ihr Scheitern

3. Juglar: März 1962 - April 1971

Unter dem Dach der Konfrontation zwischen der NATO und den Staaten des Warschauer Vertrags vollzieht sich nun in der DDR eine wahre ‘revisionistische’ Attacke gegen die klassischen Prinzipien kommunistischer Wirtschaftsführung ‘mit Walter Ulbricht an der Spitze’. Zwischen dem Herbst 1961 und dem Herbst 1962 diskutiert das SED-ZK eine dringend nötige Wirtschaftsreform. Im September 1962 erscheint E. G. Libermans ‘Plan, Gewinn, Prämie’ in deutscher Sprache¹⁷, worin der Gewinn als Kriterium des Erfolgs kommunistischer Betriebe empfohlen wird. Ulbricht fordert auf, die Liberman-Debatte zu verfolgen und auszuwerten. Und bereits am 9.12.1962 berät das SED-Politbüro ‘Grundsätze eines ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Industrie’. Anfang Januar 1963 löst E. Apel den durch sein schwedisches Abenteuer diskreditierten K. Mewis als Vorsitzender der Staatlichen Plankommission ab, und schon am 11.7.1963 beschließt der DDR-Ministerrat die Richtlinien zum NÖSPL, wie die Abkürzung in Anlehnung an Lenins NÖP lautet. Am 1.1.1964 wird die Umstellung der Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) auf die wirtschaftliche Rechnungsführung in Kraft gesetzt. Und am 28.2.1964 berät der 8. Bauernkongreß über die Einführung industrieller Methoden in die Landwirtschaft. 1964 nimmt die DDR sogar als einziges Land im Warschauer Pakt ein Bausoldatengesetz an.

¹⁷ Vgl.: Die Wirtschaft 39/62

Das ist ein rasantes Tempo der in Angriff genommenen Wirtschaftsreform, komplettiert durch eine vom 6. SED-Parteitag (Januar 1963) avisierte relativ liberale Kulturpolitik. Das Kernproblem der ökonomischen Reform besteht in der Frage, ob die Betriebe die vorgestellte 'wirtschaftliche Rechnungsführung' in der Tat durch eigene Preispolitik fundieren können oder nicht. Daß der Gewinn nur bei vernünftigen Preisen über den Betriebserfolg Auskunft geben kann, ist allen Reformern in dieser Entwicklungsphase klar. Also wird eine Industriepreisreform in Angriff genommen, deren Protagonisten selbstverständlich auf den Weltmarkt blicken. Aber es kommt zu keiner Souveränitätserklärung für die Unternehmen, das Außenhandelsmonopol des Staats, kommunistisches Credo erster Ordnung, wird keinen Augenblick in Frage gestellt. Und schon im März 1964 melden sich Stimmen im SED-ZK-Apparat, die vor der Installation 'sozialistischer Millionäre' warnen. Doch Ulbricht, 'der Alte', wie er nun im ZK-Apparat genannt wird, ist stark genug, die Reformabsicht in Gang zu halten. Denn sein Kollege Chruschtschow will auch die Reform.

Doch der scheitert schon im Oktober 1964. Sein Nachfolger Breshnew restauriert die alte ministerielle Leitung der Volkswirtschaft und stellt in Wirtschaftsverhandlungen mit der DDR Forderungen, die diese um den erträumten Platz auf dem Weltmarkt bringen. Als am 3.12.1965 das langfristige Wirtschaftsabkommen mit der UdSSR in Berlin unterzeichnet werden soll, erschießt sich ein Exponent der DDR-Wirtschaftsreform, E. Apel, einst unter Wernher von Braun beim Raketenbau als Ingenieur tätig. Das berüchtigte 11. SED-ZK-Plenum vom Dezember 1965 drischt auf die DDR-Kultur los, obwohl die Wirtschaftsreform gemeint ist. Und der alte Kominternmann Ulbricht macht mit, obschon es in Wahrheit um ihn geht. Er rettet damit die Debatte über die Reform. Aber mit dem Einmarsch in Prag im August 1968 ist auch das Wort 'Marktsozialismus' zur Konterbande geworden. Ulbricht versucht als noch unbestrittener Parteichef, in „strukturbestimmende Zweige“ der Volkswirtschaft massiv zu investieren. Dadurch wird aber die Proportionalität der Energieversorgung nicht mehr gewährleistet. Am 8. Oktober 1969, einen Tag nach der Feier der 20jährigen DDR-Existenz, gehen in Berlin die Reklamelichter aus.

Ulbricht beharrt eisern auf der ‘revisionistischen’ Annahme, daß der Plan durch den Markt geprüft wird, begeht obendrein den Fundamentalfehler, den sowjetischen Genossen auf ihrem Parteitag von seiner Begegnung mit Lenin zu erzählen und verschwindet damit endgültig von der Bühne der kommunistischen Führungsfunktionäre. Mit der gemeinsamen Aktion der Ulbrichtfrondeure und Breshnews ist sein Schicksal besiegelt und der dritte DDR-Juglar zum Abschluß gekommen. ‘Der Alte’ hinterläßt die DDR mit 2 Mrd VM (DM) Auslandsschulden (1970).

Dieser Juglar steht vor dem Problem, wie der realisierte kommunistische ‘Sozialismus’ ökonomisch funktionstüchtig gemacht werden soll. Man kann zweifellos sagen, daß die DDR-Führung dieses Problem im RGW-Bereich zuerst und mit erheblichem Engagement gestellt und erörtert hat. Die ‘Aufbaugeneration’¹⁸ jedenfalls hat die Reformphase mit weitgehenden Erwartungen und Hoffnungen unterstützt. Und manche ihrer Vertreter sehen es noch heute als ein ungeklärtes Problem an, ob nicht unter anderen Randbedingungen die Reform denn doch eine Chance gehabt haben könnte. Bedenkt man jedoch die mit der Einrichtung des Kommunismus verbundenen Selektionskriterien für die ‘Kaderauswahl’, so versteht sich, daß die von der Reform avisierte Geltung des Marktes auf den massiven Protest des kommunistischen Kerns der antikapitalistischen Attitüde treffen mußte. Und sie ist wegen jener ‘Kaderauswahl’ stets zur Fronde gegen solche Reform präsent. Insofern ist wohl eher zu sagen, daß der DDR-Reformjuglar das gesetzt hat, was 1989/90 unwiderstehliche Bewegung geworden ist.

Die kreditierte Sozialpolitik

4. Juglar: Mai 1971 - Juni 1980

Am 3. Mai 1971, pünktlich zu Beginn des neuen Juglar, erklärt Ulbricht seinen Rücktritt, Honecker ersetzt ihn als Parteichef (ganz entsprechend auch in Polen, wo es sich um die Ära Gierek handelt, die die Ära Gomulka ablöst) und versucht, um den Preis der zunehmenden Verschuldung die sogenannte ‘Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik’ zu realisieren, die darauf abzielt, den DDR-Bürgern durch steigenden

Lebensstandard die Überzeugung von der Richtigkeit der kommunistischen Politik zu vermitteln. Sie geht mit der Restauration der ministeriellen Volkswirtschaftsleitung einher, mit der Verabschiedung der intellektuellen Mitarbeiter am Reformunternehmen. Ihr sozialpolitisches Hauptprodukt ist zweifellos das Wohnungsbauprogramm, das W. Juncker am 2. Oktober 1973 vor der 10. SED-ZK-Tagung vorstellt und eine enorme Veränderung in den volkswirtschaftlichen Proportionen zur Konsequenz hat. Aber auch auf anderen Gebieten macht sich die neue sozialpolitische Konsumorientierung bemerkbar.

Am 19.11.1971 meldet das ND: SED-Politbüro und DDR-Ministerrat haben beschlossen:

1. 1971-1975 dürfen keine Preiserhöhungen bei Verbraucherpreisen für Konsumgüter erfolgen.
2. Die Versorgung in unteren und mittleren Preisgruppen ist zu gewährleisten.

Die Wende, die mit der Einsetzung Honeckers in die DDR-Politik einzieht, wird auch gut durch die Richtlinie des DDR-Ministerrats 'zur Förderung der Initiative bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens in den Städten und Gemeinden durch Einsatz finanzieller Mittel der örtlichen Staatsorgane' vom 7. Juni 1972 illustriert.¹⁹ Danach sind Investitionen in Wohnungen, Schulen, Kinderbetreuung zu tätigen, Werterhaltung und Modernisierung, Um- und Ausbau von Wohnungen und staatlichen Einrichtungen zu betreiben. Die Schaffung von Gemeinschaftseinrichtungen, die Verbesserung der Wasserversorgung, der Straßenbau, Anlage von Parks, Grünanlagen, Handelseinrichtungen, Gaststätten sind vorgesehen. Und dafür sollen Bezirke und Kreise den Städten und Gemeinden ihre Fonds zur Verfügung stellen. Erforderliche Kredite sollen zu 1% verzinst werden, bei hohen Eigenleistungen ist Schuldenerlaß vorgesehen, die Grundsteuer ist zu ermäßigen. Zu diesem Programm fragen die Bürgermeister allerdings häufig: Was nützt uns das Geld, wenn wir weder Material noch Arbeitskräfte erhalten? Das gewöhnliche Kreuz der kommunistischen Wirtschaftsleitung muß wieder getragen werden.

¹⁸ Ich übernehme diesen Terminus gerne von R. Land und R. Possekel: Intellektuelle aus der DDR. Diskurs und Identität. Forschungsbericht im Auftrag der KSPW. Ms.-druck. Berlin, Oktober 1992. S. 18-21

¹⁹ Mitteilungen Ministerrat 10/72

Gleichzeitig wird bis Mitte 1972 aus sehr praktischen Gründen der Sanierung des Staatshaushalts der letzte Rest von „Ausbeutung“ beseitigt: Verstaatlichung der Privatbetriebe durch Verkauf bei Preisen, die keine Marktfundierung haben.

1972 läßt Honecker zur Finanzierung seiner Politik „Kreditlinien“ aufbauen, die dazu führen – wie SED-Führungsfunktionäre sehr wohl wissen –, daß in der DDR seit 1973 mehr verbraucht als produziert wird, die DDR-Bevölkerung also ‘über ihre Verhältnisse’ lebt. Die DDR-Führung erhält von internationalen (insbesondere japanischen) Banken, die zyklusgerecht Anlagen suchen, überaus günstige Angebote. Über die Bereitschaft ausländischer Banken, die DDR zu kreditieren, gibt G. Beil am 21.5.1973 eine interessante Information: Die Industrial Bank of Japan in Tokio bietet einen langfristigen Finanzkredit über 100 Mill US-\$ mit 12jähriger Kreditdauer und Tilgungsfreiheit in den ersten 6 Jahren. Diese Information geht mit Anschreiben Mittags auf den Tisch Honeckers, der seine Finanzpolitik bestätigt sieht. Das ist die Crux dieses Juglars: Von 1971 bis 1981 erhöht sich die Kreditaufnahme der RGW-Staaten bei ausländischen Banken um das Elffache (Ulbrichts Schulden sind gegen die Honeckers lächerlich). Der Sachzusammenhang ist einfach der, daß in der Kondratieffrezession die Banken händelnd neue Schuldner suchen. Und die finden sich nun im 4. Kondratieff in erfreulicher Menge ausgerechnet in den kommunistischen Staaten. Es ist dies eine Merkwürdigkeit der kommunistischen Ideologie, die zwar im eigenen Lande ‘sozialistische Millionäre’ und den Markt verabscheut, aber hemmungslos angebotene Kredite aus ‘kapitalistischen Mehrwerten’ des Auslands in Empfang nimmt und obendrein die im Ausland freundlich attestierte Bonität im Inland als Seriosität der eigenen Führungskraft und staatsmännischen Klugheit zelebriert.

Da die Sozialpolitik, die Honecker am Herzen liegt, aus allen erreichbaren Quellen finanziert werden muß, so sieht der 4. DDR-Juglar die Einführung einer zweiten Währung, der DM, gekoppelt mit der erklärten Abgrenzung von dem Staat, der sie emittiert. Am 12.6.1973 übergibt G. Mittag Honecker einen Vorschlag zur Entscheidung, der die weitere Arbeit am neuen Devisengesetz betrifft: Mittag notiert, daß die DDR seit 1967 stillschweigend den Besitz ausländischer Währungen bei DDR-Bürgern dulde, obschon gesetzlich vorgeschrieben ist, sie in kurzer Frist bei der Bank in Mark der DDR umzu-

tauschen. Mittag schlägt vor, diese stille Duldung beizubehalten, sonst würden anderswo Gewinne gemacht. Honecker ist umgehend einverstanden. Es fällt ihm nicht ein, daß die Währungshoheit ein Signum seines Staates ist. Und so gewöhnt er die DDR-Bürger an ein Zahlungsmittel, das die kommende deutsche Einheit vorscheinen läßt, ehe die Gehirne ihre faktische Möglichkeit zu denken bereit sind.

Weitere Finanzquellen sind durch die mit Antritt der sozial-liberalen Koalition in Bonn rapid geänderten Rahmenbedingungen des politischen Handelns erschließbar. Am 12.12.1974 vereinbaren DDR und BRD, bis zum 31.12.1981 den Swing auf jährlich 850 Mill. VE jährlich festzulegen. Das ist ein deutlicher Unterschied zum Berliner Abkommen, das 200 Mill. VE jährlich vorsieht. Da 1977 die akuten Zahlungsbilanzprobleme der DDR beginnen, geht es noch mehr darum, sich der gegen DM verrichteten Dienste genauestens zu versichern und anständige Preise zu verlangen. Da gibt es etwa den Militärreiseverkehr der in Westberlin stationierten Besatzungstruppen, für den seit 1945 derselbe Reichsbahntarif gilt. Er wird von der DDR zum 1.2.1977 von 0,25 DM pro Achskilometer auf 1 DM für Gütertransport erhöht. Die Beförderung alliierter Militärpersonen wurde bisher überhaupt nicht bezahlt und zum selben Zeitpunkt nun auf 0,80 DM pro Achskilometer festgelegt. Es gelingt der DDR, die neuen Tarife zum 1.4.1977 durchzusetzen, womit Mehreinnahmen von jährlich ca. 1,5 Mill. DM eintreten.²⁰ Am 19.10.1977 wird die jährliche Postpauschale von 30 Mill. DM auf 85 Mill. erhöht. Und so weiter. Und so weiter.

Ende der 70er Jahre werden die Außenhandelsbetriebe, die bis dato allein dem Minister für Außenhandel unterstanden, in die Kombinate eingegliedert. Das ist ein definitiver Bruch des Prinzips des Außenhandelsmonopols des kommunistischen Staates. Jetzt können die Kombinatdirektoren internationale Verträge abschließen. Die Auflösung des staatlichen Außenhandelsmonopols wird natürlich vorgenommen, um mehr Devisen einzunehmen, die DDR-Zahlungsbilanz zu sichern. Daß sie Lenins Vorstellung vom kommunistischen Außenhandelsmonopol so nebenbei als erledigt auf die ideologische

²⁰ SAPMO-BArch, DY 30 / vorl. SED / 42000 /Bl. 38

Müllkippe wirft, bleibt öffentlich völlig unreflektiert. Sie wird Folgen haben, die später die Endphase der DDR-Existenz drastisch kennzeichnen.

Die stille Partnerschaft mit der Bundesrepublik

5. Juglar: Juli 1980 - August 1989

Die Politik des vierten DDR-Juglar führt zu akuten Zahlungsschwierigkeiten. In Polen, das seit August 1980 mit einer Arbeiterschaft zu tun hat, die in einem viertel Jahr Millionen in der Solidarność vereinigt, tritt im März 1981 die Zahlungsunfähigkeit ein. Der Staat unterzeichnet am 27.4.1981 ein Protokoll mit 15 anderen Staaten über Stundung von 2,5 Mrd \$ (460 westliche Banken hatten Polen Kredite gewährt). Die DDR erfährt im Juni 82 den Kreditboykott. Der Eintritt in die Kondratieffdepression ist da. Der Kommunismus wird zur Kasse gebeten. Er hat noch einen Juglar Zeit.

Die Problemlage hat sich gegenüber dem 4. Juglar nicht geändert, aber, wie zu erwarten, enorm verschärft. Am 9.10. 1980 tritt eine neue Mindestumtauschregelung in Kraft mit der Folge, daß die Anzahl der Einreisen in die DDR von jährlich 3 Millionen in den Jahren zwischen 1972 bis 1979 auf jährlich 1,5 bis 2 Millionen absinkt. Ende 1980 belaufen sich die Verbindlichkeiten der DDR auf 24,5 Mrd. VM

Zu den Kuriosa des 5. Juglar zählt ein Bericht Schalcks an G. Mittag vom 30.4.1981 über die 'Beschädigung von Kabeleinrichtungen der Deutschen Post der DDR im Bereich der Staatsgrenze zu Westberlin', den man kennen sollte, um die Tragikomödie zu genießen, die für diesen DDR-Juglar kennzeichnend ist. Der Bericht hat folgenden Wortlaut: „Anfang August 1980 wurden durch unbekannte Westberliner Täter unter Verletzung der Staatsgrenze der DDR Kabeleinrichtungen der deutschen Post der DDR beschädigt und Kabelteile entwendet. Beeinträchtigungen des Fernmeldeverkehrs sind im Zusammenhang mit dem Schadensfall nicht eingetreten, da es sich um Kabel handelt, die Anfang der 50er Jahre zwischen der Hauptstadt der DDR, Berlin, und Westberlin getrennt wurden und seitdem nicht mehr benutzt werden.

Auf der Grundlage des am 29.9.1980 bestätigten Vorgehens wurde durch den Beauftragten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten... gegenüber dem West-

berliner Senat am 20.10.1980 gegen diesen erneuten Anschlag gegen die Staatsgrenze der DDR protestiert sowie der entstandene Schaden geltend gemacht und darauf hingewiesen, daß der Senat die sich aus solchen Anschlägen für den Fernmeldeverkehr zwischen der DDR und Westberlin ergebenden Konsequenzen zu verantworten hat.

Gleichzeitig erfolgte entsprechend der getroffenen Festlegung im Abschnitt Potsdamer Platz/Ebertstraße/Voßstraße die Bergung der vorhandenen Kabelreste. Im Ergebnis dieser Bergung wurden 14 t Kupfer und Blei gewonnen und der Sekundärrohstoffverwertung zugeführt.

Weitere Maßnahmen zur Bergung von Kabelresten in anderen Bereichen der Staatsgrenze zu Westberlin sind in Vorbereitung.²¹ Man weiß nicht, ob man weinen oder lachen soll.

Am 4.9.1981 wendet sich Honecker an Breshnew wegen der 14 Tage zuvor aus heiterem Himmel dekretierten sowjetischen Reduktion der vereinbarten Erdöllieferungen an die DDR um 2 Mill. t: „Wenn unser Land... auch nur einen Teil der Lieferungen an sowjetischen Energieträgern verliert,...so wird sich dieser Umstand außerordentlich negativ auf die Volkswirtschaft der DDR auswirken. Offen gesagt, damit würden die Grundpfeiler der Existenz der Deutschen Demokratischen Republik untergraben.“²² Breshnew sendet daraufhin Russakow, um Honecker die Zwänge zu erklären, die die Sowjetunion zur plötzlichen Reduktion veranlassen. Am 21.10. kommt es zum denkwürdigen Gespräch, in dem Honecker diese Reduktion als „einen solchen Rückschlag“ charakterisiert, „daß die Stabilität der DDR nicht mehr gewährleistet ist“. Er rechnet vor, daß, die Lieferung von Uran eingerechnet, die DDR mehr Einheitsbrennstoff liefere als empfangt. Bis zum 3. Quartal des Jahres 1979 habe die DDR der Sowjetunion das Uran zur Hälfte des Weltmarktpreises verkauft, wobei sich die UdSSR nicht an der Infrastruktur der Wismut beteilige. Russakow teilt Honecker ausdrücklich mit, daß Leonid Iljitsch bei dieser für die DDR schmerzlichen Entscheidung geweint habe, und er notiert mit Bedauern, daß es am Vorabend des 75. Geburtstages von Leonid Iljitsch „zu einer solchen Verschlechterung der Beziehungen“ komme. Honecker fragt dagegen: Sind es die 2 Mill. t Erdöl wert, „die DDR zu destabilisieren“? Und Russakow resümiert: Es

²¹ SAPMO-BArch, DY 30 / vorl. SED / 42000 / Bl. 48

²² SAPMO-BArch, DY 30 / J IV 2 / 2 / 1909/ Bl. 000012

besteht die Gefahr, daß die Sowjetunion ihre gegenwärtige Stellung in der Welt nicht halten kann.

Im Juni 1982 setzt, wie schon bemerkt, der Kreditboykott ein, wird die Zahlungsfähigkeit der DDR fraglich. Die Reaktion erfolgt so, daß das Konsumgüterangebot radikal eingeschränkt werden muß, um gegen Devisen veräußerbare Ware freizubekommen. Wo der Käufer sonst Fleischwaren in seinem Konsum fand, mußte er nun Spirituosen wahrnehmen. Die Lage wird so kritisch, daß sie im Oktober 1982 durch Politbürobeschuß reorganisiert werden muß: Statt Lebensmittel werden nun z. B. Schiffe zu 75% der Produktionskosten verkauft, sofern sie nur bar bezahlt werden. Es gelingt, die im November fälligen Zahlungen aufzubringen.

In dieser Lage wendet sich Honecker im Juni 1983 via Schalck-Golodkowski an F. J. Strauß. Der fädelt den bekannten Milliardenkredit ein, und Ende Juni 1983 verbürgt die Bundesregierung die internationale Kreditwürdigkeit der DDR. 1984 gibt es einen weiteren Kredit von knapp 1 Mrd. DM. Das ist eine Lage, die sich die deutschen Kommunisten zu Beginn ihres Kampfes um den 'Sozialismus auf deutschem Boden' nicht im Traum hätten vorstellen können. Strauß, der in den fünfziger Jahren nurmehr 'den Fall Rot' kannte, als listiger Partner des Generalsekretärs der deutschen Kommunisten, wie sollte das zusammengehen? Es geht, denn es gelingt, mit Erdölprodukten 1982 bis 1986 einigermaßen Exportüberschüsse zu erzielen, die den Schuldendienst gestatten. Das ist mit dem Preisverfall für Erdöl seit 1986 vorbei, und die Situation ist nicht mehr zu halten. Die DDR schafft die Bedingungen zur Eröffnung des Konkursverfahrens.

Im November 1986 vereinbaren die DDR und die UdSSR Direktbeziehungen zwischen den Betrieben beider Länder mit Folgen, die in einem Material für die Beratungen der Wirtschaftsfunktionäre Mittag und Sljunkow im Januar 1989 klar ausgesprochen werden. Die DDR-Seite beschwert sich, daß die sowjetischen Betriebe bei der Preisbildung die Übereinkunft ignorieren, auf der Basis der RGW-Preisbildungsprinzipien zu handeln. Sie gehen vielmehr von sowjetischen Inlandspreisen aus, die wesentlich unter den RGW-Preisen liegen, welche nachträglich, an vergangenen Weltmarktpreisen orientiert, gebildet werden. Dies hatte die sowjetische Seite bisher dadurch aufgehoben, daß

der Staat den Betrieben einen Preisausgleich aus dem Staatshaushalt zahlte. Die Perestrojka aber impliziert die Eigenfinanzierung der Betriebe und damit die Beseitigung der Ausgleichszahlung. So müssen die sowjetischen Betriebe entweder aus der Austauschbeziehung mit DDR-Betrieben austreten oder von ihnen Preise verlangen, die sie nicht akzeptieren können. Mit anderen Worten: Die im November 1986 vereinbarten Direktbeziehungen führen zur Auflösung eben dieser Beziehungen, weil sie unreflektiert unterschiedliche Preisniveaus aufeinandertreffen lassen. Es ist dies eine Antizipation des Privateigentums, ohne sein Wesen, die freie Preisvereinbarung, zuzulassen, eine Entscheidung, an der schon die Wirtschaftsreform im 3. DDR-Juglar gescheitert ist.

Im September 1987 kann Honecker noch seinen Bonn-Besuch absolvieren. Lambsdorff erklärt in einem Gespräch am 5.2.1988 in Berlin G. Mittag, die Bonität der DDR niemals bezweifelt zu haben.²³ Die Stabilität der DDR scheint für beide deutsche Führungsgruppen sicher zu sein. Im Treffen Honecker-Gorbatschow vom 28. bis 29. 9. 1988 in Moskau teilt der SED-Generalsekretär seinem Kollegen mit: „Insgesamt könne man sagen, daß die Lage in der DDR stabil ist. Zur Abkühlung einiger Hitzköpfe habe man in den letzten Tagen die Parade anlässlich des 35. Jahrestages der Gründung der Kampfgruppen durchgeführt.“ Die entsprechende Niederschrift des Gesprächs notiert: „Genosse Gorbatschow warf ein, daß er das durchaus bemerkt habe.“²⁴

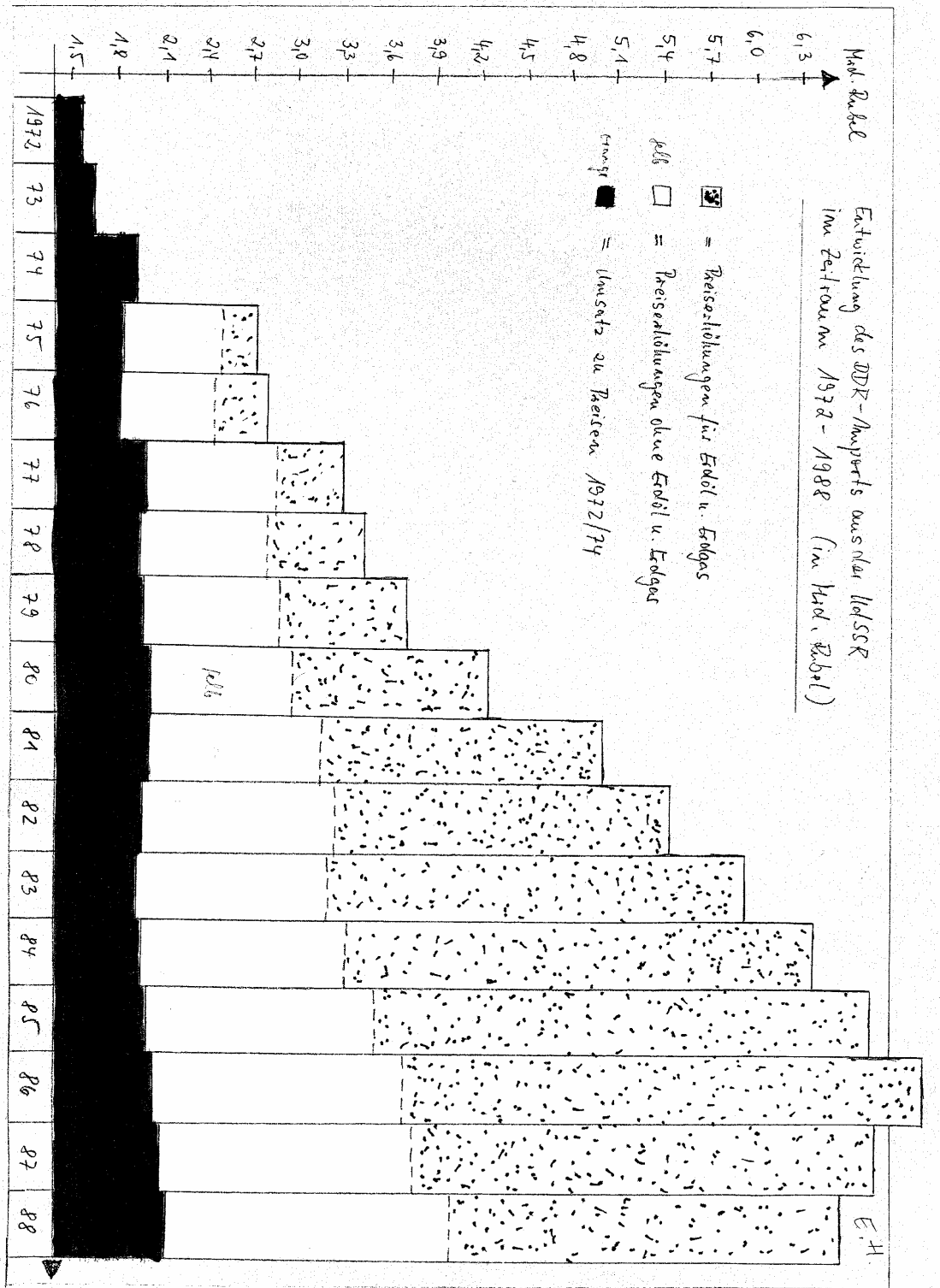
Und dann kommt der längst unvermeidliche Bruch. Wie er sich ökonomisch abgezeichnet hat, ist wenigstens Günter Mittag und Erich Honecker wohl bewußt. Im Archiv des ersteren findet sich eine Graphik der in der Honecker-Ära eingetretenen Preiserhöhungen für Importe der DDR aus der UdSSR, vorbereitet für die im Januar 1989 stattfindenden Wirtschaftsverhandlungen zwischen der DDR und der Sowjetunion, vom Generalsekretär Honecker abgezeichnet. Sie weist bei nur schwach veränderten Importmengen enorme Preiszunahmen mit dem Höhepunkt im Jahre 1986 aus, eine Lage, die die ohnehin kreditbelastete DDR-Wirtschaft nicht mehr zu ertragen imstande gewe-

²³ SAPMO-BArch, DY 30 / JNL 23 / 16

²⁴ SAPMO-BArch, DY 30 / vorl. SED / 41808 / Bd. 2, S. 5 der Niederschrift des Gesprächs

sen ist (vgl.: Darstellung des DDR-Imports aus der UdSSR auf S. 29).²⁵ Diese Preiszu-
nahmen erklären sich aus der Übernahme der Weltmarktpreise für Rohstoffe durch den
RGW, zu deren zum Teil explosive Steigerungen die DDR keine Gegenstrategie mehr
zu entwickeln in der Lage war.

²⁵ Die aus dem Mittag-Archiv wiedergegebene Darstellung ist originalgetreu in Orange und Gelb von
Frau Ingeborg Schubert reproduziert worden, kann hier aber leider nur in Schwarz-Weiß präsentiert wer-
den. Ob sie G. Mittag eigenhändig hergestellte oder von einem Mitarbeiter anfertigen ließ, habe ich nicht
festgestellt. Mir genügte die Wahrnehmung, daß die DDR-Wirtschaftsführung über die Daten des Objekts
ihrer Führung sehr genaue Kenntnis hatte. Was ihr wirklich fehlte, war nicht die Datenkenntnis, sondern
die ökonomische Theorie als Mittel zur Erkenntnis der Folgen ihres Handelns. Mit dem bekannten Satz:
„Wir hatten kein Konzept“, haben die Mitglieder der Führungsmannschaft dies in der Wende auch öffent-
lich eingestanden.



Konkurs und Abwicklung

6. Juglar: September 1989 - Oktober 1998

Der Austritt Ungarns aus der Solidarität des Warschauer Vertrags, beginnend im Mai 1989 wegen zu hoher Kosten einer nötigen Restauration der Grenzbefestigungen, macht die DDR-Führung hilflos. Am 11.9.1989 öffnet Ungarn die Grenzen für alle DDR-Bürger. Die Klarstellung, daß die Sowjetarmee nicht gegen die schnell anwachsende DDR-Protestbewegung eingreifen wird, führt zu reihenweisen Rücktritten erst Honeckers, der am 18.10. scheidet, dann der Regierung, schließlich des SED-ZK und damit zur Selbstaflösung der kommunistischen Führung der DDR.

Ende Okt. liefert Schürer seine 'ungeschminkte Analyse' mit der Feststellung, daß die DDR Ende 1989 rd. 49 Mrd. DM Schulden haben wird. Schalck kontert: Es liegen noch 12 Mrd. auf Konten, so daß die Schulden vielmehr 35 Mrd. ausmachen. Aber am 9. November 1989 öffnen die Ostberliner nach freundlicher Einladung durch ihren letzten SED-Chef G. Schabowski die Mauer, auf der das Volk Platz nimmt und Sekt trinkt. Am 21./22.12. 1989 fahren ca. 200 Bausoldaten von Schwedt einfach nach Hause. Es passiert nichts mehr. Die Bereitschaft, die Autorität des kommunistischen Staats in seiner Armee zu erhalten, ist tot.

Dieses schnelle Absterben der kommunistischen Staatsgewalt ist ganz wesentlich der Auflösung des Nomenklaturkaders der SED durch die Mitgliedschaft dieser Partei geschuldet. Bis zum 20. November 1989 sind alle 15 Ersten SED-Bezirkssekretäre sowie 13 ihrer Stellvertreter abgelöst. Und am 3. Dezember desselben Jahres findet die 12. und letzte SED-ZK-Tagung herkömmlicher Art statt, um ihre Kompetenz sogleich an einen Arbeitsausschuß zu übergeben, der den Sonderparteitag vorbereiten soll, den die SED-Basis gegen ihren eigenen Apparat erzwungen hat. Zuvor hatte W. Jarowinsky vor der 10. ZK-Tagung den versammelten Genossen am 10. November erklärt: „Milliarden über Milliarden sind falsch eingesetzt worden,... Wir haben doch nie die Rechnung gemacht, was es die Volkswirtschaft wirklich kostet,... Wir haben doch... eine reine Abführungswirtschaft. ... Wir haben dem Betrieb die Mittel weggenommen, die er braucht,

um zu wirtschaften.“²⁶ Damit wurde vor dem SED-ZK die ökonomisch wesentliche Erfahrung des kommunistischen Unternehmens ausgesprochen, die ihrer theoretischen Verarbeitung harrt. Die versammelten Genossen jedenfalls reagierten auf diese Feststellung nicht. Und später erfuhr Jarowinsky seinen Parteiausschluß wie viele andere vor ihm.

Die SED-Funktionäre wirken in der Wende fleißig an der möglichen Ankunft im neuen System mit. So etwa wird am 1.1.1990 das Institut für sozialistische Wirtschaftsführung beim SED-ZK, ein Kind des Reformjuglar, zum ‘Institut für Unternehmensführung’ mit einem neuen Chef: Prof. Dr. H. Richter. Es ist auf solche Weise klar, daß die deutschen Kommunisten den heroischen Versuch, die soziale Frage mit der gewaltsamen Durchsetzung des Gemeineigentums aus der Welt zu schaffen, vollständig aufgegeben haben. ‘Wir hatten kein Konzept’, werden viele später die einfache Wahrheit feststellen, die sich in diesem Rückzug von der ‘sozialistischen Wirtschaftsführung’ zur schlichten ‘Unternehmensführung’ ausdrückt. Am 29.1.1990 legt die Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform beim DDR-Ministerrat noch den Entwurf ‘Zielstellung, Grundrichtungen, Etappen und unmittelbare Maßnahmen der Wirtschaftsreform in weiterer Entwicklung der Regierungserklärung vom 17.11.89’ vor. Aber das bleibt ein intellektuelles Spiel. Denn am 1.2.90 verkündet Modrow nach Rücksprache mit Gorbatschow, was auf den Straßen Leipzigs längst skandiert ward: ‘Deutschland – einig Vaterland.’

Am 18. März 1990 finden erstmals freie Volkskammerwahlen statt, die Bedingung des bundesrepublikanischen Kreditgebers. Die SED-PDS erzielt etwas über 17% der Stimmen, wird also zur Oppositionspartei bestimmt. Die Regierung übernimmt eine große Koalition unter Führung der CDU. Sie realisiert im Verein mit der Bundesregierung zum 1.7. die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion der beiden deutschen Staaten. Damit ist das kommunistische Erbe in atemberaubendem Tempo liquidiert. Daß damit zugleich die erste Erfahrung von Arbeitslosigkeit für 240.000 Menschen im Jahre 1990 eintritt, geht in der Eile unter. Am 23.8. beschließt die Volkskammer den Beitritt zur BRD nach Artikel 23 GG. Die Wiederherstellung der politischen Einheit Deutsch-

²⁶ In: H.-H. Hertle, G.-R. Stephan (Hrsg.): Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees. 2., durchges. Aufl.. Berlin: Christoph Links Vlg. 1997. S. 392-394

lands wird mit dem in Moskau am 12.9. unterzeichneten Deutschlandvertrag außenpolitisch gesichert, so daß am 3.10. der Beitritt in Kraft treten kann. Die DDR ist formell aufgelöst. Eine geschichtliche Fundamentalentscheidung über die kommunistische Intention ist getroffen. Sie zu begreifen, steht freilich dahin.

Das formelle Ende der DDR ist freilich nicht ihr reelles. Sie lebt weiter in den Unterschieden zwischen West- und Ostdeutschland, die nur langfristig aufgehoben werden können. Sie lebt in den Prozessen gegen Vertreter ihres Führungspersonals, in dem am 16.10.94. wegen der errungenen Direktmandate realisierten Einzug der PDS in den Bundestag, in den 5 Nachfolgeanstalten der Ende 1994 aufgelösten Treuhandanstalt, einer Erfindung der DDR-Opposition, auch im Erfolg, den am 8.7.1997 vor dem BVG 5 von 8 Beschwerden entlassener DDR-Lehrer hatten und in vielem anderen mehr. Sie lebt nicht mehr in ihrer Autoproduktion, der letzte 'Trabant' rollte am 30.4.1991 vom Band, nicht mehr in ihrem Fernsehfunk, das Ende des DFF mit ehemals 14.000 Mitarbeitern passierte am 31.12.1991 wie übrigens auch das Ende der Institute der AdW der DDR, nicht mehr in der SDAG Wismut, die am 16.5.1991 durch ein deutsch-sowjetisches Abkommen beendet wurde.

Daß nun, dies sei zum Schluß bemerkt, durch das Urteil über die kommunistische Lösung des sozialen Problems, dasselbe keineswegs aus der Welt geschafft worden ist, lehrt ein kurzer Blick auf die ostdeutschen Arbeitslosenzahlen: 1991 stieg die Anzahl der Arbeitslosen in Ostdeutschland auf 912.000, 1992 erreicht sie mit 1,17 Mill einen ersten Höhepunkt. Im August 1993 sind von den 9,8 Mill DDR-Beschäftigten noch 6,2 Mill erwerbstätig, davon 500.000 in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Ignoriert man letztere, sind im Verlaufe dreier Jahre nach der Währungsunion knapp 42% der DDR-Beschäftigten aus ostdeutschen Erwerbsverhältnissen ausgeschieden. 1996 leben in Ostdeutschland 1,2 Mill weniger Menschen als 1989; 1997 gibt es in Ostdeutschland 37% weniger Erwerbstätige als 1989 in der DDR. Und im Januar 1998 zählt Ostdeutschland 1.587.718 Arbeitslose, das ist eine Rate von 21,1%, der bisherige Rekord. Zum Vergleich: In Westdeutschland liegt die Arbeitslosenrate zur selben Zeit bei 10,5%, die Anzahl beträgt 3.235.466. Das macht insgesamt 4.823.184 Arbeitslose in Deutschland oder 12,6%, der bisherige Nachkriegsrekord. Das ist eine Lage, die den Gegenstand des de-

savouierten kommunistischen Ansatzes, eben die soziale Frage, mit derselben Dringlichkeit zur Debatte stellt, wie das vor 150 Jahren in der ersten modernen sozialen Revolution, der von 1848/49, geschehen ist. 1919 sagte man: Der Kaiser ging, die Generäle blieben. Heute muß gesagt werden: Die Kommunisten gingen, die soziale Frage ist geblieben.

Tabellarischer Anhang

Zur historischen Orientierung sei auf den folgenden Seiten eine Datensammlung angefügt, die das Schema der Juglarzyklen in zwei Darstellungen präsentiert. Zunächst in einer Tabelle, die die Ereignisse in den Dimensionen Natur und Technik, Wirtschaft, Politik, Kultur und Wissenschaft synchronisiert vorstellt. Anschließend werden die Ereignisse in den Juglarzyklen wirtschaftsgeschichtlich vorgestellt.²⁷

Die einzelnen Daten sind selbstverständlich vom Autor ausgewählt, können also von den Lesern jederzeit durch andere ersetzt werden, die sie persönlich als wichtiger erachten. Es kommt nur darauf an, daß die zeitliche Ordnung des Geschehens korrekt reflektiert wird. Dann zeigt sich, daß die Juglarperiodisierung keiner Änderung bedarf.

²⁷ Vgl. hierzu Fußnote 1 (Anmerkung der Hrsg.)

1. Juglar: November 1943 bis Dezember 1952 – Besetzung und Enteignung		
Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft*
<i>Eintritt in die Juglarprosperität</i>		
1943	27.11. Erdbeben in der Türkei, mehr als 4000 Tote	1943 wird Reparationskommission der UdSSR gebildet
1944	16.02. Erster Einsatz des ferngelenkten 'Goliath'	12.02. Repubblica Sociale Italiana deklariert 'Sozialisierung der Betriebe'
1944	April: 'Laboratorium 2' bei Moskau in Betrieb	08.04. Reichsarbeitsdienst für weibliche Jugend auf 1,5 Jahre verlängert
1944	12.06. Erster Einsatz der 'V 1'	13.06. USA-Mitteilung: Seit 7.12.1941 200 Mrd. \$ Kriegsausgaben
1944	07.08. Erster Hochleistungs-Digitalrechner in Betrieb	1.-22.7. Konferenz von Bretton Woods (44 Regierungen nehmen teil)
1944	(Harvard University)	02.09. Foreign Office lehnt Zerstückelung Deutschlands aus ökonomischen Gründen ab
1945	10.01. Radar identifiziert Ziele unter geschl. Wolkendecke	05.02. Alliierte erörtern in Jalta die deutschen Reparationen
1945	(GB)	19.03. Gründung des FDGB in Aachen
1945	21.05. M. v. Ardenne fliegt in die UdSSR	11.06. KPD-Aufruf für freien Handel, private Unternehmerinitiative
1945	16.07. Erste Atombombe gezündet (USA)	21.07. SMAD-Befehl 19 zur Wiedereingangssetzung der Produktion
1945	Sept.: Sowjetische Fachleute beginnen geologische Untersuchungen in Sachsen (Uran)	02.09. Beginn der Bodenreform in der SBZ
1945		22.12. SMAD-Befehl 180 über einheitliche Lohnpolitik
1946	04.02. Erster Hochofen in Unterwellenborn angeblasen	Jan.: Stalin zur KPD-Führung: Demontagen bis Ende Februar beendet
<i>Eintritt in die Juglarrezession</i>		
1946	07.03. Bikinier müssen ihr Atoll verlassen	01.03. In der SBZ enteignete Ländereien sind fast völlig aufgeteilt
1946	1946: Entwicklung der ersten Computergeneration	30.06. Volksabstimm. über Enteignung in Sachsen mit 77% Zustimmung
1946	02.08. Unterzeichnerstaaten der Londoner Reparations-konf. dürfen deutsche Patente nutzen	16.08. F. Selbmann stellt 'chaotischen Zustand' der Wirtschaft fest
1946	1946/1947: 'Jahrhundertwinter'	17.10. SMAD-Befehl 306 über Wirtschaftsplan 1947 und I. Quartal 1947
1947	06.01. In Berlin setzt die Kältewelle ein	1946: Industrieprod. der SBZ auf 42% des Niveaus von 1938 gesunken
1947	16.04. Reynolds (USA) umfliegt in 78:55 h die Erde	01.01. Zusammenschluß der BBZ und der USBZ zur Bizone
1947		01.04. In der SBZ und Berlin leben 22,66 Mill Menschen
1947	07.08. T. Heyerdal erreicht mit Balsafloß Polynesien	12.05. F. Selbmann sendet Wirtschaftsdenkschrift nach Moskau
1947	14.10. Die Bell 'X-1' (USA) durchbricht Schallmauer	02.07. Sowjetische Absage an den Marshall-Plan in Paris mitgeteilt
1947	23.12. Erster Transistor vorgestellt	09.09. SMAD-Befehl 209 zur Unterstützung der Neubauern
1948	30.01. Hornhauttransplantation gelingt (GB)	1947 ist in der SBZ ein Jahr der wirtschaftlichen Stagnation
1948		Anfang 1948 umfaßt der Staatssektor 40% der Industrie in der SBZ
1948		09.03. DWK übernimmt zentrale Leitung der SBZ-Volkswirtschaft
1948	30.06. Neuer Transistor (Halbleitertriode) in New York	20.06. Währungsreform in Westdeutschland
<i>Eintritt in die Juglardepression</i>		
1948	präsentiert, 31.8. Langspielplatte vorgestellt (USA)	01.07. Beginn des Halbjahrplans in der SBZ
1948	01.10. Neugründung des Dt. Patentamts in München	13.10. A. Hennecke erfüllt Norm mit 387% (24,4 m ³ Steinkohle)
1948	(deutsche Erfinder wieder geschützt)	1948/49 Angriff auf die Privatwirtschaft in der SBZ
1949	03.02. Malimo-Patent für H. Mauersberger	01.01. Beginn des 2-Jahrplans 1949/50 in der SBZ
1949	01.04. Wasserleitung für die Max-Hütte Unterwellenborn nach 90 Tagen Bauzeit hergestellt	Ab April ist Steuerreform in der SBZ in Kraft
1949	23.08. Erste sowjetische. Atombombe gezündet	18.5. DWK-Anordnung zur Einführung des Vertragssystems
1949	Okt.: US-Wissenschaftler berichten von der Möglichkeit, eine Wasserstoffbombe herzustellen	15.07. CDU (West) verabschiedet Erklärung der <i>sozialen Marktwirtschaft</i>
1950	20.01. Beginn des Uranbergbaus im Harz, im Juni wieder eingestellt	08.10. Interzonenhandelsabkommen 624 Mill. DM bis 30.6.1950
1950		1949 25% des DDR-Gesamtprodukts für Reparationen und Besetzung
1950	11.06. NWDR nimmt Fernseh-Testbetrieb auf	01.01. COCOM nimmt Tätigkeit auf
1950	18.08. Aufbau der EKO bei Fürstenberg beginnt	27.03. Senkung der HO-Preise um durchschnittlich 30%
1950	13.10. Die 1903 gebaute Grete Cords wird erstes DDR-Hochsee-Handelsschiff <i>Vorwärts</i>	15.05. UdSSR reduziert Reparationen um 50% auf 3.171 Mill. \$
		3. SED-Parteitag (20.-24.7.) beschließt ersten 5-Jahrplan
		29.09. Aufnahme der DDR in den RGW
<i>Eintritt in die Juglarerholung</i>		
1950	Hochsee-Handelsschiff <i>Vorwärts</i>	1950: 13% des DDR-Gesamtprodukts für Reparationen und Besetzung
1951	01.01. Grundsteinlegung für 1. Hochofen des EKO	01.01. Beginn des ersten 5-Jahrplans der DDR
1951	05.04. Herz-Lungen-Maschine vorgestellt (USA)	26.04. Der FDGB erhält die Leitung der Sozialversicherung in der DDR
1951		13.-15.6. SED-ZK beschließt wirtschaftl. Rechnungsführung in den VEB
1951	07.07. Erste Farb-TV-Sendung des CBS, USA	1950/51 steigen die DDR-Getreideerträge um 28% relativ zum Vorjahr
1951		Bis Dez. 1951 sind mehr als 90.000 Neubauernhöfe errichtet
1951	20.12. Erster 'schneller Brüter' in Arco, Idaho	1951 fliehen 165.648 Menschen aus der DDR
1952		Ab 1952 trägt DDR allein Verantwortung für Bau im Wismut-Gebiet
1952	NIKE-Ajax-Raketen werden entwickelt (USA)	28.04. SU übergibt DDR 66 von 213 SAG-Betrieben, sie werden VEB
1952	02.05. <i>Comet 1</i> (brit. Düsenflugzeug) zivil eingesetzt	08.06. Erste LPG in Merxleben gegründet (24 Neubauern)
1952	Sommer: E. Apel kehrt aus der SU zurück	Aufrüstung kostet 2 Mrd. M in 1 Jahr, 10% der Staatseinnahmen
1952	03.10. Erste britische Atombombe gezündet	02.10. Gesetz zum Schutze des Volkseigentums angenommen
1952	21.12. DFF der DDR beginnt Versuchsprogramm	November 1952 bis Mai 1953 Versorgungsstörungen in der DDR

Die Tabelle wird auf der nächsten Seite fortgesetzt →

* Eine ausführlichere Darstellung zur Wirtschaftsgeschichte der DDR bietet die Tabelle ab S. 46

1. Juglar: November 1943 bis Dezember 1952 – Besetzung und Enteignung		
Politik	Kultur und Wissenschaft	Zeit
<i>Eintritt in die Juglarprosperität</i>		
28.11.-1.12. Konferenz von Teheran	01.12. KPD-Flugblatt zirkuliert an der dt. Ostfront	1943
14.02. Stalin fordert Königsberger Gebiet von Churchill	06.02. KPD bildet Kommission zur Deutschlandpolitik	1944
19.03. Dt. Truppen besetzen strategische Punkte Ungarns	17.04. In der KPD-ZK-Arbeitskom. Einheit ist die Frage der	1944
2.3.06. Beginn der Belorussischen Operation	SPD – sie wird damit ausgeschaltet; 15.5. E. Hoernle: Unser	1944
20.07. Attentat auf Hitler	Zweck ist die proletarische Revolution	1944
12.09. Zonengrenzen für Besetzung Dtlids. festgelegt	21.10. Aktionsprogramm des Blockes der <i>kämpferischen</i>	1944
2.-3.12. SPD-Landeskonferenz in Schweden	<i>Demokratie</i> (3. Entwurf)	1944
4.-11.2. Konferenz von Jalta	09.01. Pieck vor 2. Kurs der KPD-Schule: Sozialismus ist Endziel	1945
30.04. Hitler begeht Selbstmord, Dönitz wird Nachfolger	05.04. Richtlinien des KPD-Politbüros für Arbeit unter Besatzung	1945
7.-9.5. Bedingungslose Kapitulation Deutschlands	02.05. Ulbricht in Berlin, 4.6. Stalin orientiert KPD-Führung	1945
17.7.-2.8. Konferenz von Potsdam	19.07. Pieck: Zeit ist zur Vereinigung noch nicht reif	1945
02.09. Bedingungslose Kapitulation Japans unterzeichnet	01.10. Wiederbeginn des Schulunterrichts in der SBZ	1945
04.11. Wahlen in Ungarn (KP erhält 11%)	01.12. Aufnahme des Lehrbetriebs an der Universität in Jena	1945
03.01. Grotewohl bietet Pieck Händedruck an	20.01. Wiedereröffnung der Berliner Universität	1946
<i>Eintritt in die Juglarrezession</i>		
21./22.4. Gründung der SED (1.298.415 Mitglieder)	25.04. Erste Nr. des Neuen Deutschland (ND) erscheint	1946
31.05. Alliierte lassen SPD und SED in Berlin zu	17.05. SMAD lizenziert DEFA, 4.6. Schulgesetz erlassen	1946
30.07. DVdI durch SMAD-Befehl 212 begründet	01.08. Wiedereröffnung der Preußischen AdW als DAW	1946
20.10. Landtagswahlen in der SBZ u. Berlin	11.10. SMAD genehmigt Gründung des ADN	1946
23.12. SMAD erörtert mit SED Wiederezulassung der SPD	02.12. SMAD-Befehl 333 über Grdg. Ges.-wiss. Fakultäten	1946
30.01.-7.2. SED-Führung in Moskau, Stalin weist an, sich auf Konkurrenz mit SPD einzulassen, 12.3. Truman-Doktrin	14.02. Gesellschaftswiss. Fak. d. Univ. Leipzig gegr.	1947
5.-8.6. Deutsche Ministerpräsidentenkonferenz in München	April: Herbert Swope bildet den Terminus Cold War	1947
02.07. Schlußrede Molotows in Paris: Der Kalte Krieg beginnt	30.06. Gesellschaft zum Studium d. Kultur d. Sowjetunion gegr.	1947
20.-24.9. 2. SED-Parteitag, Ulbricht fällt bei Wahlen fast durch	1947 holt Rektor Gadamer W. Markov nach Leipzig	1947
26.11. SED-PV lädt zum Deutschen Volkskongreß ein	4.-8.10. Dt. Schriftsteller-Kongreß in Berlin	1947
12.02. SMAD-Befehl 32 stärkt die SBZ-Zentralinstanzen	01.11. Kulturbund im US-Sektor Berlins verboten	1947
20.04. SMAD teilt mit, DWK-Beschlüsse für SBZ verbindlich	19.-20.2. Bildungskonferenz der deutschen Kultusminister	1948
29./30.6. 11. SED-PV-Tagung, 'Partei neuen Typs', Wende in	12.04. DZfVV erläßt neue Univ.-Zulassungsbestimmungen	1948
	12.05. Pieck redet erstmals von einer 'Partei neuen Typus'	1948
<i>Eintritt in die Juglardepression</i>		
der SED-Entwicklung; 28.7. Shdanow auf Kominform-Tagung	01.07. Bloch in Leipzig berufen	1948
15./16.9. SED-PV-Sitzung Ulbricht proklamiert Nachvollzug der bolschewistischen Revolution, 02.12. Berlin gespalten	22.10. Berliner Schloß wird baupolizeilich gesperrt	1948
25.-28.1. 1. Parteikonferenz d. SED, erklärt Parität für überlebt	04.12. Eröffnung der Freien Universität in Westberlin	1948
18./19.3. Dt. Volksrat nimmt SED-Verfassungsentwurf an	01.01. Forschungsinstitut für den wiss. Sozialismus gegr.	1949
15./16.5. Wahlen nach Einheitsliste für 3. deutsch. Volkskongreß	31.03. Kulturverordnung d. DZfVV, Einführung der ABF	1949
14.08. Wahlen zum 1. Bundestag der BRD, KPD erhält 5,7%	23.05. Neues Statut für alle Hochschulen der SBZ	1949
01.10. Grdg. der VR China, 7.10. Gründung der DDR	20.07. Antrittsvorlesung H. Mayers in Leipzig	1949
11.11. SMAD durch SKK ersetzt	01.09. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut gegründet	1949
08.02. Gründung des MfS (hervorgehend aus der K 5)	21.12. Stalins 70. Geburtstag wird zelebriert	1949
28.03. Annahme der Einheitslisten durch bürgerliche DDR-Parteien	14.02. SED-Politbüro beschließt Geschichtsmuseum	1950
3.-6.5. SED-Führung in Moskau, 25.6. Korea-Krieg beginnt	24.03. Gründung der Deutschen Akademie der Künste	1950
20.-24.7. 3. SED-Parteitag , Ulbricht wird ZK-Generalsekretär	Mai: Neue Redaktion der <i>Einheit</i> (K. Zweiling abgesetzt)	1950
15.10. Volkskammerwahlen nach Einheitslisten	4.-6.7. 2. Dt. Schriftstellerkongreß, Grdg. des DSV	1950
	04.10. Grdg. d. HS f. Planökonomie in Berlin-Karlshorst	1950
<i>Eintritt in die Juglarerholung</i>		
15.12. Volkskammer beschließt Friedensschutzgesetz	30.12. Letzte Sprengung am Berliner Schloß	1950
30.01. Volkskammer schlägt Gesamtdeutschen Rat vor	22.2. DDR-MR-Beschluß, Hochschulwesen zu reorganisieren	1951
2.-4.3. 'Münchener' KPD-Parteitag sanktioniert Säuberung	17.3.5. SED-ZK-Tagung gegen 'Formalismus in der Kunst'	1951
23.05. VR China gliedert Tibet ein	23.-24.6. Konferenz zu Stalins Linguistik-Briefen	1951
09.07. GB und F beenden Kriegszustand mit Deutschland	12.07. Staatl. Kommission f. Kunstangelegenheiten gegr.	1951
18.10. USA beenden Kriegszustand mit Deutschland	01.09. Philosophisches Fachstudium beginnt in der DDR	1951
Nov.: KPD hat 57,67% ihrer Mitgliedschaft verloren	17.-18.11. Logik-Konferenz; 8.12. Dt. Bauakademie eröffnet	1951
02.01. KVP erhält sowjetische Waffen	21.12. Institut f. Gesellschaftswiss. b. SED-ZK gegründet	1952
10.03. Erste sowjetische Deutschlandnote	27.03. Berufspraktikum für alle Studenten eingeführt	1952
24.06. SED-Politbüro nimmt Sozialismus-Parole an	13.06. SED-Politbüro inspiziert Museum f. Dt. Geschichte	1952
9.-12.7. 2. SED-Parteikonf. beschließt 'Aufbau d. Sozialismus'	06.07. Eröffnung des Museums für Dt. Geschichte	1952
07.10. Militär. Dienstgrade u. neue Uniformen für KVP eingeführt	19.-20.9. Zentrale Hochschulkonferenz	1952
Nov. 52 bis Mai 53: schärfste Form der DDR-Diktatur d. Prol.	1952 gegr. TH Magdeburg, TH Ilmenau, VHS Dresden u. a.	1952

2. Juglar: Januar 1953 bis Februar 1962 – Kollektivierung der Landwirtschaft und Militarisierung		
Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft*
<i>Eintritt in die Juglarprosperität</i>		
1953	01.02. 10% der Niederlande überflutet, 1853 Tote,	22.01. Pflichtableieferung der Landwirtschaft wird erhöht
1953	72000 Evakuierte	20.04. Preiserhöhung für rationierte Lebensmittel in der DDR
1953		28.05. Regierung verordnet Erhöhung der Arbeitsnormen um 10%
1953	12.08. Erste sowj. Wasserstoffbombenexplosion	23.07. Neue Steuerverordnung in der DDR
1953	30.09. A. Picard stellt Tauchrekord (3150m) auf	14.09. Erhöhung der Konsumgüterproduktion beschlossen
1953		Dez.: Generelle Lohnerhöhung in der DDR verordnet
1954	21.01. Erstes Atom-U-Boot (USA) im Dienst	01.01. SU verzichtet auf Reparationen
1954		4. SED-Parteitag beschließt 'Milliardenprogramm'
1954	Juni: Erstes AKW am Netz (UdSSR)	06.06. Preissenkung für Schuhe, Backwaren, Schlachtfette u. a. m.
1954	04.08. Volkskammer beschließt Naturschutz-Gesetz	1954 beginnt Flugzeugbau in der DDR
1954		13.09. DDR-Preissenkung für Lebens- u. Genußmittel, Konsumgüter
1954	01.11. ARD-Fernsehen beginnt	01.12. US-Regierung sichert BRD 12,6 Mrd. DM für Aufrüstung zu
1955	05.01. In Südamerika verbindet Bahn Pazifik und Atlantik	06.01. Verordnung über Produktions- und Dienstleistungsabgabe
1955	19.03. Erster Transistorrechner hergestellt (USA)	3.-6.4. Erste Baukonferenz des SED-ZK
<i>Eintritt in die Juglarrezession</i>		
1955	23.06. <i>Caravelle</i> (französ. Düsenflugzeug) präsentiert	01.06. Ulbricht hebt wieder Bedeutung der Schwerindustrie hervor
1955	31.08. Aufbau des BKW 'Schwarze Pumpe' beginnt	18.08. Verordnung über Bildung von PGH, Musterstatut. LPG I u. II
1955	22.10. UdSSR zündet transportable H-Bombe und über-	27.10. SED-ZK kündigt Staatsbeteiligung an Privatunternehmen an
1955	nimmt die Führung im nuklearen Wettrüsten	1955 erfüllt die VE Industrie Jahresplan nicht, die private mit 102,9%
1956	03.01. Bahnverbindung Peking-Moskau hergestellt	01.01. Zweiter 5-Jahrplan beginnt; BRD-BSP stieg um 60% seit 1951
1956	14.04. Flugzeugträger <i>U.S.S. Saratoga</i> im Dienst	31.03. 959 DDR-Betriebe mit Gesamtkapital von 151.657 Mill. M haben
1956	27.05. TU-104 in Zürich vorgestellt. 3.6. Für den Haushalt	46.628 Mill. M volkseigenen Anteil
1956	erster Geschirrspüler in Dortmund präsentiert	17.07. Vereinbarung zur Herabsetzung der Kosten der GSSD um 50%
1956	17.10. AKW Calder Hall geht ans Netz	01.10. HO beginnt mit Teilzahlungsverkäufen
1956		1956: 144 Betriebe mit staatl. Beteiligung (14.331 Beschäftigte)
1957	01.01. Probelauf des Wankel-Motors (Drehkolbenmotor)	19.01. Volkskammer beschließt 45-Stunden-Woche
1957	11.03. Mikrowellenherd in Köln vorgestellt	21.03. DDR-Ministerrat beschließt Kohle- u. Energieprogramm
1957	15.05. Sowj. Versuche mit Interkontinentalraketen	18.-22.6. 8. RGW-Tagung empfiehlt gemeinsame Perspektivpläne
1957	beginnen in Baikonur	01.08. Deutsche Bundesbank nimmt ihre Tätigkeit auf
<i>Eintritt in die Juglardepression</i>		
1957	04.10. Start des <i>Sputnik</i>	Okt.: SED-ZK-Tagung zur Agrarpolitik Genossenschaftsbildung
1957	07.11. Erster <i>Trabant</i> läuft vom Band	1957 erhält DDR Kredit von 75 Mill. Rubel von der UdSSR
1958	01.02. Erster US-Satellit <i>Explorer 1</i>	8./9.1. Volkskammer beschließt zweiten 5-Jahrplan 1956/60
1958	02.03. Antarktis erfolgreich durchquert (GB)	Seit 1958 verwendet der RGW zur Orientierung Weltmarktpreise
1958	06.05. Grundig stellt Stereo-Musiktruhen vor	28.05. Volkskammer beschließt Abschaffung der Lebensmittelkarten
1958	08.08. Melioration der Friedländer Großen Wiese wird	5. SED-Parteitag verkündet, BRD bis Ende 1961 zu überholen
1958	Jugendobjekt	22.09. Industrie- und Handelskammern den Bezirksräten unterstellt
1958	04.12. Erstflug des DDR-Düsenflugzeugs <i>B 152</i>	Nov.: Chemieprogramm verkündet (sowjetisches Erdöl)
1959	(konstruiert von B. Baade)	Jan.: SU beschließt einen Siebenjahrplan
1959	04.03. Absturz der <i>B 152</i> bei Dresden	26.03. Staatsbeteiligungsverordnung, 9.4. Neue LPG-Musterstatuten
1959	02.05. Bau des Erdölverarbeitungswerks Schwedt	22.05. In der DDR leben 17.310.670 Menschen
1959	26.07. Hovercraft überquert erstmals Ärmelkanal	24.07. ND: Es wird keine Zwangskollektivierung geben
1959	12.09. <i>Lunik 2</i> erreicht den Mond	01.10. Volkskammer beschließt Siebenjahrplan 1959/65
1959	10.11. Erstes künstliches Antibiotikum (USA)	13.12. Kreis Eilenburg als erster voll genossenschaftlich
<i>Eintritt in die Juglarerholung</i>		
1960	13.02. Erster französ. Atombombenversuch (Sahara)	Jan.: SPK rechnet für 1965 mit Überholung Westdeutschlands
1960	01.04. Erster Wettersatellit <i>Tiros 1</i> im Orbit (USA)	14.04. Karl-Marx-Stadt meldet als letzter Bezirk Vollkollektivierung
1960	1960: funktionsfähiger DDR-Industrieroboter	Ende Mai bewirtschaften 19345 LPG 85% der LNF der DDR
1960	26.08. Zweiter Prototyp der <i>B 152</i> in Flugerprobung	16.08. Zusatzvereinbarung zum Berliner Abkommen abgeschlossen
1960	23.09. Europabrücke Kehl-Straßburg eröffnet	30.09. Bundesregierung kündigt Interzonenhandelsabkommen
1960	1960 haben 6,2% der DDR-Haushalte Waschmaschinen	30.11. Gespräch Ulbricht-Chruschtschow über DDR-Wirtschaftslage
1961	01.02. Erster Start einer US-Interkontinentalrakete	18.01. Entwurf zu 'Ursachen der wirtschaftl. Schwierigkeiten' der DDR
1961	12.04. Erster Raumflug J. Gagarins	März: SED-ZK beschließt Demontage der Flugzeugindustrie
1961	17.06. AKW Kehl a. Rhein geht ans Netz	Anfang Mai gibt SPK den Siebenjahrplan auf ('präzisiert' ihn)
1961	05.07. Erste Mehrstufenrakete <i>Shavit 2</i> gestartet	Sommer: Mißernte in der DDR-Landwirtschaft
1961		10./11.10. Wirtschaftskonferenz des SED-ZK u. d. DDR-Ministerrat
1961	19.11. Verdacht gegen <i>Contergan</i> erstmals geäußert	1961 werden in der DDR 92.000 Wohnungen neu- u. ausgebaut
1962	16./17.2. Sturmflutkatastrophe in Hamburg	Febr.: SED-ZK beschließt letzte Änderung des 7-Jahrplans

Die Tabelle wird auf der nächsten Seite fortgesetzt →

* Eine ausführlichere Darstellung zur Wirtschaftsgeschichte der DDR bietet die Tabelle ab S. 46

2. Juglar: Januar 1953 bis Februar 1962 – Kollektivierung der Landwirtschaft und Militarisierung		
Politik	Kultur und Wissenschaft	Zeit
<i>Eintritt in die Juglarprosperität</i>		
15.01. DDR-Außenminister Dertinger (CDU) verhaftet	13.01. Prawda-Artikel Stalins über 'Verschwörer in Ärztekitteln'	1953
05.03. Tod Stalins (offizielles Datum)	17.03. MEL-Inst. wird MELS-Inst	1953
16./17.6. Massenstreiks und Ausnahmezustand in der DDR	Mai: D. Z. f. Phil. beginnt zu erscheinen	1953
22.07. SED-Politbüro-Sitzung Ulbricht triumphiert	Aug.: Grotewohl verhindert Einstellung der <i>Täglichen Rundschau</i>	1953
07.09. Chruschtschow wird 1. Sekretär des KPdSU-ZK	G. Klaus aus Jena nach Berlin für Logik und Erkenntnistheorie	1953
16.-23.12. Geheimplatz gegen Berija, Hinrichtung	1953: Gründung der HS f. LPG Meißen, HS f. L. Bernburg	1953
23.01. Zaisser, Herrstadt aus SED ausgeschlossen	18.1. Ministerium für Kultur der DDR gebildet	1954
25.03. SU erklärt DDR für souverän; 30.3.-6.4. 4. SED-Parteitag , 08.06. Dertinger zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt	07.03. R. O. Gropp greift W. Harich an	1954
Juli: K. Hamann wird zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt	17.06. Ges. z. Verbreitung wiss. Kenntnisse gebildet	1954
17.10. Volkskammerwahlen nach Einheitsliste	1954: Evangelischer Kirchentag in Leipzig	1954
12.11. Erste Bundeswehrsoldaten	Sept.: 12 DDR-Philosophen zum 4. Kongreß d. AGfPh	1954
25.01. SU erklärt Ende des Kriegszustands mit Deutschland	1954 Medizin. Akad. Magdeburg, Dresden, Erfurt gegr.	1954
Ende März: Geheimplatz gegen Paul Merker	07.01. Dibelius Jugendweihe und Konfirmation unvereinbar	1955
	18.03. E. Bloch wird Mitglied der DAW	1955
<i>Eintritt in die Juglarrezession</i>		
11.-14.5. Warschauer Pakt, DDR darf mitunterzeichnen	15.-16.6. Zentrale Hochschulkonferenz in Leipzig	1955
18.-23.7. Genfer Gipfelkopf., dt. Teilung endgültig	05.07. SED-PB-Geschichtsbeschuß	1955
8.-14.9. Adenauer in Moskau, diplomat. Beziehungen BRD-SU	Sept.: Zehnjahresschule beginnt in der DDR	1955
24.11. Sfs wird wieder MfS	2.-3.12. Zweite Hochschulkonferenz des SED-ZK in Leipzig	1955
18.01. Bildung der NVA beschlossen	9.-14.1. Vierter DDR-Schriftstellerkongr.: Soz. Realismus	1956
24.-30.3. 3. SED-Parteikonferenz (Chruschtschows Geheimrede)	8.-10.3.: Freiheitskonferenz der DAW	1956
28./29.6. Streiks und Unruhen in Poznan: ca. 60 Tote	30.06. KPdSU-ZK-Beschluß über den Personenkult	1956
27.-29.7. 28. SED-ZK-Tagung beschließt zu rehabilitieren	18.07. R. Havemann greift im ND Dogmatismus an	1956
23.10. Sympathiekundgebung in Budapest für Polen	01.09. Kadettenanstalt Naumburg eröffnet	1956
04.11. Einmarsch der Sowjetarmee in Budapest	29.11.. Harich, Steinberger, Hertwig verhaftet	1956
31.1.-1.2. 30. SED-ZK-Tagung, gegen Revisionismus	05.02. SED-PB lehnt Zeitungsprojekt Die Republik ab	1957
März: Truppenstationierungsvertrag DDR-SU (20 sowj. Div.)	7.-9.3. Prozeß gegen Harich (10 Jahre Haft) u. a.	1957
27.05. Memorandum der BRD zu dt. Frage der SU übersandt	04.05. Staatssekr. f. Hoch- u. F.schulen. gegen 'Verbürgerlichung'	1957
Aug.: Chruschtschow besucht die DDR	23.-26.7. Prozeß gegen Janka, Zöger. Wolf	1957
<i>Eintritt in die Juglardepression</i>		
15.10. VR Jugoslawien erkennt DDR an	10.09. 'Reue'-Brief J. R. Bechers an das SED-ZK	1957
11.12. Volkskammer nimmt Strafrechtsergänzungsgesetz an	Nov.: Internationale KP-Konferenz in Moskau	1957
3.-6.2. 35. SED-ZK-Tagung, Ausschluß Schirdewans u. a.		1958
19.-21.3. Konstituierende Sitzung des Europäischen Parlaments	2.-3.4. Babelsberger Konferenz über DDR-Rechtswesen	1958
29.6. M. Fechner wieder SED-Parteimitglied (ND Mitteilung)	1958: 'Bund evangelischer Pfarrer in der DDR' gegr.	1958
10.-16.7. 5. SED-Parteitag beschließt, BRD zu überholen	Ulbricht verkündet 10 Gebote sozialistischer Moral	1958
28.9. 79,25% der Franzosen für die neue Verfassung	2.-4.9. Prozeß gegen Langer, Schweikert, Messelken	1958
27.11. SU kündigt Besatzungsstatut von Berlin	20.-30.12. Prozeß gegen Saar, Crüger, Gülzow	1958
Jan.: F. Castro siegt auf Kuba, zieht am 8.1. in Havanna ein	05.01. Eröffnung der Militärakademie Dresden	1959
04.04. NATO-Rat erneuert Berlin-Garantie	24./25.4. I. Bitterfelder Konferenz	1959
11.05. Genfer Außenminister-Konferenz unter Teilnahme beider deutscher Staaten beginnt	Mai: F. Behrens muß Ms. über Ware, Wert und Wertgesetz überarbeiten	1959
01.10. Kurt Vieweg zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt	01.09. Abitur mit Facharbeiterbrief gekoppelt	1959
13.-15.11. SPD-Parteitag in Bad Godesberg	02.12. Zehnjährige Schulpflicht für die DDR beschlossen	1959
<i>Eintritt in die Juglarerholung</i>		
10.02. Bildung des Nationalen Verteidigungsrats der DDR	Ab 1960 Plan für Ökonomieforschung in der DDR	1960
18.03. Wehner erklärt <i>Deutschlandplan der SPD</i> für obsolet	15.03. SED-PB Beschluß zu Kirchenfragen	1960
05.05. Umsiedlung des SED-PB nach Wandlitz beschlossen	15.05. <i>Die Sorgen und die Macht</i> (P. Hacks) uraufgeführt	1960
12.07. SED-PB ordnet sich den DDR-Ministerrat unter	23.07. Sitzung der Akademie der Künste: P. Huchel	1960
12.09. Staatsrat der DDR wird gebildet (Ulbricht Vors.)	27.10. P. Huchel bietet seinen Rücktritt an	1960
15.-17.12. B. Leuschner vor SED-ZK: Kein Überholen der BRD	1960 gibt es in der DDR 44 Univ. und HS	1960
30.01. Rechtspflege-Beschluß des DDR-Staatsrates	Jan.: Auseinandersetzung mit Kurt Bartels (Kuba)	1961
März: Warschauer Pakt gibt keine Genehmigung für Mauer	21.03. G. Grass liest in Leipzig (eingeladen von H. Mayer)	1961
3.-4.6. Treffen Kennedys mit Chruschtschow in Wien	1961 wird W. Markov in die DAW gewählt	1961
13.08. Abschließung der DDR-Grenze, Mauerbau beginnt	1961 bildet sich Forschungsgemeinschaft Soziologie	1961
20.09. Volkskammer beschließt DDR-Verteidigungsgesetz	20.09. Brief Blochs an die DAW: Keine Rückkehr in die DDR	1961
1961 hat die NVA 100.000 Mann	Dez.: Abusch: Es gib keine dt. einheitliche Kultur	1961
24.01. Volkskammer beschließt allgemeine Wehrpflicht	21.02. Sektionssitzg. an der AdK: Kritik an P. Huchel	1962

3. Juglar: März 1962 bis April 1971 – Die Wirtschaftsreform und ihr Scheitern

Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft*
<i>Eintritt in die Juglarprosperität</i>		
1962	1962 beginnt Pro-Malimo-Kampagne in der DDR	Zwischen Herbst 1961 und Herbst 1962: auf SED-ZK-Tagungen über die Notwendigkeit ökonomischer Reformen debattiert
1962	20.07. Erste Fernsehübertragung per Satellit	Sommer: Ulbricht ersetzt Planungschef K. Mewis durch E. Apel
1962	15.09. Mont-Blanc-Tunnel (11,6 km) eingeweiht	Sept.: Liberman-Diskussion in der SU durch SED aufgegriffen
1962	01.11. Sowjetische Raumsonde Mars I startet	20.12. SED-Politbüro berät 'Grundsätze eines ökonomischen Systems...'
1963	31.01. Zunahme radioaktiv verseuchten Regens	Anfang Jan.: E. Apel wird Leiter der SPK, Febr./März arbeitet eine Gruppe unter W. Halbritter am Grundriß 'ökonomischer Hebel'
1963	30.04. Fehmarnsundbrücke (963 m) übergeben	Juni: Präsidium d. DDR-Ministerrats verkündet NÖSPL
1963	16.06. V. Tereschkova mit Vostok 6 im Orbit	Sommer: Mißernte in der DDR-Landwirtschaft
1963	05.08. Atomteststoppabkommen	01.09. Bildung der Interflug (DDR-Luffahrtges.)
1963	16.10. US-Satellit Vela 1 im Orbit	1963 reduziert SU Lieferungen (Getreide, Walzstahl) in die DDR
1963	18.12. Erdölfernleitung in Schwedt eingeweiht	01.01. DDR-Wirtschaftsreform beginnt
1964	Jan.: Insulinsynthese gelingt an der TH Aachen	01.04. Erste Etappe der DDR-Industriepreisreform tritt in Kraft
1964	Senkrechtstarter VJ 101 C/X 1 vorgestellt	Frühjahr: Im SED-ZK werden 'sozialistische Millionäre' im NÖS befürchtet
1964	13.06. Nuklearschiff Otto Hahn läuft vom Stapel	
<i>Eintritt in die Juglarrezession</i>		
1964	15.07. Grundsteinlegung für Aufbau von Halle-West	19.08. Material Wolfs für Ulbrichts Referat zum Perspektivplan
1964	16.10. Erste Atombombe in China gezündet	Okt.: Breshnew zu Ulbricht: DDR stellt sich ungenügend auf die SU ein
1964	Nov.: US-Raumsonde zum Mars startet (Fehlschlag)	01.12. Zwangsumtausch tritt in Kraft
1965		01.01. Zweite Stufe der Industriepreisreform in der DDR beginnt im April: Gruppe um G. Mittag bewertet Arbeit der SPK als richtig
1965	18.03. A. A. Leonow verläßt im Orbit Voschod 3	15.06. VWR informiert über Probleme in Privatbetrieben
1965	25.06. Luftkissenboot in München vorgestellt	15.07. Kritik an der SPK durch Gruppe um G. Mittag
1965	16.07. Montblanc-Tunnel eröffnet	17.09. DDR-Delegation ohne E. Apel nach Moskau
1965	15.10. XB-70a fliegt dreifache Schallgeschwindigkeit	27.-30.11. Breshnew in der DDR, 03.12. E. Apel begeht Selbstmord
1965	08.12. Anti-Protonen in kurzwelligem Licht gezeigt	14.01. DDR-Staatsrat vereinfacht staatliche Wirtschaftsführung
1966	03.02. Luna 9 landet auf dem Mond	März: Einige VVB führen Produktionsfondsabgabe ein
1966	16.03. Gemini 8 gelingt Kopplungsmanöver	23.05. Rückstand von 6 Jahren in der Halbleiterprod. (Minister Steger)
1966	09.05. Atomkraftwerk Rheinsberg geht in Betrieb	
1966	19.08. Luna Orbiter I sendet Erdaufnahmen	
1966	1966: Laser erfunden	15.09. Kommerzielle Koordinierung (KoKo) offiziell etabliert
<i>Eintritt in die Juglardepression</i>		
1966	21.12. AEG erhält Patent für Glasfaser- Lichtwellenleiter-Technologie	Dez.: Ulbricht kritisiert Plankommission und VVB
1967		Seit 1967 Investitionen in 'strukturbestimmende Zweige' der Volkswirt.
1967	Mitte 1962 bis Mitte 1967 verringert sich DDR-LNF wegen der Bauland-Bereitstellung um ca. 200.000 h (3%)	3./4.4. Langfristiges Wirtschaftsabkommen DDR-SU abgeschlossen
1967	25.08. Farbfernsehen beginnt in der BRD	03.05. DDR-Ministerrat beschließt 5-Tage-Woche ab 28.8.1967
1967	21.09. Minikamera in Japan vorgestellt	Juli: 2. SED-ZK-Tagung beschließt, Kombinate zu bilden
1967	07.11. Kairo erhält Strom aus Assuan	14.09. DDR-Verordnung über Wohnraumlentung
1968	10.01. Surveyor 7 landet auf dem Mond.	Seit 1967 duldet DDR-Führung Kauf im Intershop durch DDR-Bürger
1968	01.03. DDR-Verordnung über Standortverteilung von Investitionen	12.02. Schürer informiert Ulbricht über Baibakows Japan-Reise
1968	31.07. Luftkissenbootverkehr auf dem Ärmelkanal beginnt.	22.04. Staatsrat beschließt weitere Maßnahmen zum ÖSS
1968	22.09. Abu Simbel-Grabmal 65 m höher verlegt	Juni: Grundsatzregelung zur Gestaltung des ÖSS
1968	24.12. Apollo 8 umkreist den Mond	01.07. Rentenerhöhung tritt in Kraft (Staatsratsbeschuß v. 15.3.1968)
1969	09.02. Jungferflug der Boeing 747	15.11. Volkskammer verabsch. Versicherungsgesetz f. d. Wirtschaft
<i>Eintritt in die Juglarerholung</i>		
1969	2.3. Jungferflug der Concorde	05.03. G. Schürer: Unser System hat nichts mit Liberalisierung zu tun
1969		12.05. Volkskammer beschließt Staatshaftungsgesetz
1969	20./21.7. Landung auf dem Mond (USA)	27.08. Erhöhung des Kindergelds in der DDR, 3. Kind 50 M/monatlich
1969	3.10. II. DDR- Fernsehprogramm eröffnet, in der DDR beginnt das Farbfernsehen	10.09. DDR-Ministerrat beschließt Energieverordnung
1970	11.2. Start eines japanischen Satelliten	1969 umfaßt berufstätige DDR-Bevölkerung 8,17 Mill. Menschen
1970	20.3. Raumtransporter X 24 im Jungferflug (USA)	Im Winter 1969/70 kommt es zu wirtschaftl. Einbrüchen in der DDR
1970	14.5. DDR-Landeskulturgesetz beschlossen	12.03. Verordnung über Kooperationsgemeinschaften
1970	21.7. Assuan-Staudamm fertiggestellt	Juni: SED-ZK kritisiert G. Mittag hinsichtlich der Planziele für 1970
1970	24.9. Luna 16 kehrt mit Mondgestein zur Erde zurück	Sommer: Im SED-PB beginnt Korrektur der Wirtschaftspolitik
1970	1970 legt DDR-MR fest, jährlich sind ein Umweltbericht vorzulegen, eine 'Woche der 'sozialist. Landeskultur' zu veranstalten,	21.10. Breshnew lehnt Ulbrichts Wünsche (Rohstahl u. Lebensm.) ab
1971		9.-11.12. SED-ZK analysiert Erfüllung des Perspektivplans
1971		29.01. Preissenkung für Textilien und Industriewaren
1971		25.03. Ulbricht verwirft ZK-Konzeption des 5-Jahrplans 1971/75

Die Tabelle wird auf der nächsten Seite fortgesetzt →

* Eine ausführlichere Darstellung zur Wirtschaftsgeschichte der DDR bietet die Tabelle ab S. 46

3. Juglar: März 1962 bis April 1971 – Die Wirtschaftsreform und ihr Scheitern		
Politik	Kultur und Wissenschaft	Zeit
<i>Eintritt in die Juglarprosperität</i>		
April: SED-PB billigt 'Vorlage über... sozialist. Rechtspflege'		1962
10.05. Heinz Brandt zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt	15.06. Bredel, Hermlin diskutieren erneut mit Huchel	1962
02.08. Auflösung der sowjetischen Stadtkommandantur in Berlin	12.07. Mitteilung über Einstellung der ABF	1962
20.10. US-Seeblockade gegen Kuba, 22.-28.10. Kuba-Krise	09.09. E. Liberman: 'Plan, Gewinn, Prämie' (Prawda)	1962
	Letztes Heft <i>Sinn und Form</i> (1962) 5/6 Peter Huchels	1962
11.01. K. Mewis wird seiner Posten enthoben, 15.-21.1.: 6. SED-Parteitag	6. SED-Parteitag leitet liberale Kulturpolitik ein	1963
	10./12.4. ZK über <i>Grundriß d. Gesch. d. Arbeiterbewegung</i>	1963
14.05. Beschluß über Bildung der ABI	27.-28.5. Kafka-Konferenz in Liblice, CSR.	1963
Sommer 63: Offener Streit zw. der UdSSR und der VR China	15.07. E. Bahr: Wandel durch Annäherung, Vortrag in Tutzing	1963
15.10. Adenauer tritt als Bundeskanzler zurück	21.09. <i>Jugendkommuniqué</i> des SED-ZK	1963
17.12. Passierscheinprotokoll für Westberliner	5.-7.12. Konferenz <i>Moderne Naturwiss. u. Atheismus</i>	1963
16.2. W. Brandt zum SPD-Vorsitzenden gewählt	Seit 1964 wird die DDR-Soziologie institutionalisiert	1964
15.4. SED-ZK gegen 'Spaltungspolitik der chines. Führer'	12./13.3. Angriffe gegen R. Havemann	1964
16.-18.5. Zweites Deutschlandtreffen der FDJ in Berlin	Jugendsender <i>DT 64</i> entsteht	1964
<i>Eintritt in die Juglarrezession</i>		
01.07. Gründung der PLO in Jerusalem	Aug.: Probenummer des Profil ist fertig (DDR-Spiegel)	1964
15.10. Ersetzung Chruschtschows durch Breshnew	Herbst: K. Turba wird Leiter der Jugendkommission	1964
1964 können DDR-Wehrpflichtige Bausoldaten werden	18.12. W. Harich und K. Vieweg freigelassen	1964
07.02. Zweiter Vietnamkrieg beginnt	25.02. DDR-Gesetz über einheitliches Bildungswesen	1965
14.04. Marsch auf Washington (gegen den Vietnamkrieg)	22.-24.4. DDR-Philosophie-Kongreß: Wiss.-techn. Revolution	1965
26.05. G. Dertinger ist Reststrafe erlassen worden (ND-Mitteilg.)		1965
05.08. Krieg zwischen Indien und Pakistan beginnt	W. Eichhorn: <i>Wie ist Ethik als Wissenschaft möglich?</i>	1965
11.10. SED-ZK-Sekretariat tagt ohne Ulbricht	Okt.: Ulbricht verwendet 'Militärdoktrin der DDR'	1965
27.-30.11. Breshnew in Berlin	15.-18.12.: 11. SED-ZK-Tagung (Desaster der Kulturpolitik)	1965
11.02. Offener Brief des SED-ZK an SPD-Parteitag	12.01. Kulturminister Bentzien abberufen	1966
18.03. SPD antwortet auf <i>Offenen Brief</i>	01.04. Mitteilung über Ausschluß Havemanns aus DAW	1966
26.05. Unterhändler von SED und SPD einigen sich	01.06. Brief Ulbrichts an K. Jaspers	1966
01.07. Rückzug Frankreichs aus Militärintegration der NATO	1966 wird das Zentralinstitut für Jugendforschung gegr.	1966
Okt.: Die indonesische Regierung gibt 500.000 Tote an	3.-11.9. Int. Hegelkongreß in Prag: Rechtsphilosophie	1966
<i>Eintritt in die Juglardepression</i>		
01.12. Große Koalition in Bonn im Amt (Kiesinger BK)	1966 beginnt sich die UdSSR-Dissidenz zu formieren	1967
20.02. Gesetz über DDR-Staatsbürgerschaft	2.-3.2. Vierte Hochschulkonferenz	1967
17.-22.4.: 7. SED-Parteitag	SED-Parteitag wählt Christa Wolf nicht mehr ins ZK	1967
11.05. Stoph an Kiesinger, 13.6. Kiesinger an Stoph	Mai: Wörterbuch der Kybernetik erscheint	1967
Juli: Hilde Benjamin als DDR-Justizministerin abgelöst	19.07. Bildung von Frauensonderklassen an allen Fachschulen	1967
Seit Herbst Streit in der KPČ, Novotny erhält keine UdSSR-Hilfe	26.10. 450-Jahr-Feier der Reformation in Wittenberg	1967
01.12. Volkskammer: Sozialistische Verfassung erarbeiten	1967 <i>Fürstenwalder Erklärung</i> für Einheit der EKD	1968
04.01. Novotný wird abgelöst; 5.1. A. Dubček wird GS d. KPČ	10.01. KB über Kultur u. sozialistische Menschengemeinschaft	1968
06.04. Volksentscheid über neue DDR-Verfassung	März: Studentenrebellion in Polen	1968
12.06. DDR führt Paß- und Visazwang für Westdeutsche ein	Mai.: Höhepunkt der Studentenbewegung im Westen	1968
20./21.8. Einmarsch in die ČSSR (80% sowjetische Truppen)	01.08. Bezug von DDR-Zeitungen in der BRD erlaubt	1968
26.09. Prawda publiziert erstmals 'Breshnew-Doktrin'	12.10. Aufnahme des DDR-NOK in das IOC	1968
1968 erreicht Kriminalität in der DDR ihren Tiefpunkt	23.11. W. Wünsche: Militärdoktrin der DDR, (ND)	1969
02.02. Tito und Ceauşescu gegen Intervention in der ČSSR	16.01. Selbstverbrennung Jan Palachs in Prag	1969
<i>Eintritt in die Juglarerholung</i>		
März: Konfrontation am Ussuri zwischen China und der UdSSR	03.04. Staatsratsbeschluß über 3. Hochschulreform	1969
10.05. Aufnahme diplomatischer Beziehungen DDR-Irak	1968/69 Jugendweihe mit 90,9% der DDR-Jugendlichen	1969
07.08. Westmächte bieten UdSSR neues Berlin-Gespräch an	15.-17.8. Woodstock-Festival bei New York	1969
21.10. Sozial-liberale Koalition in Bonn im Amt	1969: Bund d. evangel. Kirchen in der DDR gegr.	1969
Dez.: Verhandlungen UdSSR-BRD beginnen	1969: K. Braunreuther seiner Funktion enthoben	1969
22.01. Brandt teilt Stoph Verhandlungsbereitschaft mit	18.2. Hessen beschließt Grdg. d. Hochschule Kassel	1970
19.03. Brandt-Stoph-Treffen in Erfurt	02.04. Ausschluß Biermanns aus DDR-PEN scheidert	1970
21.05. Stoph-Brandt-Treffen in Kassel	04.05. Vier Studenten auf dem Univ.-Gelände von Kent bei Demonstration erschossen	1970
12.08. Moskauer Vertrag BRD-UdSSR		1970
29.10. BRD und DDR kündigen Verhandlungen an	15.09. Akademie der Pädagogischen Wiss. der DDR gegr.	1970
27.11. M. Kohl-E. Bahr-Gespräch beginnt in Berlin	1970 haben 69,1 % der DDR-Haushalte Fernsehen	1970
21.01. SED-PB-Mehrheit bittet Breshnew um Entlassung Ulbrichts	13.02. ND meldet H. Müllers Telegramm an das Hamburger Lessingpreiskollegium	1971
12.04. Ulbricht u. Honecker bei Breshnew		1971

4. Juglar: Mai 1971 bis Juni 1980 – Die kreditierte Sozialpolitik		
Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft*
<i>Eintritt in die Juglarprosperität</i>		
1971	18.05. Elektromobil (Opel) erreicht 240 km/h	8. SED-Parteitag beschließt 'Hauptaufgabe' des 5-Jahrplans 1971/75
1971	26.7.-7.8. Apollo 15 (Mondlandung)	Aug.: SED-PB plant Verstaatlichungen bis 1975 zu strecken
1971	11.10. Transrapid 02 in München demonstriert	21.10. MR beschließt privaten Wohnungsbau für Arbeiter
1971	1971 wird der erste Taschenrechner hergestellt (USA)	19.11. Preisstopp für Konsumgüter verkündet
1972	08.01. AKW Stade geht ans Netz	Jan.: Visafreier Reiseverkehr zwischen DDR, Polen, CSSR eröffnet
1972	16.-27.4. Apollo 16 (Mondlandung)	02.04. Visafreier Reiseverkehr zwischen DDR und Rumänien eröffnet
1972	1972 beginnt in den USA die Haushaltsausstattung mit Kabel-TV-Empfangsanlagen	Mai: 'Mini-Pille' zur Schwangerschaftsverhütung im Handel
1972	28.10. Erster Airbus A 300 startet	6.-7.7. SED-ZK schließt Verstaatlichung ab (rd. 11.400 Betriebe)
1972	7.-19.12. Apollo 17, letzte Mondlandung	01.09. DDR-Sozialpaket wird wirksam
1973	16.01. Luna 21 setzt Lunochod 2 auf dem Mond ab	07.11. Grete Wittkowski zu Zahlungsbilanzproblemen der DDR
1973	14.05. Erste US-Raumstation Skylab startet	18.01. Stoph verfügt Verkauf von Kunstgütern (55 Mill. VM)
1973	30.08. Bosphorusbrücke verbindet Europa und Asien	24.04. SED-PB beschließt monatliche Verschuldungsinformation
		01.06. Halbritter meldet: Verbraucherpreisubventionierung ist von 8,8 Mrd. M 1971 auf 9,8 Mrd. M 1972 gestiegen.
<i>Eintritt in die Juglarrezession</i>		
1973	26.10. Jungferflug des dt.-französ. Alpha-Je'	02.10. SED-ZK beschließt Wohnungsbauprogramm 1976/90
1973	17.11. Beschluß über Bau des Ärmelkanaltunnels	04.11. Krolkowski läßt Schulden bis 1977/78 hochrechnen
1974	Debatte in Freiberg/Sachsen über Luftbelastung	01.01. DDR wird 124. Mitglied der ILO
1974	19.03. DDR-Regierung: keine Umweltberichte mehr, Woche der soz. Landeskultur fällt aus.	März: Honecker weist an, ein Generalsekretärskonto zu errichten
1974		Bankexperten bearbeiten noch 1974 Bilanzprobleme z. T. nicht mehr existierender verstaatlichter Betriebe; 01.07. Preissenkungen zu 10-30% für Damentextilien in der DDR
1974	1974 wird 'Verursachung einer Umweltgefahr' als Tatbestand in das DDR-Strafgesetzb. aufgenommen	1974 erreicht die KUA einen Ertrag von 11 Mill. VM
1975	22.01. Fernsehsatellit 'Symphonie' eingeweiht	01.01. Erhöhung des Mindesturlaubs von 15 auf 18 Tage tritt in Kraft
1975	01.04. Bericht über Bedrohung der Ozonschicht durch Fluorchlorkohlenwasserstoffe (USA)	Frühjahr 1975: RGW-Preisexplosion für Roh- u. Brennstoffe führt zu Mehrbelastungen von 25-30 Mrd. M.; 30./31.5. Kohle- und Energiekonf.
1975	15.07. Apollo-Sojus-Unternehmen	28.08. Beschluß über Intensivierung der Landwirtschaft
1975	Okt.: Programmiersprache Basic vorhanden	24.09. OPEC-Konferenz beschließt Preiserhöhung um 10%
1975	1975 haben 73% der DDR-Haushalte Waschmasch.	1975 haben abgeschriebene Ausrüstungen 14,5% Anteil am Bruttowert
<i>Eintritt in die Juglardepression</i>		
1976	21.01. Concorde nimmt Linienflug auf	
1976	1976 beginnen die Entwicklungsarbeiten für den sowjetischen Shuttle Buran	Ab etwa 1976 wird Entwicklung der DDR-Mikroelektronik forciert
1976	20.07. Viking I landet auf dem Mars und funkt Bilder	25.06. Arbeiterunruhen in Polen wegen Preiserhöhungen
1976	16.10. Kopplungsmanöver von Sojus 23 mißlingt	29.07. Ministerrat beschließt Erhöhung der Mindestlöhne ab 1.10.76
1976		20.10. G. Mittag wird SED-ZK-Wirtschaftssekretär
1977	25.01. Erstes Sonnenkraftwerk bei Odeillo (F) am Netz	02.11. Bereich KoKo wird Honecker und Mittag untergeordnet
1977	April: Bohrinself im Ekofisk-Ölfeld explodiert	Ab 1977 gibt Mittag der Regierung keinen Einblick mehr in das Verhältnis zwischen produziertem und verbrauchtem Nationaleinkommen
1977	20.06. Alaska-Pipeline (1280 km) geht in Betrieb	Juni: Schürer berichtet Honecker das Steigen der DDR-Schulden
1977	17.08. Atomeisbrecher Arktika erreicht den Nordpol	
1977	05.09. Start von Voyager II für Flug zum Uranus	26.09. Honecker verteidigt Intershopläden, kündigt Exquisitläden an
1977		
1978	24.01. Kosmos 954 (mit Nuklearmotor)stürzt über Kanada ab	01.01. Neues Arbeitsgesetzbuch in Kraft
1978		
<i>Eintritt in die Juglarerholung</i>		
1978		Mai: Erneuter Hinweis auf Zahlungsprobleme der DDR
1978	26.08. S. Jähn in Sojus 31 im Orbit	31.08. DDR-Eigenheimverordnung
1978	18.10. US-Präsident Carter ordnet N-Bombenbau an	Okt.: Weitere Beratung der SED-Führung zur Zahlungsbilanz
1978	09.12. Erste US-amerikanische Venuslandung	Ende 1978 muß DDR Kredite zur Zinszahlung aufnehmen
1979	07.2. Computer spielt gegen Mensch unentschieden	Febr.: Erneute Beratung in der SED-Führung zur Zahlungsbilanz
1979	23.3. Nuklearunfall bei Harrisburg (USA)	16.04. Einführung von Forumschecks für Intershopläden
1979	03.06. Ölkatastrophe im Golf von Campeche, Mexiko	21.06. Verordnung über Technikpflege in der Landwirtschaft, 28.6. OPEC erhöht Erdölpreis um 15%
1979	19.08. Sowjetische Kosmonauten bleiben 175 Tage im Orbit	Westverschuldung der DDR erreicht 30 Mrd. VM
1979	24.12. Start der Ariane (Europa-Rakete) gelingt	01.12. Erhöhung der DDR-Mindestrenten tritt in Kraft
1980	15.01. Erste 13 Europapatente in München erteilt	01.01. Bundesregierung zahlt jährlich Autobahnpauschale von 50 Mill. DM bis 1989, 10.04. Interflug stellt Inlandsflüge ein
1980		
1980	06.06. Defekter Mikrochip löst falschen Atom-Alarm aus	Juni: Wieder Beratung der SED-Führung zur DDR-Zahlungsbilanz

Die Tabelle wird auf der nächsten Seite fortgesetzt →

* Eine ausführlichere Darstellung zur Wirtschaftsgeschichte der DDR bietet die Tabelle ab S. 46

4. Juglar: Mai 1971 bis Juni 1980 – Die kreditierte Sozialpolitik			
Politik	Kultur und Wissenschaft		Zeit
<i>Eintritt in die Juglarprosperität</i>			
03.05. Ulbricht durch Honecker ersetzt, 15.-19.6. 8. SED-Parteitag wählt E. Honecker zum 1. ZK-Sekretär	Ab 1971 zentraler Forschungsplan für die Gesellschaftswiss.		1971
03.09. Berlin-Abkommen der 4 Mächte unterzeichnet	14.10. DDR-Gesellschaftswissenschaftler-Tagung		1971
17.12. M. Kohl u. E. Bahr unterzeichnen Transitabkommen	1971 Bischof A. Schönherr Kirche im Sozialismus		1971
01.01. Öffnung der DDR-Grenzen zu Polen und zur CSSR	11.01. SED-PB bestimmt Soziologie-Forschungsprogramm		1972
März: Volkskammer erläßt Gesetz zur Schwangerschaftsunterbr.	04.03. <i>Die Kipper</i> (Volker Braun) uraufgeführt		1972
12.05. E. Bahr u. M. Kohl paraphieren den Verkehrsvertrag	Mai: Aide-Memoire Hermlins für Honecker		1972
13.07. Honecker an Breshnew: '...die Arbeit von den letzten Erscheinungen der Ausbeutung' befreit			1972
08.10. Diplomat. Beziehungen DDR-Indien aufgenommen	Beuys besetzt Kunstakademie-Sekretariat Düsseldorf		1972
21.12. M. Kohl u. E. Bahr unterzeichnen Grundlagenvertrag	07.11. SED-PB über Agitation u. Propaganda		1972
27.01. Waffenstillstand für Vietnam in Paris unterzeichnet	W. Harich attackiert H. Müller in Sinn und Form		1973
März: Breshnew zu Stoph: Brandt unterstützen!	05.03. DDR akkreditiert westdeutsche Journalisten		1973
12.06. DDR beantragt Aufnahme in die UNO	Mai: Selbstkritik G. Klaus' erscheint in der DZfPh		1973
01.08. Tod Ulbrichts, 07.08. Staatsbegräbnis Ulbrichts	Der Archipel GULag erscheint im Westen		1973
<i>Eintritt in die Juglarrezession</i>			
18.09. DDR wird 133. UNO-Mitglied, BRD das 134.	23.10. DDR-Außenminister: Es gibt keine dt. Frage!		1973
18.12. Abkommen DDR-GB unterzeichnet			1973
Febr.: Botschaft Honeckers an Wehner	13.02. A. Solschenizyn aus der UdSSR ausgebürgert		1974
24.04. Guillaume verhaftet, 25.04. <i>Nelkenrevolution</i> in Portugal			1974
20.06. Ständige Vertretungen beider dt. Staaten eingerichtet			1974
	1974 Dt. Kulturbund in <i>Kulturbund der DDR</i> umbenannt		1974
27.09. DDR-Verfassungsänderung (Negation der dt. Nation)	Bildung einer Arb.-gruppe <i>Philos./Ökonomie</i> an der HU		1974
09.12. Eröffnung der USA-Botschaft in der DDR	12.-13.12. DDR-Philosophie-Kongreß 'Objektives Gesetz...'		1974
15.01. Gespräch Häber-Kiep: Ostverträge für CDU voll gültig	01.01. DDR-Zeitungen stellen Sonntagsausgaben ein		1975
April: Sieg der Kommunisten in Vietnam			1975
19.06. Volkskammer verabschiedet Zivilgesetzbuch (ersetzt BGB)	Rote Khmer schließen Schulen, verbieten Zeitungen		1975
01.08. Unterzeichnung der KSZE-Akte in Helsinki	Seit 1975 werden in der DDR Diplom-Soziologen ausgebildet		1975
07.10. Freundschaftsvertrag DDR-UdSSR abgeschlossen			1975
1975 DDR hat 110 Soldaten/10.000 Bürger (BRD 80/10.000)			1975
<i>Eintritt in die Juglardepression</i>			
Jan.: Prinz Sihanouk tritt als Staatschef Kambodschas zurück	07.01. KPF lehnt 'Diktatur des Proletariats' ab		1976
22.03. DDR unterhält mit 118 Staaten diplomatische Beziehungen	23.04. Palast der Republik in Berlin eingeweiht		1976
18.-22.5. 9. SED-Parteitag, neues SED-Parteiprogramm angenommen:	Allmählicher Übergang zum Kommunismus		1976
22.08.: Selbstverbrennung des Pfarrers Brüsewitz in Zeitz	23.-27.8. Internationaler Hegelkongreß in Lissabon		1976
29.10. Honecker wird Staatsratsvorsitzender	28.10. Erste Bände der MEGA ² vorgestellt		1976
	16.11. Ausbürgerung Wolf Biermanns		1976
17.02. Honecker: 10.000 Ausreiseanträge liegen vor	05.01. Charta 77 in Prag veröffentlicht		1977
02.04. Fidel Castro besucht die DDR	13.04. Reiner Kunze siedelt in die BRD über		1977
15.06. Erste freie Wahlen in Spanien	09.05. Havemanns Hausarrest aufgehoben		1977
12.08. Innerdeutsche Gespräche über Transitwege beginnen	23.08. R. Bahro nach <i>Spiegel</i> -Publikation verhaftet		1977
07.10. Tumulte auf dem Alexanderplatz in Berlin: 3 Tote			1977
	11.12. <i>Wörterbuch d. deutschen Gegenwartssprache</i> publ.		1977
Jan.: Ayatollah Komeini ruft zum Umsturz im Iran auf	Jan.: <i>Manifest der SED-Opposition</i> im Spiegel		1978
März: Treffen P. Lorenz' mit H. Häber in Bad Godesberg	06.03. Gespräch Honeckers mit evangelischer Kirchenleitung		1978
<i>Eintritt in die Juglarerholung</i>			
12.06. Honecker empfängt Gaus	30.06. R. Bahro zu 8 Jahren Haft verurteilt		1978
08.09. Schiitische Demonstration gegen Kriegsrecht, über 1000 Tote	27.8.-2.9. 16. Weltkongreß f. Philos. in Düsseldorf		1978
13.10. Volkskammer nimmt neues Verteidigungsgesetz an	Sept. Wehrkundeunterricht für Klassen 9 und 10 in der DDR		1978
25.12. Einmarsch der Vietnamesen in Kambodscha beginnt			1979
17.2.-16.3. Strafexpedition der VR China gegen Vietnam	25.04. Ermittlungsverfahren gegen Havemann		1979
23.04. USA teilen mit, daß in der DDR SS 21 stationiert sind	07.06. DDR-Schriftstellerverband schließt 9 Autoren aus		1979
	1979 Gründung des Inst. f. m.-l. Soziologie an der HU		1979
17.07. Sieg der Sandinisten in Nicaragua	11.10. Bahro aus der Haft entlassen		1979
04.09. Konsularvertrag DDR-USA unterzeichnet	21.-23.11. DDR-Philosophiekongreß		1979
27.12. Einmarsch der Sowjetarmee in Afghanistan beginnt	17.01. <i>Solo Sunny</i> -Premiere; 22.01. Sacharow verbannt		1980
01.01. DDR ist für 2 Jahre Mitglied des UNO-Sicherheitsrats	18.03. SED-PB-Beschluß über Aufgaben der Universitäten		1980
30.04. Transitvereinbarung DDR-BRD geschlossen	27.06. Christa Wolf erhält Georg-Büchner-Preis		1980
04.05. Tod Titos; 08.05. Treffen Honecker-Schmidt			1980

5. Juglar: Juli 1980 bis August 1989 – Die stille Partnerschaft mit der Bundesrepublik

Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft*
<i>Eintritt in die Juglarprosperität</i>		
1980	22.08. <i>Stealth</i> -Bomber-Entwicklung bekanntgemacht	Mitte Juli beginnen auf der Danziger Werft Arbeitsniederlegungen
1980	05.09. Sankt-Gotthard-Tunnel (16,3 km) übergeben	21.10. Russakow teilt Breshnews Bescheid zur Erdöllieferung mit
1980	11.12. Nutzungsverordnung zu Sekundärrohstoffen	1980: 0,42 DM Erlös für 1 M Export, Schulden: 24,5 Mrd. DM
1981	26.02. DDR- Bodennutzungs-Verordnung	01.01. 1 transferabler Rbl = 4,67 M
1981	12.04. Raumfähre Columbus startet	24.03. Braunkohlebeschuß des SED-PB
1981	Seit 1981 ist der französische TGV in Betrieb	11. 06. DDR-Stipendienverordnung (200 M/monatl. mindestens)
1981	Aug.: Erster IBM-PC mit Betriebssystem MS- DOS	25.08. Umfang alter Ausrüstungen wächst bis 1985 auf rd. 40 Mrd. M
1981	vorgestellt	08.09. SED-PB beschließt, DDR-Schulden bis 1985 auf 12 Mrd. Reduzieren
1981	31.12. Erste AIDS-Fälle in den USA bekannt	Ende 1981 beträgt DDR-Nettoverschuldung bei der BIZ fast 8 Mrd. \$
1982	Seit 1982 nimmt SO ₂ -Emission in der DDR spürbar zu	01.01. SED-PB beschließt 1 \$ = 2.40 VM (bisher 1 \$ = 1,80 VM)
1982	15.04. Solarkraftwerk mit 10 MW im Betrieb (USA)	25.03. Volkskammer beschließt Vertragsgesetz für die Wirtschaft
1982	15.05. FDJ-Delegation zur Erdgastrasse	Ende Juni setzt internationaler Kreditboykott gegen DDR ein
1982	20.08. Philips und Sony zeigen erste CD-Spieler	1982 bieten japan. Firmen 64 K Ram-Chip an und verkaufen ihn für 125 \$
1982	06.10. Spiegelreflexkamera mit Autofocus vorgestellt	01.09. Mielke-Befehl 'Zur politisch-operativen Sicherung' der KoKo
<i>Eintritt in die Juglarrezession</i>		
1982	16.11. DDR-Regierung beschließt Umweltsanierung	11.11. Agrarpreisreform beschlossen
1983	03.01. Apple stellt Bürocomputer <i>Lisa</i> vor	
1983	April: Microsoft Word vorgestellt	30.03. Krolikowski teilt Moskau Gefahr der DDR-Zahlungsunfähigkeit mit
1983	26.05. Australischer Protest gegen französische Atomtests auf dem Mururoa-Atoll	29.06. Bundesregierung verbürgt 1 Mrd. DM Kredit für die DDR
1983	27.10. <i>Transrapid 06</i> startet im Emsland	1982/85 erzielt DDR in der BRD Exportüberschüsse mit erdölabhängigen Produkten
1983	09.12. Raumfähre <i>Columbia</i> landet nach 10-Tage-Flug	30.12. Der Senat übernimmt S-Bahn-Streckennetz Westberlins
1984	22.01. Frankreichs TGV nimmt Liniendienst auf	09.02. Honecker übergibt zweimillionste Wohnung
1984	28.03. KKW Krümmel in Geesthacht im Betrieb	
1984	Juni: Europäische Umweltkonferenz in München	Seit 1984 kann die DDR 11-13 Mill t Öl exportieren
1984	30.08. Raumtransporter <i>Discovery</i> startet (USA)	25.07. Bundesregierung verbürgt 950 Mill. DM-Kredit für die DDR
1984	16.10. 50% des Waldes in BRD geschädigt	21.09. Schalck: Übernahme der VW-Motorenreihe sehr günstig
1984	03.12. Giftgaskatastrophe in Bhopal, Indien	12.11. DDR-Vertrag mit Volkswagen über Lieferung einer Produktionsstraße α-Motorenreihe
1985		
<i>Eintritt in die Juglardepression</i>		
1985	01.04. Abgasuntersuchung in BRD eingeführt	21.03. Ehrensperger gegen SPK-Entwurf des 5-Jahrplans 1986/90
1985	Mai: Excel eingeführt	Juni: Honecker: Ein Experimentierfeld ist unsere Ökonomie nicht
1985	17.07. EURECA als Alternative zum SDI beschlossen	05.07. DDR u. BRD vereinbaren, den Swing auf jährlich 850 Mill. VE für 1986- 1990 festzulegen
1985	30.10. Raumfähre <i>Challenger</i> startet	
1985	Nov.: Benutzeroberfläche Windows vorgestellt	1985 erlöst die DDR für 1 M Export 0,35 DM
1986	28.01. Challengerkatastrophe	DDR-Westexport liegt 1979-1989 nie über 13,2 Mrd. VM im Jahr
1986	25./26.4. GAU in Tschernobyl	1986 kann DDR den 64 K Ram-Chip herstellen, der 0,30 \$ kostet
1986	29.06. Physiker äußern in San Diego Sorge über wachsendes Ozonloch in der Erdatmosphäre	15.05. Schürer soll Vorschläge zur Halbierung des 'Sockets' bieten
1986	04.10. Sturmflutwehr in der Oosterschelde eröffnet	04.07. Völklinger Hütte, Saar, stellt Roheisenproduktion ein
1986	1986 wird Fährhafen Mukran eingeweiht	29.10. KUA-Chef J.Farken erbittet Belegfreiheit für Verkäufer
1987	Febr.: SED-PB nimmt Smogverordnung an	1986 büßt DDR wegen Preisverfalls 1,5 Mrd. \$ Devisenerlöse ein
1987	15.04. Genetischer Code des 2. AIDS-Virus entschlüsselt.	18.02. <i>Bericht über die Lage der Nation im geteilten Deutschland</i> schätzt Produktivitätsrückstand der DDR gegenüber der BRD auf 50%
1987	15.05. Start der Trägerrakete <i>Energija</i> (UdSSR)	Mai: Das DDR-Pkw-Projekt hat mehr als 10 Mrd. M gekostet
<i>Eintritt in die Juglarerholung</i>		
1987	24.08. Windenergiepark in Dithmarschen entsteht	19.07. Honecker gibt Einverständnis zu IMES-Waffengeschäften mit dem Iran
1987	07.10. Gentechnische Medikamentenproduktion beginnt	
1987	15.12. Reichelt übersendet Mittag Smogverordnung	11.11. Ehrensperger: Sockelerhöhung Ende 1987 von 35,5 Mrd. auf 38,5 Mrd. VM
1988	04.01. Wasserspiegel des Aralsee stark gesunken	
1988	24.03.: <i>Exxon Valdez</i> -Tankerunglück vor Alaska	Anfang April verweist Mittag Honecker auf DDR-Zahlungsfähigkeit
1988	01.05. <i>Intercity Experimental</i> erreicht 406,9 km/h	18.05. SED-PB debattiert Schürers und Mittags Überlegungen
1988	25.08. Großbrand vernichtet Altstadt von Lissabon	Vom 1.1. bis 31.7. verlassen 3.596 Menschen die DDR
1988	12.09. Honecker erhält ersten 1-Mega-bit-Chip	12.10. Dreimillionste Wohnung wird übergeben
1988	15.11. Shuttle Buran startet mit Rakete <i>Energija</i>	22.11. Honecker für Streichung von 2 Mrd. M im Sonderbereich
1989	18.02. Ozonschicht auch über dem Norpol gefährdet	Febr.: Schürer informiert E. Krenz über die DDR-Wirtschaftslage
1989	12.4. Verzicht auf Bau des KKW Wackershausen	
1989	20.06. <i>Maxim Gorki</i> kollidiert mit Eisscholle	09.05. Mittag: 'Sockel' steigt 1989/90 von 35,7 Mrd. VM auf 47,4 Mrd.
1989	28.07. DDR-Umweltminister Reichelt an Mittag:	Juli: SED-PB vor 8. ZK-Tagung: XII. Parteitag setzt Kurs fort

Die Tabelle wird auf der nächsten Seite fortgesetzt →

* Eine ausführlichere Darstellung zur Wirtschaftsgeschichte der DDR bietet die Tabelle ab S. 46

5. Juglar: Juli 1980 bis August 1989 - Die stille Partnerschaft mit der Bundesrepublik			
Politik		Kultur und Wissenschaft	Zeit
<i>Eintritt in die Juglarprosperität</i>			
14.08. Streikwelle beginnt in Polen, Bildung der Solidarność	6.-12.7.	22. Int. Kongreß f. Psychologie in Leipzig.	1980
13.10. Rede Honeckers in Gera (Abgrenzung gegen BRD)	4.-5.9.	5. Hochschulkonferenz des SED-ZK	1980
10.11. Honecker in Österreich	09.12.	Konfrontation in der SED-Parteileitung des ZIPh/AdW, Febr.: 'Grüne Mappe' ist fertiggestellt	1980
11.-16.4. 10. SED-Parteitag	April:	Tod M. Domaschks radikalisiert die DDR-Opposition in Jena	1981
16.05. Geheimtreffen Breshnews mit Honecker, Husak	06.05.	P. Ruben aus SED ausgeschlossen	1981
18.10. Jaruzelski ersetzt Kania	Juli:	Rubens Revisionismus in der DZfPh präsentiert	1981
11.-13.12. H. Schmidt in der DDR	15.09.	Enzyklika <i>Laborem exercens</i> publiziert.	1981
14.02. Friedensforum der 5.000 in der Kreuzkirche Dresden	13.-15.12.	Berliner Begegnung zur Friedensförderung	1981
02.04. Argentinien besetzt Falkland-Inseln	09.04.	Tod R. Havemanns	1982
10.05. F. Mitterand wird französischer Staatspräsident	Juni:	H.-C. Rauh als DZfPh-Chefredakteur abgesetzt	1982
17.09. Ende der sozial-liberalen Koalition in der BRD			1982
<i>Eintritt in die Juglarrezession</i>			
10.11. Tod Breshnews; 12.11. J. Andropow wird GS der KPdSU			1982
24.01. Kohl in telefonischer Verbindung mit Honecker			1983
06.03. Bundestagswahlen: Grüne im Bundestag	11.-17.4.	Internat. Karl-Marx-Konferenz in Berlin	1983
08.06. Roland Jahn aus Jena in die BRD abgeschoben	25.05.	Studentenproteste gegen Univ.-reform in Paris	1983
24.-27.7. F.-J. Strauß von Honecker empfangen			1983
24.10. Kohl an Honecker, 'Koalition der Vernunft'	Ende Okt.:	Häber bildet Ausdruck 'Koalition der Vernunft'	1983
22.11. Bundestag für Stationierung neuer US-Raketen			1983
13.02. Treffen Honeckers mit Kohl in Moskau	23.-25.2.	Erster Meinungsaustausch Eppler-Gewi-Akademie	1984
1.1.-30.6. 31000 Bürger verlassen legal die DDR	04.04.	Henry Moore-Ausstellung in Ostberlin beginnt	1984
17.08. Honecker in Moskau, von sowjetischer Führung kritisiert			1984
Okt.: Honecker entzieht Häber im SED-PB das Wort	17.-19.10.	DDR-Philos.-Kongr.: 'Sozialism. u. Friede'	1984
Febr.: MfS-Dossier gegen Häber fertiggestellt	13.02.	Semperoper in Dresden wiedereröffnet	1985
<i>Eintritt in die Juglardepression</i>			
11.03. Wahl Gorbatschows zum KPdSU-Generalsekretär	5.-6.3.	Lukács-Symposium in Berlin (100. Geburtstag)	1985
4.-5.5. Treffen Honeckers mit Gorbatschow	20.06.	Tagung <i>E. Bloch...</i> in Leipzig	1985
04.07. Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen in der DDR			1985
09.10. Honecker in Griechenland			1985
19.11. Gorbatschow-Reagan-Treffen in Genf			1985
19.02. Volkskammerpräsident Sindermann in Bonn	27.2.-1.3.	Freudenstädter Gespräche SPD u. SED	1986
17.-21.4. 11. SED-Parteitag	03.04.	Kulturgütertausch zwischen West- u. Ostberlin	1986
08.06. Volkskammerwahl, 99,94% für Einheitsliste angegeben	06.05.	Kulturabkommen BRD-DDR unterzeichnet	1986
13.08. H. Kohl Solange Schießbefehl, keine Normalität in D	21.07.	H. Meißner, AdW, kehrt in die DDR zurück.	1986
11.-12.10. Gorbatschow-Reagan-Treffen in Reykjavik			1986
10./11.11. Gorbatschow: Jede Partei ist unabhängig	23.12.	Sacharow darf nach Moskau zurückkehren	1986
05.02. Markus Wolf scheidet aus dem MfS aus	04.01.	Denkschrift Daschtschews	1987
Frühjahr: Signal aus Moskau über DDR-Perspektive	09.04.	Hager im <i>Stern</i> 'Würden Sie... tapezieren?'	1987
12.06. Reagan vor dem Brandenburger Tor			1987
<i>Eintritt in die Juglarerholung</i>			
14.07. SED-PB beschließt Abschaffung der Todesstrafe	27.08.	SPD-SED-Papier <i>Der Streit der Ideologien...</i>	1987
7.-11.9. Honecker in der BRD	17.10.	Skinheadüberfall in der Zionskirche	1987
08.12. INF-Vertrag über Verschrottung der Mittelstreckenraketen	04.12.	Die Zeit publiziert Christoph Heins Rede	1987
17.01. 100 Festnahmen bei der L-L-Demonstration in Ostberlin	04.02.	Aufhebung des Urteils im Bucharin-Prozeß	1988
15.5. Abzug der Sowjettruppen aus Afghanistan beginnt	07.03.	Bischof Forck beklagt fehlendes Gespräch	1988
20.8. Waffenstillstand zwischen Irak und Iran	13.06.	Aufhebung des Urteils gegen Sinowojew,...	1988
5.9. G. Mittag: 'Die Sache kann umkippen'	Juli:	Bucharin, Rykow, postum in KPdSU aufgenommen	1988
29.12. SED-Führung spricht vom eigenen Weg zum Sozialismus	18.11.	Sputnik aus Postzeitungsliste gestrichen	1988
23.1. Honecker kündigt Reduktion der NVA um 10000 Mann an	21.02.	Honecker legt PB Dokumente zu Ulbricht vor	1989
13.3. In Leipzig erstmals öffentlich 'Stasi raus!' gerufen	01.03.	DDR-PEN-Zentrum fordert Freilassung Havels	1989
7.5. DDR-Kommunalwahlen mit erwiesenen Fälschungen	08.05.	M. Stolpe teilt Krenz beobachtete Wahlergebnisse mit	1989
19.8. Ungarns Grenze für DDR-Bürger momentan geöffnet	08.07.	Sozialdemokratische Gruppe der PVAP gebildet	1989

6. Juglar: September 1989 bis Oktober 1998 – Konkurs und Abwicklung		
Zeit	Natur und Technik	Wirtschaft*
<i>Eintritt in die Juglarprosperität</i>		
1989	Wachsendes Interesse der DDR-Bürger an der Umwelt-,	30.10. Schürers 'Analyse der ökonomischen Lage...' liegt vor
1989	politik, Mittag reagiert nicht	01.11. Gorbatschow zu Krenz: Die SU kann der DDR nicht helfen
1990	Seit 1990 5. Computergeneration entwickelt	13.02. Modrow und Kohl vereinbaren Währungsunion
1990	02.03. Stilllegung des AKW Greifswald empfohlen	01.03. DDR-Ministerrat beschließt Umwandlung der Kombinate
1990	21.05. Erster VW-Polo in Zwickau hergestellt	10.05. DDR-MR informiert über Absetzung der Generaldirektoren
1990	20.08. NASA publiziert Bilder der Venusoberfläche	01.07. Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion BRD-DDR in Kraft
1990	23.09. Volkabstimmung in der Schweiz gegen KKW	03.10. Neue Bundesländer werden in die EG integriert
1990	01.12. Ärmelkanaltunneldurchbruch erreicht	12.11. CDU gegen Steuererhöhungen zur Finanzierung d. dt. Einheit
1991	16.01. Gentherapie zur Krebsbekämpfung (USA)	25.02. Dt. Regierung beschließt Steuererhöhungen zum 1.7.1992
1991	10.04. Letzter <i>Wartburg</i> , 30.04. Letzter <i>Trabant</i>	23.04. BVG: Enteignungen in der SBZ bis 1949 nicht zurücknehmen
1991	02.06. Deutscher ICE geht in Betrieb	16.05. Abkommen BRD-SU über Beendigung der SDAG Wismut
1991	03.07. Siemens und IBM beschließen gemeinsame	Seit Sommer 1991 wirtschaftliche Stagnation in Westdtd.
1991	Produktion eines 16-Mega-byte-Chips	01.10.: In Osttd. treten deutlich höhere Mieten in Kraft
1991	31.12. Zentrale DDR-Sender stellen Betrieb ein	11.11. Zeiss Oberkochen übernimmt 51% von Carl Zeiss Jena
<i>Eintritt in die Juglarrezession</i>		
1992	14.02. Herz, Niere, Bauchspeicheldrüse gleichzeitig	07.02. Außen- u. Finanzminister der EG: Maastricht-Vertrag
1992	transplantiert, April: Einführung von Windows 3.1	
1992	03.06. UNO-Umweltkonferenz in Rio de Janeiro beginnt	30.06. THA-Niederlassung Schwerin beendet als erste ihre Aufgabe
1992	11.08. In Dänemark wird der Rinderwahnsinn (BSE) registriert	01.07. Kohl: Aufschwung Ost wird länger dauern als erwartet
1992	25.09. Rhein-Main-Donau-Kanal geht in Betrieb	Im Herbst beginnt in D Produktionsrückgang
1992		31.12. 11.043 Unternehmen, 10.311 Immobilien, 27.807 ha LNF
1993	04.01. Hoechst AG beginnt, Insulin mittels gentechnisch	privatisiert
1993	geänderter Bakterien zu erzeugen	April: Kalibergwerk in Thüringen von der Belegschaft besetzt
1993	20.06. Erster Testzug aus F erreicht GB	Zum 1.7. beschließen Kalibergwerker Hungerstreik
1993	03.08. Erstes gentechnisches Präparat in D	Aug.: Von 9,8 Mill. DDR-Beschäftigten noch 6,2 Mill. Tätig
1993	25.10. Grundsteinlegung für 1600 MW-Braunkohlen-	Knapp 5 Mrd. DM privatwirtschaftl. Investition (größte in Osttd.)
1993	Kraftwerk in Schwarze Pumpe	05.11. In Dtd. mehr als 3,5 Mill. Arbeitslose registriert
1994	13.01. Greifswalder radioaktiver Abfall eingelagert	20.01. Armutsbericht: 7,25 Mill. Arme in Dtd., 2,6 Mill. in Osttd.
1994	02.03. Bau des <i>Transrapid</i> Hamburg-Berlin genehmigt	22.03. Gegenüber 1993 sind Sozialleistungen um 5,7% gestiegen
<i>Eintritt in die Juglardepression</i>		
1994	06.05. Eröffnung des Ärmelkanaltunnels	21.06. Schalck-Untersuchungsausschuß legt Abschlußbericht vor:
1994	26.07. Ozon-Alarm in Hessen führt zu Tempolimits	Koko hat illegal Devisen in Höhe von 29 Mill. DM eingenommen
1994	28.10. Untergang der <i>Estonia</i> , 918 Tote	05.09. Untersuchungsausschuß zur THA übergibt Abschlußbericht
1994	09.11. Vom HIV-Virus gebildetes Eiweiß entdeckt	31.12. Ende der THA, 5 Nachfolgeorganisationen werden gebildet
1995	17.01. Erdbeben in Japan, mehr als 6000 Tote	01.01. Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS)
1995	07.04. <i>Berliner Manifest</i> der UNO-Klimakonferenz	übernimmt verbleibende Tätigkeiten der THA
1995	20.06. Shell verzichtet auf Versenkung der <i>Brent Spar</i>	1989 bis Mai 1995 verlassen rd. 1,6 Mill. Menschen Osttd., im
1995	Aug.: Windows 95 u. Internet-Explorer eingeführt	gleichen Zeitraum ziehen 554.292 Westdeutsche nach Osttd.
1995	05.09. F beginnt Atomtests unter dem Mururoa-Atoll	10.10. Chipfabrik der Siemens AG in Dresden im Betrieb
1995	02.11. Solarfabrik '96 (Greenpeace-Konzept) präsentiert	Dez.: Die BRD hat 2.000 Mrd DM Schulden, Auslandsinvestitionen
1996	16.01. Weltraumteleskop <i>Hubble</i> funkt Bilder aus dem	1995 in D: 18 Mrd. DM; dt Auslandsinvestitionen: 52 Mrd. DM
1996	All zur Erde	13.04. EU-Finanzminister einigen sich auf Euro –Einf. im Jahr 1999
1996	04.06. "Ariane 5" nach Jungferflug in 4000 m Höhe	01.05. 4 Betriebe der Bremer Vulkan Verbund AG gehen in Konkurs
1996	wegen Kursabweichung gesprengt	Aug.: Polizei räumt letzte besetzte Häuser in Westberlin, in Ostberlin
<i>Eintritt in die Juglarerholung</i>		
1996		gibt es noch 3 besetzte Häuser (alle in Friedrichshain)
1996		1996 hat Dtd. 82,012 Mill. Einw. (Osttd.: 15,428 Mill.)
1997	23.02. das geklonte Schaf <i>Dolly</i> in Schottland geboren	Jan.: In Osttd. sind 19% der Erwerbspersonen arbeitslos
1997	29.04. Chemiewaffenübereinkommen in Kraft	1997 gibt es Osttd. 6.163.000 Erwerb., 3.581.800 weniger als 1989
1997	10.05. Sturmflutwehr vor Rotterdam eingeweiht	Goldreserven der Bundesbank: 95 Mill. Unzen
1997	4.7. US-Sonde <i>Pathfinder</i> landet auf dem Mars	Mitte 1997 hat BRD Schuldenstand von knapp 2.200 Mrd. DM
1997	26.09.: Erdbeben in Mittelitalien (Umbrien, Marken)	Westdtd. exportiert 30% seiner erzeugten Güter, Osttd. 10%
1997		1997 erstmals Nettolohnsenkung in D nach dem 2. Weltkrieg
1998	14.01. Umweltschutzprotokoll zum Antarktis-Vertrag	Jan.: In Osttd. 21,1 % der Erwerbspersonen arbeitslos
1998	03.03. In Brandenburg scheitert Volksbegehren gegen	Ab 01.03. zahlt die Preussag Stahl Ilsenburg Westtarif
1998	<i>Transrapid</i> ; 03.06. Braunkohle-KW Schwarze Pumpe offiziell	30.06. Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt a. M. gegründet
1998	eingeweiht (4,5 Mrd. DM VEAG-Investition)	1998: 2001 werden in Dtd. mehr als 1 Bill. DM vererbt
1998	15.09. ICE-Strecke Hannover-Berlin im Betrieb	18.09. Aktionäre von Daimler-Benz und Chrysler für Fusion

Die Tabelle wird auf der nächsten Seite fortgesetzt →

* Eine ausführlichere Darstellung zur Wirtschaftsgeschichte der DDR bietet die Tabelle ab S. 46

6. Juglar: September 1989 bis Oktober 1998 – Konkurs und Abwicklung		
Politik	Kultur und Wissenschaft	Zeit
<i>Eintritt in die Juglarprosperität</i>		
09.09. Neues Forum in Grünheide gegründet	13.9. Gründungsaufruf des Neuen Forum in der FR	1989
09.11. Öffnung der Berliner Mauer	1.-3.11. Letzter DDR-Philosophie-Kongreß	1989
30.01. Gorbatschow gibt Zustimmung zur deutschen Einheit	Jan.: Zeitschrift INITIAL beginnt zu erscheinen	1990
18.03. Freie Wahlen zur DDR-Volkskammer	März: Runder Tisch in der AdW der DDR konstituiert	1990
05.05. 2+4-Gespräche beginnen	20.-25.5. Letzte Tagung der Philosophenkom. SU-DDR	1990
14.-16.7. Treffen Kohls mit Gorbatschow	03.07. Kamingespräch der dt. Wissenschaftsminister	1990
03.10. Beitritt der DDR zur BRD	17.10. Versammlung am Philos. Inst. d. HU zum Fall P. Langer u. a.	1990
14.11. Deutsch-polnischer Genzvertrag	Dt.-sowj. Vertrag sieht Rückführung dt. Kunstschatze vor	1990
02.01. Erste ostdeutsche Rekruten bei der Bundeswehr	8.-9.1. Evaluation des ZIPh der AdW	1991
13.03. Honecker setzt sich nach Moskau ab	8.-11.4. 30. Kühlungsborner Tagung	1991
10.05. Kohl in Halle mit Eiern beworfen	Berliner Senat untersagt Aufnahme in Math.-Spezialklassen	1991
01.07. Auflösung des Warschauer Vertrags	05.07. Beschluß über Auflösung der AdW-Institute	1991
14.10. Landtagswahlen in Osttdtd.	Sept.: Eröffnung der Alma Mater Viadrina, Frankfurt/O.	1991
14.11. BT nimmt Stasi-Unterlagen-Gesetz an	31.12. Ende der DDR-AdW-Institute	1991
<i>Eintritt in die Juglarrezession</i>		
10.02. Mielke-Prozeß beginnt in Berlin	01.01. KAI e. V. gebildet für WIP im HEP	1992
08.03. MP Gomolka in Mecklenburg durch Seite ersetzt	1.-5.3. Tagung <i>Soziologie... in der DDR</i> in Berlin	1992
14.05. Anklageerhebung gegen Honecker und 5 weitere	DDR-Mathematik-Spezialklassen in Berlin geschlossen	1992
29.07. Honecker wird nach Berlin zurückgebracht	Aug.: P. Przybylski: Tatort Politbüro. Bd.2	1992
24.09. Bundesanwaltschaft erhebt Anklage gegen M. Wolf	Okt.: Erstes akademisches Jahr an der Viadrina	1992
31.12. Ende der ČSFR	1992 FU Berlin bildet Forschungsverbund SED-Staat	1992
12.01. Berliner Landgericht stellt Verfahren gegen Honecker ein	20.01. Christa Wolf teilt zeitweise IM-Existenz mit	1993
25.04. DSU beschließt Ausdehnung auf ganz Deutschland	15.04. <i>Leibniz-Sozietät</i> in Nachfolge der DDR-AdW gegr.	1993
14.05. Vereinigung der Grünen mit dem Bündnis 90	06.06. Berlins Dom eingeweiht (20 Jahre Wiederaufbau)	1993
17.08. Das BLG stellt Verfahren gegen W. Stoph ein	09.07. Die Berlin-Brandenburgische AdW wählt H. Markl zum Präsidenten; Universität Magdeburg eröffnet	1993
29.10. Annahme der Verfassung des Freistaats Thüringen	31.12. Ende der KAI e.V., seit 1993 besteht das SAPMO	1993
02.12. Bergner (CDU) wird MP von Sachsen-Anhalt	01.01. WIP beginnt an den Universitäten	1994
14.01. Allparteienkoalition einigt sich auf Umzug nach Berlin	01.04. 9 von 13 Mitarbeitern d. Inst. f. Humanontologie. entlassen	1994
22.03. 'Ampel'-Koalition in Brandenburg fällt auseinander		
<i>Eintritt in die Juglardepression</i>		
29.05. Tod Honeckers in Santiago de Chile	17.06. Abschlußbericht der BT-Enquete-Kommission	1994
31.08. Verabschiedung der letzten russischen Soldaten		1994
11.09. Landtagswahlen (Stolpe u. Biedenkopf siegen)	04.09. Eichendorff-Denkmal in Ratibor wiedererrichtet	1994
15.11. Reform des Grundgesetzes tritt in Kraft	19.-21.12. Dt.-dt. Ökonomie-Tagung in Bad Homburg	1994
	01.01. A. Liepert nach Vergleich von der HU entlassen	1995
27.04. Staatsvertrag zur Länderfusion Berlin-Brandenburg	15.03. Tod W. Harichs	1995
31.05. Landtage Berlins u. Brandenburgs stimmen der Fusion zu	05.07. Duma beschließt, Beutekunst ist russisches Eigentum	1995
01.08. Bosnische Serben erobern UN-Zone Zepa	1995 unterstützt George Soros 783 russische Professoren mit Stipendien, um ihre Abwanderung zu verhindern.	1995
12.10. Waffenstillstand in Bosnien in Kraft (USA-Initiative)	31.12. DDR-Ausweise werden ungültig	1995
15.11. Eröffnung des Politbüroprozesses vor dem LG Berlin	03.01. Warnke/Huber (Hg.): <i>Zur Kritik d. dt.-dt. Ökonomie</i>	1996
18.01. Brand im Lübecker Asylbewerberheim, 10 Tote	20.03. DFG hält Grundrecht der Forschungsfreiheit in D nicht mehr für gewährleistet	1996
16.04. Krise der CDU-SPD-Koalition Mecklenburg-Vorpommerns		1996
05.05. Ablehnung der Länderfusion Berlin-Brandenburg	01.07. Reform der dt. Rechtschreibung in Wien beschlossen	1996
03.07. Jelzin erhält in Stichwahl 53% der Stimmen		
<i>Eintritt in die Juglarerholung</i>		
10.09. 6 DDR-Grenztruppenkommandeure zu Haft verurteilt	30.10. Georgien gibt 100.000 Bücher aus der sowjetischer Beutekunst an D zurück, 31.12. Ende des WIP	1996
03.12. Deklaration des OSZE-Gipfels von Lissabon		1996
20.01. 2. Amtszeit B. Clintons beginnt		1997
März: Staatsanwalt erwirkt Haftbefehl gegen H. Häber	18.03. Präs. Jelzin legt Veto gegen Beutekunstgesetz ein	1997
01.05. Wahlsieg der Labour Party in GB	18.-22.6. Seit 1954 erster Kirchentag in Ost-D (Leipzig)	1997
01.07. Hongkong in die VR China eingegliedert	08.07. BVG urteilt: 5 von 8 Beschwerden ostdeutscher Lehrer erfolgreich, 30.09. Havemann-Prozeß endet mit Freisprüchen	1997
01.10. Erste albanische Massendemonstration im Kososvo	06.11. <i>Le livre noir du communisme</i> erscheint	1997
12.-13.12. EU-Osterweiterung beschlossen	07.01. Wolf Biermann zu Gast bei der CSU	1998
18.02. Brandstiftung im Flüchtlingsheim Schönwalde, Brandenbg.	01.04. M.-Weber-Kolleg d. Univ. Erfurt eröffnet	1998
01.03. G. Schröder gewinnt Niedersachsenwahl und wird Kanzler-Kandidat der SPD	27.05. <i>Schwarzbuch des Kommunismus</i> , 23.6. 24,3% der WIPianer haben Dauerstellen	1998
10.08. BGH hebt in Leipzig Urteil gegen W. Vogel auf		1998
27.09. Bundestagswahlen, die SPD erhält 40,9%	18.09. Tod K. Hagers	1998
		1998

1. Juglar: November 1943 bis Dezember 1952 – Besetzung und Enteignung

Zeit		Wirtschaft
Eintritt in die Juglarprosperität		
1943	Nov./Dez.	1943 wird im Volkskommissariat f. ausw. Angelegenheiten der UdSSR eine Reparationskommission gebildet
1944	Jan./Feb.	12.02.: <i>Repubblica Sociale Italiana</i> deklariert 'Sozialisierung der Betriebe'
1945	März/April	08.04.: Reichsarbeitsdienst für weibliche Jugend auf 1,5 Jahre verlängert
1944	Mai/Juni	13.06. USA-Mitteilung: Seit 07.12.1941 200 Mrd. \$ Kriegsausgaben
1944	Juli/Aug.	01.-22.07.: Konf. von Bretton Woods (44 Regierungen): IWF und Weltbank errichten, Dollar wird Leitwährung und kann durch Nationalbanken in Gold umgetauscht werden.
1944	Sept./Okt.	02.09.: Wirtschaftsplanungsstab im Foreign Office lehnt Zerstückelung Deutschlands ab, weil dadurch deutsche Wirtschaftskraft gelähmt würde.
1945	Jan./Feb.	01.01.: Renault-Werke wegen Kollaboration entschädigungslos enteignet / 05.02.: Alliierte erörtern in Jalta die deutschen Reparationen, Maiski fordert Sachwerte in Höhe von 20 Mrd. \$ und Abbau von 80% der dt. Produktionsmittelindustrie, gegen Churchill's Einwand erklärt er, die Chancen Dtlids. liegen im Aufbau der Landwirtschaft und der Leichtindustrie
1945	März/April	05.03.: Einberufung des Jahrgangs 1929 in Dtlid., das „letzte Aufgebot“ / 19.03.: Gründung des FDGB in Aachen / In den 2. Weltkrieg sind 61 Staaten verwickelt, die Gesamtzahl der mobilisierten Soldaten beträgt 110 Mill. Mann
1945	Mai/Juni	Mai: USA stoppen Pacht-Leih-Hilfe für SU, die sowjetische Besatzungsmacht erklärt diesen Monat in Berlin als zahlungsfrei (keine Miete, kein Lohn,...) / 19.05.: Beneš ordnet Beschlagnahme deutschen Eigentums in der ČSR an / 03.06.: Gründung des FDGB / 11.06.: KPD fordert im Gründungsaufwurf ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative / 18.06.: SMAD hebt Zwangsablieferung für die Bauern auf, Einführung der Ablieferungspflicht und der Verkaufsmöglichkeit für freie Spitzen.
1945	Juli/Aug.	01.07.: Bildung der einheitlichen Versicherungsanstalt Berlin durch Zusammenlegung der ehemals 156 Versicherungsträger / 21.07.: SMAD-Befehl Nr. 9 zur Wiedereingangssetzung der Produktion und Einsetzung von Treuhändern für verlassene Betriebe / 23.07.: Beschlagnahme aller Bankguthaben, Bankenschließung durch SMAD-Befehl 10, ebenso Sperrung sämtlicher Altkonten und Guthaben bei Versicherungen / 27.07.: SMAD-Befehl 17 führt zu 11 dt. Zentralverwaltungen, die erste Produktionspläne (Quartalspläne für 1946) erarbeiten / 29.07.: Erneuter Ablieferungsbefehl der SMAD (ohne Differenzierung der Ablieferungsnormen / 01.08.: Alliierte einigen sich in Potsdam, Dtlid. ein Wirtschaftspotential zu belassen, das einen mittleren europäischen Lebensstandard ermöglicht, der SU werden 10 Mrd. \$ Reparationen zugebilligt / 12.08.: Erster Entwurf zur Bodenreform in der SBZ liegt vor / 22.08. (vermutlich): KPD-ZK-Sekretariat billigt Anweisung mit Grundzügen zur Bodenreform / 25.08.: Gemeinde Pöbles, Kr. Merseburg, hat Liste der Landbewerber aufgestellt / 30.08.: KPD-Antrag im antifa.-demokr. Block d. Prov. Sachsen (in Halle), eine Bodenreform durchzuführen, wird in der Radikalität abgelehnt
1945	Sept./Okt.	01.09.: Der antifa.-demokr. Block Sachsens beschließt sofortigen Beginn der Bodenreform / 02.09.: W. Pieck spricht in Kyritz über die Bodenreform unter der Losung 'Junkerland in Bauernhand', die Entschließung enthält den Satz: 'Auch die Gutsbesitzer müssen wieder Bauern werden' (1955 von Ulbricht gestrichen) / 03.09.: Präs. d. Provinzialverw. Sachsen nimmt KPD-Bodenreformentwurf an, erhebt ihn zur Verordnung mit Gesetzeskraft / 03.09.-11.09.: Länderverordnungen über Bodenreform / 08.09.: KPD fordert im antifa.-demokr. Block die Bodenreform / 12.09.: Betriebsrätekonf. des Landes Thüringen / 13.09.: Alle vier Parteien der SBZ für die Bodenreform, 66,9% des enteigneten Landes gehen an 528.572 Bewerber (5-10 ha), 33,1% in öffentliche Hand / 25.09.: Eisenhower befiehlt Demontage in der US-Zone / Ende Sept./Anfang Okt. werden enteignete Grundbesitzer aus ihren Dörfern ausgewiesen (später aus den Landkreisen) / 09.10.: KPD-Bericht über Demontage bei Knorr-Bremse Berlin / 10.10.: Betriebsrätegesetz der Landesverwaltung Thüringen (Modell für die übrigen Länder der SBZ) / 15.10.: Verordnung über Rentenzahlungen in Berlin / 16.10.: SMAD-Befehl 100 über Beibehaltung der Löhne und Gehälter (Lohnstopp auf dem Niveau von 1944) / 19.10.: SMAD-Befehl 103 über Aufstellung eines Wirtschaftsplans in der SBZ für 1946 / 20.10.: Brandenburg erläßt Verordnung über Bildung von Kommissionen f. gegenseitige Bauernhilfe / 24.10.: H. Matern schlägt in Dresden Programm der Volkssolidarität vor / 29.10.: Landesverw. Sachsen enteignet F. Flick entschädigungslos / 30.10.: SMAD-Befehl 124 (und SMAD-Befehl 126 vom 31. 10.) über Beschlagnahme dt. u. preuß. Staatseigentum, Eigentum der NSDAP, der Nazi-Aktivistinnen und Kriegsgewinnler, ein Viertel der Industrie wird zu SAG-Betrieben, die dt. Verwaltungen haben bis 20. 11. entsprechende Listen einzureichen
1945	Nov./Dez.	01.11.: In der SBZ wird einheitliche Lebensmittelversorgung eingeführt / bis 20.11. sind rd. 7.000 Grundbesitzer (ab 100 ha) an 1.648.898 ha enteignet (durchschnittl. Besitz: rd. 235 ha) / 29.11.: SMAD-Befehl 153 über Sicherstellung von Arbeitskräften in den wichtigsten Industriezweigen / 02.12.: Konstituierende Versammlung Frankreichs nimmt Verstaatlichungsgesetze an / 18.12.: SMAD-Befehl 176 über Wiedergründung der Konsumgenossenschaften in der SBZ / 22.12.: SMAD-Befehl 180 über einheitliche Lohnpolitik für Arbeiter und Angestellte / 29.12.: 1. Tag der KPD-Wirtschaftskonferenz, Vortrag Bruno Leuschners / 1945 produziert Dtlid. 3% des Weltstahls

1946	Jan./Feb.	02.01.: SMAD-Befehl 1 über Versorgung im 1.Quartal 46 (solche Quartalspläne werden bis Ende 1948 aufgestellt) / 07.01.: 2. Tag der KPD-Wirtschaftskonferenz, Schlußwort Ulbrichts, die Konf. beschließt Richtlinien zur Wirtschaftspolitik: „Aufbau nach einem einheitlichen Plan für Industrie, Verkehr und Landwirtschaft“ / 17.01.: Allierter Kontrollrat ordnet Registrierung aller arbeitspflichtigen dt. Männer von 14-65 Jahren und dt. Frauen von 15-50 Jahren an, Lebensmittelkarten erhalten nur Arbeitende bzw. Studierende, falls nicht arbeitsunfähig / im Jan. läßt Stalin die KPD-Führung wissen, daß die Demontagen bis Ende Feb. beendet würden / 09.-11.02.: 1. Bundeskongreß des FDGB, H. Jendretzky zum ersten Vorsitzenden gewählt / Jan.: Kursanten der KPD-Parteischule Schmerwitz sprechen sich für kollektive Bewirtschaftung der enteigneten Güter aus / Februar: Verstaatlichungen beginnen in Großbritannien / 14.02.: H. Matern, sächs. KPD-Landesvors., schlägt in Dresden Volksabstimmung über Enteignung vor / 17.02.: SMAD-Befehl 56 über Arbeitszeit: 8-h-Arbeitstag 48-h-Arbeitswoche mit Ausnahme der in der Landwirtschaft Beschäftigten / 25.02.: SMAD-Befehl 62 über Kredithilfe für Neubauern zum Kauf von Saatgut und Dünger, zum Bau von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden
Eintritt in die Juglarrezession		
1946	März/April	01.03.: Die enteigneten Ländereien sind fast völlig aufgeteilt: 3,3 Mill. ha, über 7100 Großgrundbesitzer (2.517.357 ha) und 4500 Naziaktivisten und Kriegsverbrecher (131.742 ha) enteignet / 02.-03.03.: Erste Reichskonferenz der KPD in Berlin nimmt Wohnungsbauprogramm und Richtlinien zur Wirtschaftspolitik an, Ulbricht teilt mit, die SMAD habe keine Einwände gegen eine Volksabstimmung über Enteignung / März: SMAD bildet eine Zentrale Deutsche Kommission für Sequestrierung und Beschlagnahme (ZDK), die bis zum April 48 tätig ist / 28.03.: Erster alliierter Industriepan für Dtl., Beginn der Lieferung von Demontagegütern aus der US-Zone in die SU / 04.04.: Landesverw. Sachsen verabschiedet rechtl. Grundlagen zur Durchführung der Volksabstimmung über Enteignung / 10.04.: Allierter Kontrollrat erläßt Betriebsrätegesetz (Gesetz Nr. 22) / SED-Gründungsparteitag für Entwicklung einer sozialistischen Planwirtschaft als notwendiges Glied für den Aufbau des Sozialismus / April: SMAD-Kommission kommt zum Ergebnis, daß die gesamtzonale Wirtschaftslenkung verstärkt werden müsse / 30.04.: Eine Kommission in Sachsen billigt einstimmig den Entwurf einer 'Verordnung über die Enteignung von Naziverbrechern' / Frühjahr: Festlegung der Pflichtablieferungsnormen in der SBZ-Landwirtschaft nach Betriebsgrößen (Betriebe mit mehr als 20 ha erhalten die höchsten Ablieferungsnormen)
1946	Mai/Juni	03.05.: Clay stoppt Lieferung von Demontagegütern aus der US-Zone in die SU / 08.05.: Wiedereröffnung der Leipziger Messe / 09.-10.05.: Erste zentrale Arbeitstagung der Landes- und Provinzialausschüsse der VdGB wählt vorläufigen Zonenausschuß / 16.05.: SMAD-Befehl 147 über einheitliche Urlaubsregelung / 20.05.: Bildung des Zentrallausschusses der Volkssolidarität (H. Lehmann wird Präs.) / 21.05.: Sokolowski kündigt Einstellung der Demontagen an (es wird aber noch bis Mitte 1948 weiterdemontiert) / 23.05.: SMA billigt Sachsens Entwurf zur Abstimmung über Enteignung / 25.05.: Einstellung der Reparationslieferungen aus der US-Zone an die SU / 05.06.: Umwandlung von 213 beschlagnahmten Betrieben in SAG angeordnet (SMAD-Befehl 167) / Juni: SU-Ministerrat beschließt Ausbeutung der sächsischen Uranvorkommen / 30.06.: Volksabstimmung in Sachsen über Enteignung der Nazi-Aktivisten und Kriegsverbrecher, Teilnahme: 93,71%, 77,62% für 'Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes', 17% Nein-Stimmen, 6% ungültige Stimmen, damit werden in Sachsen 1.861 Betriebe enteignet, die Landesverw. übernimmt 1.002 Betriebe, 380 Betriebe werden an Private verkauft, der Rest geht an Kommunen und Genossenschaften
1946	Juli/Aug.	08.07.: SMAD-Befehl 194 über Erhöhung der Lebensmittelrationen ab 01.08.46 / 10.07.: Molotow tritt in Paris für rasche Steigerung des dt. Produktionsniveaus ein / 24.07.-16.08.: Länderverordnungen über Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher / 10.08.: B. Leuschner: Kritische Betrachtungen über die Wirtschaftsplanung in der sowjetischen Besatzungszone, Vorschlag: Stärkung der SBZ-Zentralinstanzen, Bildung einer zentralen deutschen Planungskommission und einer starken dt. Wirtschaftsverw., Besatzungsmacht soll sich auf übergeordnete Überwachung beschränken, Vorausanmeldung von Reparationen und Besatzungstruppenbedarf, Koordinierung der Pläne (diese Vorschläge genehmigt die Besatzungsmacht nicht und hält die Situation bis Frühjahr 1948 in der Schwebe) / 16.08.: F. Selbmann stellt „chaotischen Zustand“ der Wirtschaft fest (Brief an Leuschner) / 17.08.: SMAD-Befehl 253 über gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit unabhängig von Geschlecht und Alter; Stundenlöhne unter 0,50 M werden beseitigt, damit erstmals gesetzlicher Mindestlohn
1946	Sept./Okt.	17.10.: SMAD-Befehl 306 über Aufstellung eines Wirtschaftsplans für 1947 und das 1. Quartal 47 / 21./22.10.: NKWD sammelt dt. Spezialisten ein und versendet sie mit zugehörigen Forschungsausrüstungen in die SU (einschließlich der Familienangehörigen; 1945-1947 wahrscheinlich rd. 2.500 + 4.600 Familienangehörige), vermutlich als Reaktion auf das US-Project <i>Paperclip</i> / Okt.: In der SBZ arbeiten 2.378.083 Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft (29,9% aller Erwerbstätigen, auf demselben Gebiet waren es 1939 1.695.233 bzw. 22%) / Agrarreform in Japan / im Herbst leben in der SBZ 18,355 Mill. Menschen (Mai 39: 16,745 Mill.), in den Westzonen (einschließlich Westberlin):45,335 Mill. (1939: 42,088 Mill.)
1946	Nov./Dez.	24.11.: Richtlinien für Organisation der MAS / 30.12.: SED-ZS beschließt 'Sozialpolitische Richtlinien' Ende 1946 verschlechtert sich die Wirtschaftslage der SBZ erheblich (Verbrauch der Reserven aus der Nazizeit) / 1946 erreicht Industrieproduktion der SBZ 42% des Niveaus von 1938 / 1946 gibt es 1,6 Mill. Landwirte in Westdt. / Ende Dez.: Rumänische Nationalbank verstaatlicht / Ende 1946/Anfang 1947 ist der Übergang zur Individualwirtschaft auf dem Lande in der SBZ weitgehend durchgesetzt
1947	Jan./Feb.	01.01.: Zusammenschluß der BBZ und der USBZ zur Bizezone / Jan.: Bildung einer Planungskommission in der SBZ wird vorbereitet / Anfang Jan.: Grotewohl und Pieck ersuchen SMAD um Korrektur der sowj. Wirtschaftspolitik gegenüber Dtl. / 11.01.:SMAD-Chef Sokolowski sagt Pieck und Grotewohl Mäßigung in der Reparationspolitik zu und Ende der Demontagen / 27.01.: F. Selbmann, sächs. Wirtschaftsminister, berichtet von Streiks und Arbeitsniederlegungen wegen Befürchtungen über Rückgabe von Betrieben / 28.01.: Neuordnung der Sozialversicherung durch SMAD-Befehl 28 (Mindestrente: 30,- M, Höchstrente: 90,- M) / 31.01.: Stalin erklärt der SED-Führung, daß ein Zonenorgan erst gebildet werden könne, wenn keine gesamtzt.

		Zentralverw. zustande kommt / 10.02.: Vertreter von 3 ökon. Zentralverw. unterzeichnen mit Vertretern von 3 Ländern Vereinbarung über Koordinierungsbefugnisse gegenüber den Ländern, Sachsens und Thüringens Wirtschaftsminister (F. Selbmann [KPD/SED], Appel [SPD/SED]) verweigern Unterschrift unter Abkommen zur Wirtschaftsplanung / 13.02.: Konzernerteignungsgesetz in Berlin (SPD-Entwurf) angenommen / 28.02.: Wirtschaftskonf. der SED
1947	März/April	20.03.: FDGB-Vorstand beschließt Aufbau eines gewerkschaftlichen Feriendienstes ab 15.05.47 / 17.-19.04.: 2. FDGB-Kongreß / 18.04.: Thüringen stimmt Vereinbarung über Wirtschaftsplanung in der SBZ zu 01.04.: In der SBZ und Berlin leben 22,66 Mill. Menschen (fast 4 Mill. Umsiedler, 1939: 19,5 Mill.), britische Zone: 23,47 Mill. (1939: 19,8 Mill.), US-Zone: 17,45 Mill. (1939: 14,2 Mill.), französ. Zone: 6,12 Mill. (1939: 6,1 Mill.), in RestDtl. insges.: 69,7 Mill. (1939: 59,6 Mill., Zuwanderung: 10,1 Mill.)
1947	Mai/Juni	12.05. F. Selbmann sendet Wirtschaftsdenkschrift nach Moskau (Berechenbarkeit der Reparationen ist wesentliche Bedingung der Wirtschaftsplanung) / 16.05.: Dt. Zentralverw. f. Arbeit und Sozialfürsorge erläßt Richtlinie für Arbeitskräfte lenkung in der SBZ / 26.05.: SMAD-Befehl 128 übereignet Bergverwaltungen in Sachsen als Reparationen der SU / 29.05.: Bizonenwirtschaftsrat vereinbart / 02.06.: GB und USA verkünden Bildung eines bizonalen Wirtschaftsrats / 04.06.: SMAD-Befehl 134 genehmigt (nach Einrichtung des Frankfurter Wirtschaftsrats) Bildung der DWK und Inkraftsetzung des Abkommens zwischen Zentralverw. und Länderregierungen vom 10.02.47 durch SMAD-Befehl 138, die DWK (Vors.: B. Leuschner) erhält aber keine besonderen Rechte [die Zentralisierung ist Antwort auf die Wirtschaftslage und Ermöglichung der Staatsbildung, für die SU legitimiert durch die Verkündung der Bildung des bizonalen Wirtschaftsrats] / 05.06.: Marshallplan verkündet / 14.06.: Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) in der SBZ / 25.06.: Bizonaler Wirtschaftsrat konstituiert
1947	Juli/Aug.	01.07.: Molotow erhält in Paris Stalins Telegramm über Marshall-Plan-Absage / 02.07.: Sowjet. Absage an den Marshall-Plan / 10.07.: Bulgarien lehnt Marshall-Plan ab / 17.07.: SMAD-Befehl 240 über Übergabe von Grundstücken und Sachwerten liquidierten Unternehmen der Rüstungsindustrie an die Länder / 23.07.: SED lehnt Teilnahme am Marshall-Plan ab / 26.08.: Westmächte weisen Konzernerteignungsgesetz Berlins zur Überprüfung zurück / der Sommer 1947 ist durch Dürre gekennzeichnet
1947	Sept./Okt.	09.09.: SMAD-Befehl 209 zur Unterstützung der Neubauern: Gebäudeerrichtung (bis Ende 1948: 37.000 Gehöfte für Neubauern zu errichten) und Großviehvergabe (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sollen 85.000 Stück Rindvieh an Brandenburg und Mecklenburg liefern) / 20.-24.09.: 2.SED-Parteitag: 'Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben!', Ulbricht fordert die SMAD auf, die Reparationsbelastung für die Zukunft festzulegen / 09.10.: SMAD-Befehl über höhere Arbeitsproduktivität, in großem Umfang Ersetzung der Stundenlöhne durch Leistungslöhne (die SED steht vor dem Problem zu erklären, was den Leistungslohn vom Akkordlohn unterscheidet) / ab Herbst weist Kostow (Bulgarien) an, Wirtschaftsinformationen auch der SU vorzuenthalten, weil bulgarischer Tabak und Rosenöl von der SU an westliche Länder verkauft worden sind / Okt.: SMAD fordert Arbeitsämter auf, Zwangseinweisungen einzuschränken
1947	Nov./Dez.	22.-23.11.: Erster dt. Bauernkongreß in Berlin gründet VdGB / 25. 11.: In Bremerhaven wird das neue westdt. Geld ausgeladen; 24. 12.: Nationalisierung der bulgarischen Industrie / 1947: Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) / 1947 liefern die volkseigenen Betriebe (VEB) rd. 37% der industriellen Bruttoproduktion der SBZ, weitere 20% liefern die SAG-Betriebe, Privatbetriebe liefern noch 44%, Banken, Bahn und Post unterstehen staatlicher Kontrolle, ca. 25% der Produktion gehen an die Besatzungsmacht / das Jahr ist in der SBZ ein Jahr der wirtschaftlichen Stagnation
1948	Jan./Feb.	03.01.: SMA/Sachsen regelt Übernahme der Uranbergwerke / Anfang 1948 umfaßt der staatliche Sektor 40% der Industrie in der SBZ / "12.02.: SMAD-Befehl 32 bestimmt Zusammensetzung und Vollmachten der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) in der SBZ, sie erhält Anweisungsrecht und Vollmacht zur Wirtschaftsleitung ab April 1948, ihr Vorsitzender wird H. Rau (SED), bisher brandenburgischer Wirtschaftsminister; so erfolgt eine erhebliche Stärkung der Zentralinstanzen im Verhältnis zu den Ländern der SBZ." (PHS; LM. <i>Die Hilfe der SU bei der Errichtung und Festigung der antifa.-demokrat. Ordnung in der SBZ (1945-1949)</i> . Ms.-druck, Berlin 1958, S. 187-188; sowie: ZVB 8/1948 vom 20.03.1948)
1948	März/April	01.03.: Bank dt. Länder in Frankfurt/M gegr. / USA setzen Ausfuhrkontrolle in Kraft (2.300 Warenpositionen werden verzeichnet, Embargopolitik beginnt) / 09.03.: DWK übernimmt zentrale Leitung der SBZ-Volkswirtschaft; ab April hat DWK gesetzgeberische Vollmachten / 18.03.: SMAD-Befehl 44 über Rentenerhöhung (ab 01.01.48 Mindestaltersrente: 50,- M), FDGB erhält Schlösser für Erholungs- und Heileinrichtungen / Ende März unterstehen der DWK 17 Hauptverwaltungen / 03.04.: Truman unterzeichnet ERP für 16 europäische Staaten und Westdt. / 16.04.: Gründung der OEEC / 20.04.: SMAD teilt mit, daß die Beschlüsse der DWK für die ganze SBZ verbindlich seien / April: SMAD-Befehl 64 über Ende der Sequestrierung, Bildung der VVB (Z), der DWK unterstellt, der VVB(L), den Ländern unterstellt
1948	Mai/Juni	Mai: Organisation von Wettbewerben in den Betrieben der SBZ nach sowj. Vorbild wird den BGL übertragen (Aufwertung der BGL gegenüber dem Betriebsrat), DWK erhält von der SMAD Federführung bei der Aushandlung neuer Tarifverträge / 02.06.: DWK verordnet die Beschränkung der Arbeitseinweisung auf 6 Monate / 09.06.: DWK weist Länderregierungen an, 8 Hauptabteilungen zu bilden, von denen 4 direkt der DWK unterstellt sind / 20.06.: Währungsreform in Westdt. / 21.06.: DWK nimmt 2-Jahrplan an / 23.06.: Währungsreform in der SBZ (Westmächte erklären, daß sie nicht für Westberlin gilt) / 25.06.: Ausgabe der B-Mark in Westberlin (Westberliner bekommen pro Kopf 60,- DM im Unterschied zu Westdt., wo jeder 40,- DM bekam), L. D. Clay: Ich werde eher nach Sibirien gehen als Westberlin räumen / 30.06.: SED-PV beschließt 2-Jahrplan 1949/50
Eintritt in die Juglardepression		
1948	Juli/Aug.	01.07.: Beginn des Halbjahrplans in der SBZ / 20.07.: SU stellt 100.000 t Lebensmittel für ganz Berlin zur Verfügung / 05.08.: FDGB mit beratender Stimme im Antifa-Block, in Westberlin werden Wechselstuben eröffnet (am 05.08.)

P. Ruben: Über den Platz der DDR in der deutschen Geschichte
 – Tabelle zur Wirtschaftsgeschichte in sechs Juglarzyklen –

1948	Sept./Okt.	13.10.: A. Hennecke erfüllt in Oelsnitz mit einer Sonderschicht die Norm mit 387% (24,4 m3 Steinkohle)
1948	Nov./Dez.	03.11.: DWK beschließt Bildung der HO / 15.11.: Erste HO-Verkaufsstelle eröffnet / 26.-27.:11.: Bitterfelder Konferenz beschließt Ende der Betriebsräte in der SBZ und Ersetzung durch die BGL, Ende des unabhängigen Status der Belegschaftsvertretungen / 01.12.: DWK verordnet Steuerreform (mit Wirkung von April 49) / 18.12.: Stalin erklärt der SED-Führung, daß es noch zu früh für weitergehende Enteignungen ist und empfiehlt „Vertrag statt Kontrolle“ / 1945-1948 sind in der SBZ fast 50% des industriellen Anlagevermögens von 1936 demontiert / 1948/49: Angriff auf die Privatwirtschaft in der SBZ / 1948 leben in der SBZ und Ostberlin 19,066 Mill. Menschen, in den Westzonen (incl. Westberlin): 47,349 Mill.
1949	Jan./Feb.	Ab 1949 kann die Wismut SAG weitgehend auf Zwangseinweisungen verzichten (Sättigungsgrenzen erreicht, z. T. überschritten) / 01.01.: Beginn des 2-Jahrplans 1949/50 in der SBZ (Wiederherstellung der Volkswirtschaft und Erreichen des Vorkriegsniveaus) / 1. SED-Parteikonf. erklärt, die Enteignung nicht auf kaltem Wege weiterführen zu wollen / 25.01.: Gründung des RGW in Moskau / 26.01.: DWK-Anordnung über Kreditreform / 31.01.: Heinrich Mertens (1946 LDP-Oberbürgermeister in Jena, Freund Tulpanows, vor 1933 SPD, Sept. 47: Flucht nach dem Westen) wird als Ltr. d. Presseabtd. des DGB (dies seit 1.07.48) fristlos gekündigt, weil er – im Auftrag des DGB – eine Demontagefibel verfaßt hatte / 05.02.: Konferenz der Hennecke-Aktivisten / 20.02.: Bauernkonferenz der SED in Halle beschließt Aufbau der MAS
1949	März/April	09.03.: Zusammenfassung der MAS / 20.03.: D-Mark alleiniges Zahlungsmittel in Westberlin / 30.03.: Verordnung über den Volkswirtschaftsplan 1949 / ab April ist Steuerreform in der SBZ in Kraft / 01.04.: Bildung der Trizone / 02.04.: SU liefert erste 192 von 1.000 Traktoren für die MAS, Bauern haben 21.759 Traktoren, MAS 7.180 / 26.-28.04.: Konstituierung des RGW in Moskau
1949	Mai/Juni	12.05.: Ende der Blockade Westberlins / 18.05.: DWK-Anordnung zur Einführung des Vertragssystems / 20.05.-28.06.: UGO bestreikt S-Bahn, um DM-Lohn zu erhalten / Juni: 6. Ministerkonf.– Der CDU: Mecklenburgs Wirtschaftsminister Witte sieht im Vertragssystem die private Wirtschaft „in die Rolle des Aushilfskellners verwiesen“ / 21.06.: Agrarreform in Südkorea
1949	Juli/Aug.	Juli: J. Dieckmann vor der 2. Vollsitzung der DWK: Soll die private Wirtschaft liquidiert werden? / 15.07.: Westdt. CDU verabschiedet <i>Düsseldorfer Leitsätze</i> mit Erklärung der sozialen Marktwirtschaft (Abkehr vom Ahlener Programm): Leistungswettbewerb und Monopolkontrolle / 06.08.: Elfes bittet Rau (DWK) um Darstellung der SBZ-Wirtschaft / 12.08.: DWK-Anweisung zum Vertragssystem / Gegensatz Markt – Plan ist Zentralthema des westdt. Wahlkampfs
1949	Sept./Okt.	08.10.: Interzonenhandelsabkommen: Bis 30.06.50 im Volumen von 624 Mill. DM / 10.10.: SMAD löst ihre Dienststellen auf und überträgt Verwaltungsfunktionen an die DDR-Regierung / Okt.: Gründung des DGB in München
1949	Nov./Dez.	22.11.: Petersberger Abkommen: Westdt. Soldaten gegen Beendigung der Demontagen, Bildung des Coordinating Committee for East-West Trade Policy (COCOM) in Paris / 28.11.: Adenauer wird von den Besatzungsmächten eingeladen, an der Kontrolle der Ostausfuhr teilzunehmen / 15.12.: Unterstellungsverhältnis der VEB geordnet / 1949 ist Bruttoproduktion der Privatindustrie in der DDR rückläufig; landwirtschaftl. Betriebe mit mehr als 20 ha (‘Großbauern’) haben in der DDR 26% Anteil an der LNF und besitzen 57,2% aller Traktoren / 1949 sind vom DDR-Gesamtprodukt 17% für Reparationen und 8% für Besatzungskosten abzuführen (insges.: 25%) / vom 01.09. bis 31.12. fliehen 129.245 Menschen aus der SBZ/DDR.
1950	Jan./Feb.	Bis Anfang 1950 haben vermutlich 50% der Neubauern eigene Wohngebäude / 01.01.: COCOM nimmt seine Tätigkeit auf / 12.01.:DDR-Ministerrat verabschiedet Volkswirtschaftsplan 1950 / Jan.: DDR-Finanzministerium legt dem Haushalts- und Finanzausschuß der Prov. Volkskammer Beweismaterial über Steuerbetrügereien vor / 08.02.: Bundesregierung verbietet Stahllieferung nach Osten auf Anweisung der Besatzungsmächte / 22.02.: Gesetz über die Errichtung der Deutschen Bauernbank in der DDR
1950	März/April	März: Adenauer erklärt sich zur Teilnahme an der Kontrolle der Ostausfuhr bereit / 23.03.: Bundestag verabschiedet Gesetz über sozialen Wohnungsbau / 27.03.: Senkung der HO-Preise um durchschnittlich 30% / 12.04.: Handelsabkommen DDR-SU / April: Gesetz zum Schutz des innerdeutschen Handels in der DDR erlassen / 19.04.: Gesetz der Arbeit in der DDR verkündet
1950	Mai/Juni	09.05.: Schuman-Plan (Grdg. einer dt.-französ. Behörde zur Kontrolle d. Kohle- und Stahlprod.) in Paris vorgetragen / 15.05.: SU reduziert Reparationen um 50% auf 3.171 Mill. \$ / 19.05.: SU übergibt DDR 23 SAG-Betriebe / 08.06.: Verordnung über die Kollektivverträge in der DDR / 26.06.: Jugoslawien kündigt Gesetz zur Selbstverwaltung der Betriebe an
1950	Juli/Aug.	3. SED-Parteitag (20.-24.07.) beschließt 1. 5-Jahrplan (Verdopplung der Industrieprod. Gegenüber 1936) und bekräftigt Garantie für das „rechtmäßig erworbene Eigentum von Gewerbetreibenden und Mittelständlern“ und Förderung der privaten Unternehmerinitiative sowie Produktionswachstum der Privatindustrie bis 1955 auf 156,6% des Stands von 1950, das Neubauernhilfsprogramm wird nicht mehr erwähnt (bis Ende 1949 noch häufig propagiert) / 27.07.: Titel „Held der Arbeit“, „Verdienter Aktivist“,... geschaffen / 17.08.: DDR-Regierung verabschiedet ersten 5-Jahrplan / Aug.: DDR-Regierung verabschiedet umfangreiche Neuregelung der Tarifföhne als einseitige Regierungsverordnung nach „Anhören des Bundesvorstandes des FDGB“ (die Aushandlung der Löhne mit den Gewerkschaftsvertretern war mißlungen, diese unterschrieben einfach nicht)
1950	Sept./Okt.	07.09.: Auf Befehl der Hohen Kommissare unterbricht die BRD die Eisen- und Stahllieferungen in die DDR (trotz langfristiger Verträge) / 29.09.: Aufnahme der DDR in den RGW Im Herbst 1950 leben in der DDR 18,388 Mill. Menschen (3,6% weniger als 1948), in der BRD (incl. Westberlin): 49,228 Mill. (4% mehr als 1948)

Eintritt in die Juglarerholung		
1950	Nov./Dez.	22.12.: Ende der Rationierung für Getreide und Hülsenfrüchte zum 01.01.51 beschlossen / 1950: Agrarreform in China: Großgrundbesitz beseitigt / vor allem 1948-1950 sind in Westdtld. ca. 5% des industriellen Anlagevermögens demontiert / 1950 leben ca. 40% aller Sachsen in den Wismut-Kreisen; Aufsicht über Wismut SAG liegt beim Volkskommissariat f. Staatssicherheit (SMAD weitgehend ausgeschaltet) / 1950 beginnt Rückführung der Spezialisten aus der SU / 1950 ist in der DDR die Privatindustrie um 50% der Betriebe von 1948 verringert, das Anlagevermögen der Privatindustrie in der DDR wird 1950 auf 4,09 Mrd. M veranschlagt, die Steuerleistung der Privatindustrie (einschließlich Bauindustrie) liegt bei 781 Mill. M; 1950 haben private Bauherm einen Anteil von 61% an neu- und ausgebauten Wohnungen / 1950 sind vom DDR-Gesamtprodukt 9% für Reparationen und 4 % für Besatzungskosten abzuführen (insges. 13%) / 1950 fliehen 197.788 Menschen aus der DDR / 1950 schreibt die SU der DDR 833 Mill. M auf dem Reparationskonto gut, wofür 1.637 Mill. M aufzubringen waren + 35 Mill. M. Nebenkosten für Transport, Lagerhaltung etc.
1951	Jan./Feb.	01.01.: Beginn des ersten 5-Jahrplans der DDR / 08.02.: Verordnung über Verbot von Preiserhöhungen / 23.02.: Rationierungsende für diverse Textilien
1951	März/April	14.03.: Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1951 / 18.04.: Vertrag über Montanunion unterzeichnet (F, BRD, I, NL, B, L) / 26.04.: FDGB erhält Leitung der Sozialversicherung, Haushalt der SV ist Teil des Staatshaushalts
1951	Mai/Juni	21.05.: Erster BKV in Riesa unterz., paritätische Mitbestimmung in der westdt. Montanindustrie / Mai: Die SU-Regierung gibt erstmals die von Dtl. Noch aufzubringenden Reparationsleistungen bekannt: Per 01.01.51 in Höhe von 6.432 Mill. \$, wovon die sowj. UND die poln. Regierung 3.216 Mill. \$ erlassen wollen / 07.06.: Verordnung über Erholungsurlaub der DDR-Regierung (Grundurlaub: 12 Arbeitstage) / 13.-15.06.: SED-ZK beschließt wirtschaftl. Rechnungsführung in VEB Mitte 1951 liegt Lohn bei der Wismut SAG fast 50% über Lohn in der DDR-Metallverarb. Ind.
1951	Juli/Aug.	12.07.: DDR-Regierung beschließt Altersversorgung der Intelligenz, Einzelverträge / 1950/51 steigen Getreideerträge um 28%
1951	Sept./Okt.	01.09.: Autobahnbenutzungsgebühr für Westdeutsche eingeführt / 20.09.: Berliner Abkommen über Handel DDR-BRD unterzeichnet / Sept.: Grotewohl setzt einen Sonderkommissar für Siedlungsfragen im Wismut-Gebiet ein (Abwicklung von 3.400 Umsiedlungen) / 08. 10.: Aufhebung der Rationierung bis auf Fleisch, Fett, Zucker in der DDR
1951	Nov./Dez.	01.11.: Volkskammer beschließt Gesetz über 5-Jahrplan 51/55 / 25.11.: Nationales Aufbauprogramm Berlin vom SED-ZK proklamiert / bis Dez. 1951 sind mehr als 90.000 Neubauernhöfe errichtet / Ende 1951 laufen Werbeaktionen für die Wismut SAG aus / Ende 1951 versucht die sächs. Landesregierung, auf die sozial-ökonomische Entwicklung der Wismut-Kreise Einfluß zu nehmen Bruttowert des Anlagevermögens der Privatindustrie in der DDR 1951: 4,13 Mrd. M / 1951 fliehen 165.648 Menschen aus der DDR
1952	Jan./Feb.	Ab 1952 trägt DDR alleinige Verantwortung für Wohnungs-, Kultur- und Sozialbau im Wismut-Gebiet / 01.01.: Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung
1952	März/April	10.03.: Verordnung über Maßnahmen zur Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den volkseigenen Betrieben / 28.04.: SU übergibt DDR 66 von 213 SAG-Betrieben, werden VEB
1952	Mai/Juni	16.05.: Lastenausgleichsgesetz vom Bundestag verabschiedet / Mai: H. Rau gibt Vors. Der SPK an B. Leuschner ab / 08.06.: Erste LPG in Merxleben gegr. (24 Neubauern) / 28.06.: Gehaltserhöhung für techn. Intelligenz, Hochschullehrer
1952	Juli/Aug.	Ab Mitte 1952 setzt in Westdtld. stetige wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung ein / 09.-12.07.: 2. SED-Parteikonf. beschließt Aufbau d. Sozialismus, Propagierung der LPG beginnt / Die von Stalin verfügte Aufrüstung kostet 2 Mrd. M in 1 Jahr, 10% der Staatseinnahmen, nicht im Plan vorgesehen, Aufbau der Bezirksverwaltungen und Förderung der LPG verursachen ebenfalls nicht im Plan vorgesehene Kosten / 17.07.: Verordnung zur Sicherung von Vermögenswerten
1952	Sept./Okt.	10.09.: Wiedergutmachungsabkommen Israel-BRD / 18.09.: Bildung politischer Abteilungen bei den MAS / 02.10.: Gesetz zum Schutze des Volkseigentums
1952	Nov./Dez.	Nov.: Ulbricht erklärt den Ankauf von Privatbetrieben durch den Staat für zulässig, SED-ZK interpretiert Beschlüsse der 2. Parteikonf. Im Sinne weitgehender „Beschränkung der kapitalistischen Elemente“ (jedoch nicht öffentlich) / Nov. 52 – Mai 53 Versorgungsstörungen in der DDR / 05.-06.12.: Erste LPG-Vors.-Konf.; 13% der LNF in der DDR sind herrenlos / 19.12.: Musterstatuten für LPG veröffentlicht Ende 1952 gibt es 1.906 LPG mit 37.000 Mitgliedern (28.879 Neubauern) und 218.043 ha, 1.649 LPG sind vom Typ I (kollektive Felderbewirtschaftung) / 1946-1953 fließt jährlich ein Viertel des BSP der SBZ bzw. DDR in die Reparationsleistungen / Bruttowert des Anlagevermögens der Privatindustrie in der DDR 1952: 4,172 Mrd. M Steuerleistung der Privatindustrie liegt bei 1,025 Mrd. M / 1952/53: Angriff auf die Privatwirtschaft in der DDR / 1952 fliehen 182.393 Menschen aus der DDR

2. Juglar: Januar 1953 bis Februar 1962 – Kollektivierung der Landwirtschaft und Militarisierung

Zeit	Wirtschaft
Eintritt in die Juglarprosperität	
1953 Jan./Feb.	1952/53 entstehen besonders häufig staatliche Beteiligungen an Privatfirmen infolge Flucht der Inhaber / 22.01.: Pflichtablieferung der Landwirtschaft wird erhöht / 02.02.: Staatliche Kommission für Handel und Versorgung in der DDR gebildet / Feb.: Aktion „Rose“ beginnt im Ostseebezirk, Enteignungen von 440 Hotels und Pensionen, 181 Gaststätten, Taxi-Unternehmer an der DDR-Ostseeküste mittels Anklagen wegen Wirtschaftsdelikten, Haftstrafen bis zu 10 Jahren (z.B. 7 Jahre Zuchthaus für 2 Ztr. Weizen), FDGB kommt in Besitz von Feriendomizilen (612 Objekte beschlagnahmt, 30 Mill. M enteignet)
1953 März/April	Im März verlassen 58.000 Menschen die DDR / 09.04.: DDR-Ministerrat beschließt, etwa 2 Mill. Menschen keine Lebensmittelkarten mehr zu erteilen (selbständigen Gewerbetreibenden, Eigentümern devastierter Landwirtschaftsbetriebe, Mietshausbesitzern) / 15.04.: KPdSU-PB mahnt SED, den Kurs zu mildern / 16.04.: Ulbricht im ND, „daß auch die privaten Kleinbetriebe möglichst viel zur Versorgung der Bevölkerung herangezogen werden“ / 20.04.: Preiserhöhung für rationierte Lebensmittel in der DDR / 23.04.: SED-ZK beschließt, Arbeiter aufs Land zu entsenden
1953 Mai/Juni	14.05.: SED-ZK beschließt, Arbeitsnormen um mindestens 10% zu erhöhen, und schließt F. Dahlem aus dem ZK aus / Mai: Extensive Anwendung des Gesetzes zum Schutze des Volkseigentums wird unterbunden / 28.05.: Regierung verordnet Erhöhung der Arbeitsnormen um 10% / 09.06.: SED-PB verkündet <i>Neuen Kurs</i> / 14.06.: Arbeiter des VEB Industriebau der Baustelle Krankenhaus Friedrichshain beschließen Streik / 17.06.: Streiks in rd. 350 Städten und Gemeinden der DDR / 21.06.: Rücknahme der Normerhöhungen
1953 Juli/Aug.	23.07.: Neue Steuerverordnung in der DDR / 23.07.: Verordnung über Einzelverträge mit der Intelligenz
1953 Sept./Okt.	14.09.: Erhöhung der Konsumgüterproduktion beschlossen / Im III. Quartal kommt es zu einem enormen Abfall der Bruttoproduktion der Privatindustrie in der DDR, Steuerschulden werden storniert, teilweise annulliert, Betriebe erhalten großzügig kurzfristige Kredite, Rohstoffe und Materialien, Bindungen des Vertragssystems werden gelockert / 13.10.: LPG „Florian Geyer“, Aschersleben, erzielt als erste eine Jahreseinnahme von mehr als 1 Mill. M
1953 Nov./Dez.	Dez.: Generelle Lohnerhöhung in der DDR verordnet (Durchschnittslohn in der VE Ind.: 348,25 M, in der privaten Industrie: 291,- M, Diff.: 56,75 M) / 21.12.: Konstituierende Sitzung des Vorstands der neuen SDAG Wismut bestätigt geltende Ordnung / Ende 1953 bestehen 4.691 LPG mit 754.301 ha (11,6% der LNF) / 1953 flüchten 331.390 Menschen aus der DDR 1953 arbeiten 3.358 Sowjetbürger bei der Wismut SAG / Bruttowert des Anlagevermögens der Privatindustrie in der DDR 1953: 4,23 Mrd. M / Ende 1953 gibt es in der DDR 14.240 private Industriebetriebe (ohne Handwerk und ohne Bauwesen) / 1951-1953 liefert die DDR 679 Mill. \$ an Reparationen für die SU und Polen, beide Länder verzichten ab 1954 auf die noch ausstehenden 2.537 Mill. \$
1954 Jan./Feb.	01.01.: SU verzichtet auf Reparationen und begrenzt Stationierungskosten auf 5% des DDR-Staatshaushalts, Übergabe der restlichen 33 SAG-Betriebe (im Wert von 2,7 Mrd. M) und Verzicht auf 430 Mill. M für die 1952 übergebenen 66 SAG-Betriebe, Wismut wird SDAG, F. Selbmann ihr Vors. für die ersten 5 Jahre / Jan.: 9. Durchführungsbestimmung zur Steuerverordnung: Unternehmer dürfen bis zu 25% des Jahresbruttogewinns sowie Mittel aus Sonderabschreibungen steuerfrei für Generalreparaturen und Neuanschaffungen verwenden
1954 März/April	04.03.: Musterstatut einer AWG veröffentlicht / 01.04.: DDR gründet eigene Lufthansa, am 30.04.55 bekanntgegeben / 30.03.-06.04.: 04. SED-Parteitag beschließt „Milliardenprogramm“ für zusätzliche Produktion von Massenbedarfsgütern
1954 Mai/Juni	06.06.: Preissenkung für Schuhe, Backwaren, Schlachtfette und a. m.
1954 Juli/Aug.	Juli: Letzte dt. Luffahrt- und Triebwerksspezialisten kehren aus der SU zurück (133 Akademiker, 15 Nicht-Akademiker)
1954 Sept./Okt.	13.09.: Preissenkung für Lebens- und Genußmittel, Konsumgüter
1954 Nov./Dez.	Nov.: Zum Jahrestag der Oktoberrevolution werden Inhaber von Privatbetrieben mit Prämien zwischen 1.000-5.000 M ausgezeichnet (wegen des „Kampfs um die Milliarde“), der durchschnittliche Privatbetrieb in der DDR der fünfziger Jahre hat 32 Beschäftigte und eine Bruttoproduktion von 439.000 M, der Unternehmer ist Mitarbeiter / 12.-13.12.: 3. Konf. der Vors. und Aktivisten der LPG in Leipzig, hebt absolutes Verbot der Aufnahme von Großbauern in die LPG auf 60.000 Haushalte in der BRD haben ein Fernsehgerät, das noch mehr als 1.500 DM kostet / 1954 flüchten 184.198 Menschen aus der DDR / 1950-1954 liegt Akkumulationsrate in der BRD bei 22,3%, in der DDR bei 7,1% / 1954 beginnt Flugzeugbau in der DDR / Bruttowert des Anlagevermögens der Privatindustrie in der DDR 1954: 4,3 Mrd. M / 1954 verwandeln sich in der DDR etwa 75% des privaten Profits in staatliches Reineinkommen / 1954 haben private Bauherren einen Anteil von 19% an neu- und ausgebauten Wohnungen; 1954 entstehen über 300 AWG mit mehr als 30.000 Mitgliedern

P. Ruben: Über den Platz der DDR in der deutschen Geschichte
 - Tabelle zur Wirtschaftsgeschichte in sechs Juglarzyklen -

1955	Jan./Feb.	6.01.: Verordnung über Produktions- und Dienstleistungsabgabe
1955	März/April	03.-06.04.: 1. Baukonferenz des SED-ZK
Eintritt in die Juglarrezession		
1955	Mai/Juni	01.06.: Ulbricht hebt die Bedeutung der Schwerindustrie wieder hervor / 01.-4.6: Konferenz in Messina beschließt Bildung der EWG / 30. 06.: Staatliche Beteiligung an privaten Industriebetrieben in der DDR mit 47,5 Mill. M beziffert (37,4 Mill. in der Textilindustrie.)
1955	Juli/Aug.	Juli: Eine Analyse in der DDR stellt fest: Bis jetzt ist es nicht gelungen, die Entwicklung der Privatindustrie entsprechend den volkswirtschaftlichen Erfordernissen zu lenken / 18.08.: Verordnung über Bildung von PGH, Musterstatut. LPG I und II
1955	Sept./Okt.	24./27.10.: 25. SED-ZK-Tagung kündigt in Entschließung vom 27.10. Staatsbeteiligung an Privatunternehmen an
1955	Nov./Dez.	Nov.: Ulbricht weist öffentlich auf Diskrepanzen in der Einkommensentwicklung der DDR hin (besonders zugunsten der Einzelbauern und der Handwerksmeister – Spruch in der DDR: Hast du ein Haus, bist du Intelligenzler, hast du ein Auto, bist du Unternehmer, hast du Autos und Häuser, bist du Handwerker) / 22.12.: In 2 Verordnungen wird Lockerung der Vertragsbindung beseitigt und Kontrolle der Warenbewegungen bei wichtigen Konsumgütern verstärkt, die Investitionsbegünstigungen der 9. DB zur Steuerverordnung werden an Bezirksgenehmigungen gebunden 1955 erfüllt die VE Industrie den Jahresplan nicht, die private mit 102,9% / 1955 bestehen 85 PGH mit 2.290 Mitgliedern / 1955 flüchten 252.870 Menschen aus der DDR / bis 1956 untersteht die Wismut AG dem sowj. Verteidigungsministerium
1956	Jan./Feb.	01.01.: Zweiter 5-Jahrplan beginnt / 20.02.: Erste Unternehmer in der DDR erklären bei CDU-Beratung Bereitschaft zur Aufnahme von Staatsbeteiligungen
1956	März/April	06.03.: Kolchosen (SU) dürfen Privatlandausmaß selbst regeln / 24.-30.03.: 3. SED-Parteikonferenz beschließt Direktive zum zweiten 5-Jahrplan 56/60, Ulbricht kündigt Staatsbeteiligung an Privatbetrieben und Kommissionsverträge im Handel an und spricht von „halbsozialistischen Betrieben“, 3. SED-Parteikonferenz. beschließt Direktive zum 2. 5-Jahrplan / 31.03.: Für 959 Betriebe mit einem Gesamtkapital von 151.657.000 M in der DDR werden 46.628.500 M als volkseigener Anteil ausgewiesen / 25.04.: Arbeiter in der SU erhalten Kündigungsrecht zurück
1956	Mai/Juni	01.06.: Bildung einer Regierungskommission für Preise in der DDR / 1. Halbjahr 56: Private Industrieproduktion in der DDR ist rückläufig
1956	Juli/Aug.	Juli: Verhandlungen DDR-SU über Verrechnung der Produktion der SDAG Wismut: DDR wird die ausstehende Einzahlung von 400 Mill. M in das Aktienkapital erlassen / 17.07.: Vereinbarung zur Herabsetzung der Unterhaltskosten der GSSD um 50% / 26.07.: Verstaatlichung des Suezkanals
1956	Sept./Okt.	01.10.: HO beginnt mit Teilzahlungsverkäufen
1956	Nov./Dez.	06.11.: SED-PB wendet sich an Chruschtschow mit der Bitte um dringende ökonomische Hilfe / 07./08.12.: Arbeiterkonferenz des SED-ZK diskutiert Aufgaben der Arbeiterkomitees / 1956 flüchten 279.189 Menschen aus der DDR / 1956 arbeiten rd. 100.000 Menschen bei der Wismut SAG / 1956 gibt es 144 Betriebe mit staatlicher Beteiligung (14.331 Beschäftigte)
1957	Jan./Feb.	19.01.: Volkskammer beschließt 45-Stunden-Woche / 21.01.: Bundestag beschließt Rentenreformgesetz
1957	März/April	21.03.: DDR-Ministerrat beschließt Kohle- und Energieprogramm (Aufholprogramm der DDR setzt ein) / 25.03.: EWG- und EURATOM-Verträge in Rom unterzeichnet / 12.04.: Wirtschaftsrat beim Ministerrat der DDR beschlossen
1957	Mai/Juni	18.-22.06.: 8. RGW-Tagung empfiehlt gemeinsame Perspektivpläne für die nächsten 10-15 Jahre
1957	Juli/Aug.	04.07.: Bundestag verabschiedet Kartellgesetz / 26.07.: Bundestag verabschiedet Gesetz über die Deutsche Bundesbank: Sie 'ist bei der Ausübung der Befugnisse... von Weisungen der Bundesregierung unabhängig' / 01.08.: Dt. Bundesbank nimmt ihre Tätigkeit auf
Eintritt in die Juglardepression		
1957	Sept./Okt.	Sept.: F. Schenk, seit 1952 Büroleiter B. Leuschners, Vors. d. SPK, flieht nach Westdtld. / 13.10.: Geldumtausch / Okt.: SED-ZK-Tagung zur Agrarpolitik zielt auf Genossenschaftsbildung
1957	Nov./Dez.	1957 flüchten 261.622 Menschen aus der DDR / 1957 werden 1.341 Unternehmer in örtliche Volksvertretungen der DDR gewählt / 1957/58 sind alle westeuropäischen Länder von einer Krise betroffen / 1957 erhält DDR Kredit von 75 Mill. Rubel zur Überwindung von Versorgungsengpässen
1958	Jan./Feb.	01.01.: Römische Verträge in Kraft, EWG, Euratom gegründet (6 Mitglieder) / 08./9.01.: Volkskammer beschließt zweiten 5-Jahrplan 1956-1960 (3.SED-Parteikonf. hatte schon im März 56 Direktive beschlossen) / Feb.: E. Apel übernimmt Ltg. d. neu gebildeten Wirtschaftskommission beim SED-PB
0	Mai/Juni	28.05.: Volkskammer beschließt Abschaffung der Lebensmittelkarten

P. Ruben: Über den Platz der DDR in der deutschen Geschichte
 – Tabelle zur Wirtschaftsgeschichte in sechs Juglarzyklen –

0	Juli/Aug.	10.-16.07.: 5. SED-Parteitag verkündet, BRD bis Ende 1961 zu überholen (Produktivität in der BRD um ca. 30% höher, Konsum um ca. 25% höher)
0	Sept./Okt.	22.09.: Industrie- und Handelskammern den Bezirksräten unterstellt
0	Nov./Dez.	Nov.: Chemieprogramm verkündet (auf Basis der Lieferung sowj. Erdöls) / Dez.: SED-ZK-Plenum zum 'Beitrag der Landwirtschaft zur Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe' / 1958 flüchten 204.092 Menschen aus der DDR / 1958-1959: „Großer Sprung nach vorn“ in China / seit 1958 verwendet der RGW Weltmarktpreise zur Orientierung / 1958 treffen die letzten Spezialisten aus der SU in der DDR ein / 1958/60: Angriff auf die Privatwirtschaft in der DDR / 1958 erhält DDR Kredit von 25 Mill. Rubel für Aufbau einer Petrochemie / 1958 fliehen 204.092 Menschen aus der DDR / 1958 gibt es 1.541 Betriebe mit staatlicher Beteiligung (126.472 Beschäftigte) / 1958 leben in der DDR 17,355 Mill. Menschen (5,62% weniger als im Herbst 1950), in der BRD (incl. Westberlin): 53,354 Mill. (8,4% mehr als im Herbst 1950)
1959	Jan./Feb.	Jan.: SU beschließt einen Siebenjahrplan
1959	März/April	21.03.: Ein US-Patrouillenbott kapert das DDR-Motorschiff Marta bei Ceuta wegen COCOM-Bestimmungen und eskortiert es nach Piräus, wo es entladen wird, der griech. Handelsminister beschlagnahmt die Ware, die DDR protestiert, die Fracht wird wieder freigegeben / 26.03.: Staatsbeteiligungsverordnung / 09.04.: Neue Musterstatuten für LPG, Übernahme der MTS möglich
1959	Mai/Juni	22.05.: In der DDR leben 17.310.670 Menschen
1959	Juli/Aug.	15.07.: Oberster Sowjet bestätigt Grundordnung über Gewerkschaftsrechte in den Betrieben / 24.07.: ND: Es wird keine Zwangskollektivierung geben.
1959	Sept./Okt.	01.10.: Volkskammer beschließt Siebenjahrplan 1959/65 (der schon läuft), in Anpassung an den sowj. Planrhythmus und den der anderen RGW-Länder / Okt.: Erstmals 103 'Brigaden der sozialistischen Arbeit' ausgezeichnet
1959	Nov./Dez.	13.12.: Kreis Eilenburg in der DDR als erster vollgenossenschaftlich / 18.12.: Abkommen über Bau einer Erdölleitung mit SU und Polen / 1959 fliehen 143.917 Menschen aus der DDR / 1959-1961: Hungersnöte in China
Eintritt in die Juglarerholung		
1960	Jan./Feb.	Mit Jahresbeginn werden Agitatorencharen aufs Land geschickt: Wer 'den Agitatoren der Arbeiterklasse das Tor verschließt, entlarvt sich als Feind der Arbeiterklasse!' / Jan.: SPK-Thesen für die Grundlinie der Entwicklung der VW der DDR bis 1975: Im Zeitraum 1966-1975 tritt die DDR in die Periode des allmählichen Übergangs zum Kommunismus ein, die SPK rechnet mit 1965 als Datum für die wirtschaftliche Überholung Westdeutschlands (obwohl öffentlich 1961 proklamiert wurde)
1960	März/April	04.03.: Bezirk Rostock meldet als erster völligen Zusammenschluß zu LPG / 05.04.: FDJ-Aufruf 'Der Sozialismus siegt – 10.000 unserer Besten gehen in das vollgenossenschaftliche Dorf!' / 14.04.: Karl-Marx-Stadt meldet als letzter Bezirk Vollkollektivierung.
1960	Mai/Juni	12.05.: Verordnung über die Oberste Bergbehörde in der DDR / Ende Mai bewirtschaften 19.345 LPG mit 961.539 Mitgliedern 85% der LNF der DDR / 29.06.: Volkswagenwerk privatisiert (Volksaktien)
1960	Juli/Aug.	20.-23.07.: SED-ZK-Tagung über wiss.-techn. Höchststand im Maschinenbau / 16.08.: Zusatzvereinbarung zum Berliner Abkommen zwischen beiden dt. Staaten abgeschlossen
1960	Sept./Okt.	30.09.: Bundesregierung kündigt auf Anregung Brentanos das Interzonenhandelsabkommen (das Berliner Abkommen vom 20.09.51) nach USA-Reise Adenauers und Sondersitzung der BRD-Regierung sowie nach Restriktionen der DDR an ihrer Grenze / 11.10.: La Libre Belgique stellt fest: „Die Engländer werden 1960 nach Ostdeutschland Industrieprodukte für 350 Millionen belgische Franc exportieren, das ist doppelt soviel wie 1959.“
1960	Nov./Dez.	15.11.: Entwurf eines Arbeitsgesetzbuchs veröffentlicht / 22.11.: Dt.-dt. Gespräche über die Weiterführung des Handels beginnen / Ende Nov.: DDR-Delegation in Moskau / 30.11.: Gespräch Ulbricht-Chruschtschow über die Folgen der Kündigung des Interzonenhandelsabkommens, Ulbricht bittet zur 'Störfreimachung' die SU, die Lieferungen zu übernehmen / 15.-17.12.: 11.SED-ZK-Tagung: Leuschner erklärt, BRD zu überholen, ist nicht möglich / 29.12.: Communiqué der dt.-dt. Verhandlungen besagt Vereinbarungen vom 20.09.51 und vom 16.08.60 werden am 01.01.61 in Kraft gesetzt 1960 haben 6,2% der DDR-Haushalte Waschmaschinen, fliehen 199.188 Menschen aus der DDR, gibt es 4.455 Betriebe mit staatlicher Beteiligung (291.116 Beschäftigte), 3.878 PGH mit 150.779 Mitgliedern
1961	Jan./Feb.	18.01.: Entwurf über die Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR von Ulbricht an Chruschtschow: 1961 hat die DDR eine Zahlungsbilanzdefizit von rd. 1,35 Mrd. VM, davon mehr als 0,8 Mrd. gegenüber der SU und mehr als 0,5 Mrd. gegenüber dem kapitalist. Wirtschaftsgebiet, Bitte um Kredit in Höhe von 170 Mill. Rbl = 800 Mill. VM, der ab 1966 zurückgezahlt werden könnte, kann der Kredit nicht gewährt werden, kann die DDR das Lebensniveau von 1960 nicht halten und stünde dann „vor einer tiefen Krise“ (dies mit Bleistift korrigiert zu „vor ersten Krisenstimmungen“, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/30) / 19.01.: Brief Ulbrichts an Chruschtschow (in russ. Sprache 18 S., SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/30) / 24.01.: Beratungen DDR-SU (Leuschner-Mikojan) beginnen / 23.02.: Gespräch Rau-Mikojan in Moskau / 28.02.-3.03.: 14. RGW-Tagung in Berlin über internat. Arbeitsteilung

P. Ruben: Über den Platz der DDR in der deutschen Geschichte
 - Tabelle zur Wirtschaftsgeschichte in sechs Juglarzyklen -

1961	März/April	März: 12. SED-ZK-Tagung beschließt Demontage der DDR-Flugzeugindustrie zugunsten des Stopfens von Löchern in anderen Zweigen der metallverarbeitenden Industrie / Volkskammer beschließt den Jahresplan 1961 / 20.03.: Leuschner an Ulbricht: Die bisher wichtigsten Verhandlungen mit der UdSSR thematisieren „zum ersten Mal die ökonomischen Grundfragen der DDR tiefgehend und umfassend“ / 11.04.: Ulbricht erhält 'Gedanken zur Anwendung von Verflechtungsbilanzen in der Volkswirtschaftsplanung' von Prof. Dr. Rudolph, Dir. d. Inst. f. Volkswirtschaftsplanung an der HfÖ Karlshorst / 12.04.: Volkskammer beschließt Gesetzbuch der Arbeit / 26.04.: Erste umfassende Einschätzung der Wirtschaftsgespräche in Moskau durch B. Leuschner für Ulbricht, darin und a.: „Gegenüber den Annahmen des Siebenjahrplans ist in den Jahren 1959 und 1960 die Republikflucht angestiegen.“
1961	Mai/Juni	Statt der erwarteten Flucht von 13.000 Arbeitskräften beträgt der wirkliche Abgang bis zum 30.04. aber 29.000 Personen / Anfang Mai gibt die SPK den Siebenjahrplan auf ('präzisiert' sie ihn) / Ende Mai beträgt die tatsächliche Lohnsteigerung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie 5,3% im Unterschied zur geplanten von 1,6%; zur Realisierung des Lohns reichen die Warenangebote nicht aus / 29.06.: Verordnung über Arbeitszeit und Erholungsurlaub
1961	Juli/Aug.	05.07.: Ministerrat beschließt Bildung des Volkswirtschaftsrats / 12.07.: Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung f. Arbeitnehmer in der BRD / Juli: G. Mittag (35 Jahre alt) wird stellv. Vors. d. DDR-Volkswirtschaftsrats (Vertreter A. Neumanns), K. Mewis ersetzt B. Leuschner als Vors. der SPK / 04.08.: Ulbricht an Chrustschow über Ursachen der ökonomischen Schwierigkeiten der DDR 01.01.-15.08. fliehen 159.730 Menschen aus der DDR / vom 01.09.49-15.08.61: 2.691.270 / Sommer : Mißernte in der DDR-Landwirtschaft
1961	Sept./Okt.	01.10.: Westgeldbeträge in der DDR sind binnen dreier Tage umzutauschen / 10./11.10.: Wirtschaftskonf. des SED-ZK und d. DDR-Ministerrats über Verbesserung der Leitung und Planung der VW
1961	Nov./Dez.	1961 arbeiten ca. 45.000 Menschen bei der Wismut AG / 1961 wird der DDR-Flugzeugbau eingestellt / 1961 werden in der DDR 92.000 Wohnungen neu- und ausgebaut (bisheriger Höchststand), 10,5% aller Wohnungen (5,447 Mill.) in der DDR nach 1945 gebaut, 44,4% zwischen 1900 und 1945, 45% vor 1900
1962	Jan./Feb.	03.02.: US-Handelsembargo gegen Kuba verkündet / Feb.: 16. SED-ZK-Tagung beschließt die letzte Änderung des 7-Jahrplans, B. Leuschner spricht von der Notwendigkeit einer längeren Stabilisierungsperiode, Ausbau einer rentablen Exportgüterindustrie und strenger Kontrolle der Importe

3. Juglar: März 1962 bis April 1971 – Die Wirtschaftsreform und ihr Scheitern

Zeit	Wirtschaft
Eintritt in die Juglarprosperität	
1962 März/April	März: DDR wird bei der Treuhandstelle für den Interzonenhandel um langfristigen Warenkredit vorstellig / 28.03.: Volkskammer beschließt Gesetz über Zollwesen der DDR. / Zwischen Herbst 1961 und Herbst 1962 wird auf SED-ZK-Tagungen über Notwendigkeit ökonomischer Reformen debattiert
1962 Mai/Juni	25.05.: Bundesregierung bestätigt DDR-Kreditersuchen
1962 Juli/Aug.	25.07.: Abkommen über Zentrale Verwaltung der Energiesysteme / Sommer: Ulbricht ersetzt Planungschef K. Mewis durch E. Apel, bisher Ltr. der Wirtschaftskom. beim SED-PB / Aug.: H. Matern informiert SED-PB über „westdeutsche Bemühungen zur Intensivierung des Handels Westdeutschlands mit der DDR“ / 23.8: Kurt Leopold teilt mit, Adenauer meine, daß etwas geschehen müsse, Zwischenfälle an der Grenze zu vermeiden, er sei bereit, den Swing auf 225 Mill. VE zu erhöhen und Renten wie Pensionen an Personen in der DDR zu zahlen
1962 Sept./Okt.	04.09.: SED-PB beschließt, Adenauer mitzuteilen, daß die DDR-Regierung zu Besprechungen über Fragen der Normalisierung bereit sei / 18.09.: Stellungnahme zu „Schwierigkeiten der Versorgung“ wegen Übergangs zur genossenschaftlichen Viehhaltung / Sept.: Liberman-Diskussion in der SU durch SED aufgegriffen / Okt.: 17. SED-ZK-Tagung, Ulbricht fordert auf, die Liberman-Debatte auszuwerten / Ab „Herbst 1962 stand [Ulbricht] auf wirtschaftspolitischem Gebiet in latenter Widerspruch zur sowjetischen Führung unter Chruschtschow... In Ulbrichts Auffassungen war offensichtlich ein Wandel eingetreten: Die Existenzkrise der DDR in den Jahren 1960/61 hatte... zum. Umdenken geführt. Daß der... Mauerbau keine Lösung auf Dauer war, wußte Ulbricht... von Anfang an“ (Rösler: Zwischen Plan und Markt, Berlin 1991, S. 12-13)
1962 Nov./Dez.	Novemberplenum des KPdSU-ZK (2. Novemberhälfte) ergibt keine Hinweise auf eine sowjetische Rezeption Libermans / 07.12.: Abkommen DDR-SU über Wismut-Produktion: Erstmals sollen Uranpreise verhandelt werden und die DDR einen Teil der Wismutproduktion für das eigene Kernkraftwerksprogramm erhalten / 11.12.: SED-PB erteilt Stoph den Auftrag, eine zentrale Arbeitsgruppe zu bilden und Grundfragen der Wirtschaftsreform in einer Entschlußvorlage zusammenzufassen / 14.12.: Ulbricht spricht in Leipzig über die bisherige SED-Wirtschaftspolitik, kritisiert die These vom Vorrang der Politik und erklärt: „...in der Tat haben jetzt die ökonomischen Aufgaben den Vorrang.“ / 20.12.: SED-PB berät Vorlage 'Grundsätze eines ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Industrie'. / 22.12. Vorlage über 'Grundsätze...' wird DDR-Ministeratsbeschuß. / 1962 haben private Bauherren einen Anteil von etwa 5% an neu- und ausgebauten Wohnungen / 1962 werden <i>Intershop</i> - und zugleich <i>Exquisit</i> - und <i>Delikat</i> -Läden in der DDR eingerichtet / 1962 erhält DDR von der SU einen Warenkredit in Höhe von 1,3 Mrd. VM / 1962 gibt es 5.277 Betriebe mit staatlicher Beteiligung (335.496 Beschäftigte)
1963 Jan./Feb.	Anfang Jan.: E. Apel wird Leiter der SPK / 15.-21.01.: 6. SED-Parteitag, spricht vom 'Zeitalter des Sozialismus', verjüngt SED-Führungsgremien, G. Mittag wird Kand. d. SED-PB / 29.01.: Französisches Veto gegen EWG-Beitritt Großbritanniens / 11.02.: Erlaß des Staatsrats über 'Planung und Leitung der Volkswirtschaft durch den Ministerrat der DDR'
1963 März/April	Ab Feb./März arbeitet eine Gruppe unter W. Halbritter an der Ausarbeitung eines funktionsfähigen ökonomischen Systems (mit geringen Unterbrechungen bis 1971): 'Entweder erhalten wir alle eine Parteistrafe, daß wir uns nicht wiederfinden - oder einen großen Orden'; beim NÖS stützt sich Ulbricht auf Mittag, Apel, Halbritter, Berger, Wolf, Reinhold und Koziolk – dagegen skeptisch zum NÖS: Neumann, Honecker, Stoph, Matern, Rumpf samt eines großen Teils des Parteiapparats / Ende März liegt der <i>Grundriß zur Schaffung eines in sich geschlossenen Systems ökonomischer Hebel</i> vor
1963 Mai/Juni	Mitte Juni hat das SED-PB die <i>Richtlinien für das NÖSPL</i> / 24.-25.06.: Wirtschaftskonferenz zu den <i>Richtlinien</i> ... kritisiert bisherige Praxis der Planung und Leitung der VW / Juni: Präsidium des Ministerrats verkündet NÖSPL
1963 Juli/Aug.	11.07.: Präs. des DDR-Ministerrats beschließt <i>Richtlinie für das Neue ökonomische System der Planung und Leitung d. Volkswirtschaft</i> / 15.07.: Staatsrat bestätigt die <i>Richtlinie</i> / 16.07.: Das ND stellt erstmals das Reformprogramm vor / Sommer: Mißernte in der DDR-Landwirtschaft, ebenso in der SU, die daher Getreidelieferung an die DDR verringert: Bis 1963 jährlich 1,6 - 2,2 Mill. t, danach 1,2 Mill. t, folglich muß die DDR 0,5 - 0,7 Mill. t im Westen kaufen
1963 Sept./Okt.	01.09.: Bildung der Interflug / 29.10: SED-PB-Beschluß über Aufgaben und Arbeitsweise der Produktionskomitees in volkseigenen Großbetrieben
1963 Nov./Dez.	Anteil des RGW-Handels am Welthandel beträgt fast 12% / 1963 reduziert die SU Lieferungen an Getreide, Baumwolle, Fleisch und Walzstahl in die DDR / 1963/69: Flexibilisierung der DDR-Mittelstandspolitik
1964 Jan./Feb.	01.01.: Internationale Bank für wirtschaftl. Zusammenarbeit des RGW nimmt ihre Tätigkeit auf (Verrechnungsrubel), Umstellung der VVB auf wirtschaftliche Rechnungsführung (die DDR-Wirtschaftsreform beginnt) / 30.01.: Verordnung über die Umbewertung der Grundmittel in der DDR / 28.02.: 8. Dt. Bauernkongreß berät Industriemethoden der Landwirtschaft.

1964	März/April	01.04.: Erste Etappe der Industriepreisreform tritt in Kraft, Grotewohl ordnet an, Devisen mit speziellen Unternehmen zur Regierungsverfügung zu erwirtschaften. / Im Frühjahr wird (im ZK-Apparat) die Befürchtung laut, es könnte mit dem NÖS 'sozialistische Millionäre' geben
Eintritt in die Juglarrezession		
1964	Juli/Aug.	01.08.: Ausgabe neuer Banknoten / 19.08.: Material Wolfs für Ulbrichts Referat zum Perspektivplan liegt vor
1964	Sept./Okt.	25.09.: Ministerrat beschließt Investitionsordnung / Okt.: Breshnew bei Ulbricht: Man braucht aus der DDR mehr Maschinen, Chemieanlagen, Schiffe, Möbel etc. bei gleichbleibenden Preisen; was als Äquivalent geliefert werden soll, wird von Breshnew und Tichonow pauschal umschrieben, Breshnew wirft Ulbricht vor, daß sich die DDR ungenügend auf die Bedürfnisse ihres wichtigsten Handelspartners einstelle (Westexport der DDR war in den letzten beiden Jahren um mehr als 36% gestiegen)
1964	Nov./Dez.	01.12.: Zwangsumtausch tritt in Kraft; DDR hat 17.003.646 Einw. / 1964 erfolgt erste Gutschrift für Häftlingsfreikauf in Höhe von 340.000 DM, dieses Geld wird zum Einkauf von Apfelsinen verwendet (Mitteilung von Rechtsanwalt Vogel) / 1963/64 verlassen 84.508 Menschen die DDR, 58.677 mit Ausreisegenehmigung der DDR-Behörden / 1964 hat die DDR 1 Mrd. VM Valutaschulden
1965	Jan./Feb.	01.01.: 2. Stufe der Industriepreisreform beginnt / 25.02.: Volkskammer beschließt das Gesetz über das Vertragssystem in der sozialistischen Wirtschaft, Tod B. Leuschners
1965	März/April	April: Gruppe um G. Mittag bewertet Arbeit der SPK als richtig
1965	Mai/Juni	15.06.: Kurzinformation des Volkswirtschaftsrates über einige Probleme bei der Perspektivplanausarbeitung in halbstaatlichen, Privat- und Handwerksbetrieben
1965	Juli/Aug.	15.07.: Kritik an der SPK durch Gruppe um G. Mittag / Sommer: Ulbricht versammelt auf Vilm engen Kreis des SED-PB ohne Planungschef E. Apel um sich
1965	Sept./Okt.	17.09. DDR-Delegation ohne E. Apel (statt dessen mit Neumann) nach Moskau: Verhandlungen über langfristigen Handelsvertrag DDR-SU, der über 40% des Außenhandelsumsatzes der DDR bindet / Okt.: Nicht mehr die SPK (E. Apel), sondern der Volkswirtschaftsrat (A. Neumann, Gegner des NÖSPL) für Perspektivplanung zuständig
1965	Nov./Dez.	27.-30.11.: Blitzbesuch Breshnews in der DDR / 30.11.: SED-PB-Beschluß über 2. Etappe des NÖS (von Mittag und Stoph redigiert) / 01.12.: Zwangsumtausch bei DDR-Einreise gültig / 02.12.: Kontroverse im SED-PB zwischen Rumpf (Finanzminister) und Apel über nicht bilanzierte Pläne / 03.12.: Wirtschaftssekretär E. Apel begeht Selbstmord, am selben Tag 'Fünfjahresabkommen für die wirtschaftliche sowie die w.-t. Zusammenarbeit' zwischen der DDR und der SU unterzeichnet (von Neumann und Patolitschew) / 15.-18.12.: 11. SED-ZK-Tagung, Honecker preist das Wirtschaftsabkommen mit der SU und feiert, daß 'uns die Entwicklung moderner elektronischer Geräte ohne die sonst notwendigen Importe aus kapitalistischen Ländern' durch sowj. Lieferung von Halbleiterbauelementen ermöglicht wird und sowj. Versorgung mit gesteuerten Starkstromgleichrichtern aus Silizium, 'so daß wir auf diesem Gebiet keine Forschung und Entwicklung durchzuführen brauchen', Ulbricht verkündet Beginn der 2. Etappe des NÖS / 22.12.: Auf Auflösung des Volkswirtschaftsrats der DDR, 9 Industrieministerien eingerichtet; Planvorgabe im DDR-Wohnungsbau bis 1965 zu 73,6% erfüllt Ende 1965 ist entschieden, daß DDR weniger Rohstoffe und Getreide aus der SU bekommen wird / 1965 beträgt die Valutaschuld der DDR ca. 1 Mrd. DM, werden die sowj. Erdöllieferungen in die DDR beträchtlich erhöht
1966	Jan./Feb.	14.01.: Staatsratsbeschuß über Vereinfachung der staatlichen Wirtschaftsführung
1966	März/April	März: Schürer wird Vors. Der Paritätischen Regierungskom. DDR/SU, in ausgewählten VVB wird die Produktionsfondsabgabe eingeführt / 09.04.: Erster arbeitsfreier Sonnabend in der DDR
1966	Mai/Juni	23.05.: DDR-Minister für Elektrotechnik und Elektronik Steger stellt Rückstand von 6 Jahren in der Halbleiterproduktion fest (Bericht über SU-Reise, SAPMO-Barch, DY 30/ J IV 2/202 - 35) / 23./24.06.: Konferenz über Rationalisierung und Standardisierung
1966	Sept./Okt.	01.09.: Mieterhöhungen für Neubauwohnungen angekündigt / 15.09.: Kommerzielle Koordinierung (KoKo) offiziell etabliert / 15.-17.09.: 13. SED-ZK-Tagung: Mittag wird Mitglied des PB; zentrale Vorgaben von ca. 1.000 Kennziffern auf ca. 370 reduziert, Grundmittel umbewertet, Industriepreise erhöht: 'Mit dem 01.01.67 wird im Ergebnis der Industriepreisreform die ökonomische Situation realer sichtbar...., ist Schluß mit der Verschleierung der wirklichen Kosten' (Mittag)
Eintritt in die Juglardepression		
1966	Nov./Dez.	23.11.: 2. Änderung und Ergänzung des Arbeitsgesetzbuchs / Dez.: SED-ZK-Tagung: Ulbricht kritisiert Plankommission und VVB wegen Verletzung der Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung / 1966 werden in der DDR 65.300 Wohnungen neu und ausgebaut, wird der Ingenieur-Technische Außenhandel (ITA) gegr., der den DDR-Waffenhandel betreiben wird 1966/67 erfolgt erster großer Einbruch in der westdt. Wirtschaftsentwicklung.
1967	Jan./Feb.	01.01.: 3. Stufe der Industriepreisreform in der DDR beginnt; besonders seit 1967 werden Investitionen in 'strukturbestimmende Zweige' der DDR-Volkswirtschaft (240 Vorhaben) forciert - ohne Rücksicht auf die Bilanzen des 5-Jahrplans 66/70 / Jan.: Schalck-Golodkowski übernimmt Bereich KoKo / 19.01.: Zwischenberichterstattung der Arbeitsgruppe Wirtschaft / 02.02.: Ver-

		ordnung über Produktionsfondsabgabe für alle Betriebe / 14.02.: „Konzertierte Aktion“ in der BRD beginnt Im ersten Quartal 67 erreicht die Depression ihren Tiefpunkt
1967	März/April	20.03.: SED-PB stellt „in den letzten Jahren eingetretene Stagnation im Warenaustausch“ SU-DDR fest (Vorschläge zur Kooperation mit der UdSSR) / 03.-04.4.: Langfristiges Wirtschaftsabkommen DDR-SU abgeschlossen / 17.-22.04.: 7. SED-Parteitag: Ulbricht beschwört erneut 'Wechselverhältnis zwischen Planung und Markt': „Wer den Markterfordernissen nicht genügt, kann auch den gesellschaftlichen Erfordernissen nicht entsprechen.“ Damit werde aber nicht 'zur kapitalistischen Marktwirtschaft übergegangen'. Auf dem Markt „erweist sich, inwieweit die im Plan vorausbestimmte, unmittelbar gesellschaftliche Arbeit sich in der konkreten Realität als solche bestätigt“. Ulbricht tritt für gerichtliche Konkursverfahren ein, die er 'Stabilisierungsverfahren' nennt, und verlangt von Schürer die Planung von Wachstumsraten zwischen 8 und 10%, Ulbricht erklärt das ÖSS zum 'Kernstück des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus' / 27.04.: Beschluß über Tätigkeit der Produktionskomitees
1967	Mai/Juni	03.05.:DDR-Ministerrat beschließt 5-Tage-Woche ab 28.08.67 mit 43% Std. / 10.05.: Gesetz zur Förderung der Stabilität, des Wachstums der Wirtschaft in der BRD angenommen / Mai: Gesetz über Perspektivplan bis 1970 in der DDR / 08.06.: Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom Bundestag beschlossen auf den Hilferuf des ägyptischen Oberkommandos stellt die DDR Jagdflugzeuge, Raketen und Panzer zur Verfügung
1967	Juli/Aug.	Juli: 2. SED-ZK-Tagung beschließt, Kombinate zu bilden / 28.08.: Einführung der 5-Tage-Woche in der DDR
1967	Sept./Okt.	14.09.: Verordnung über Wohnraumlenkung
1967	Nov./Dez.	01.12.: Volkskammer beschließt Staatsbankgesetz / 13.12.: Verordnung über Bildung der Industrie- und Handelsbank 1967 wird das Brit. Pfund um 14,3% abgewertet / 1955-1967 erhöht sich das Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer in der DDR um 53% (BRD: 136%) / 1967 richtet M. Seidel, Stellv. Schalcks, das Konto 528 ein / seit 1967 duldet der DDR-Staat stillschweigend, daß DDR-Bürger im Intershop Devisen anbieten (obwohl das Devisengesetz von 1956 ausländische Valuta im persönlichen Eigentum verbietet)
1968	Jan./Feb.	01.01.: Mehrwertsteuer in der BRD eingeführt / 12.02.: Schürer informiert Ulbricht über Baibakows Bericht zu einer Japan-Reise
1968	März/April	01.03.: Verordnung über Standortverteilung von Investitionen / 22.04. Staatsrat beschließt „weitere Maßnahmen zur Gestaltung d. ökonomischen Systems d. Sozialismus“ (ÖSS)
1968	Mai/Juni	Mai/Juni: 9 Mill. im Generalstreik in Frankreich / Juni: Grundsatzregelung zur Gestaltung des ÖSS
1968	Juli/Aug.	01.07.: Rentenerhöhung tritt in Kraft (Staatsratsbeschuß v. 15.03.68) / Verwirklichung der Zollunion der EWG (Wegfall der Binnenzölle, gemeinsamer Außenzoll eingeführt);
1968	Nov./Dez.	15.11.: Volkskammer verabsch. Versicherungsgesetz f. d. Wirtschaft / 28.11.: Gesamtnat. Streik der Metallarbeiter Italiens
1969	Jan./Feb.	22.-23.01.: Konferenz der „Schrittmacher und Neuerer der Wirtschaft“ in Halle
Eintritt in die Juglarerholung		
1969	März/April	05.03.: Bericht G. Schürers über Besuch einer sowj. Delegation: „...vermittelten den sowj. Genossen die Überzeugung, daß unser System nichts mit Liberalisierung und freier Marktwirtschaft zu tun hat, sondern auf fester marxistisch-leninistischer Grundlage beruht.“
1969	Mai/Juni	12.05.: Volkskammer beschließt Staatshaftungsgesetz
1969	Juli/Aug.	27.08.: Erhöhung des staatlichen Kindergeldes: 3. Kind 50 M/monatl.
1969	Sept./Okt.	10.09.: Ministerrat beschließt Energieverordnung / 08.10.: Am Tage nach dem 20. DDR-Jahrestag erfolgen in Berlin Stromabschaltungen (Ulbrichts „großer Sprung“ führt zum Energiemangel)
1969	Nov./Dez.	Ende 1969 gründet Siegfried Kath ein Geschäft für Antiquitäten in Pirna. / Berufstätige DDR-Bevölkerung 1969: 8,17 Mill, davon Arbeiter und Angestellte: 6,84 Mill.(83,7%); Genossenschaftsbauern: 0,79 Mill. (9,6%); PGH-Mitglieder: 0,23 Mill. (2,8%); Private Handwerker: 0,17 Mill.(2,1%); freiberufl. Tätige, Bauern, Gärtner: 0,07 Mill. (0,9%); Komplementäre und Kommissionshändler: 0,04 Mill. (0,5%); Private Händler: 0,03 Mill. (0,4%)
1970	Jan./Feb.	1969/70: Katastrophaler Winter führt zu wirtschaftlichen Einbrüchen in der DDR
1970	März/April	12.03.: DDR-Ministerrat beschließt Verordnung über Kooperationsgemeinschaften
1970	Mai/Juni	Mitte Mai: Breshnew warnt DDR-Führung: 'Sie müssen sehr aufmerksam verfolgen die Frage des wirtschaftlichen Eindringens – könnte führen zu schweren Schäden' / Juni: 13. SED-ZK-Tagung kritisiert G. Mittag hinsichtlich der Planziele 1970, Mittag gibt beträchtliche Kostenüberschreitungen bei den besonders geförderten Investitionsvorhaben zu

P. Ruben: Über den Platz der DDR in der deutschen Geschichte
 - Tabelle zur Wirtschaftsgeschichte in sechs Juglarzyklen -

1970	Juli/Aug.	01.07.: Alle Exportwaren müssen <i>Made in GDR</i> tragen / 10.07.: Abkommen über Bildung der Internationalen Investitionsbank des RGW / seit Sommer 1970 wird im SED-PB an der Korrektur der Wirtschaftspolitik Ulbrichts gewerkelt / am 28.07. trifft sich Honecker heimlich mit Breshnew / 1970 scheitert die Zuckerrohr-Ernte in Kuba
1970	Sept./Okt.	08.09.: SED-PB beschließt ohne Ulbricht Korrektur der Wirtschaftspolitik, mehr als 75% der Automatisierungsvorhaben müssen abgebrochen werden, Mittags Standpunkt wird nicht akzeptiert, ÖSS wird kritisiert / 23.09.: Kommuniqué des DDR-Ministerrats: Korrektur der Planvorhaben 1970 nach unten / 25.09.: Ulbricht hält Ideenkonferenz zur Automatisierung ab / 21.10.: Breshnew lehnt Ulbrichts Forderungen nach Rohstoffen und Lebensmitteln ab
1970	Nov./Dez.	09.-11.12.: 14. SED-ZK-Tagung analysiert Erfüllung des Perspektivplans, Kritik an Ulbricht, Gewinnbeteiligung der stillen Gesellschafter auf 5% durch Steuer beschränkt, Mittag für 'Verstärkung des demokratischen Zentralismus' in der Wirtschaft, für 'klare und unmißverständliche Beauftragung der Betriebe und Kombinate' / 16.12.: Beschluß über Planung der Reproduktion der Grundfonds 1970 liegt der Anteil der Nettoinvestitionen am NE bei 16,1%, die Verschuldung der DDR im NSW bei 2,2 Mrd. VM / 1970 erfolgt Trendbruch in der Investitionsentwicklung der DDR / 1970 haben 53,6% der DDR-Haushalte Waschmaschinen / 1970 kann rd. die Hälfte der DDR-Kinder einen Schulhort besuchen / 1970 bestehen 4.458 PGH (245.378 Mitglieder), beträgt der DDR-Durchschnittslohn 748 M, rd. 11% der industriellen Bruttoproduktion kommen aus ca. 9.000 privaten oder halbstaatlichen Betrieben / 1970 hat der Intershop 4 - 6 Mill. Käufer gezählt, zahlt die DDR 8 Mrd. M an Subventionen
1971	Jan./Feb.	29.01.: Preissenkung für Textilien und Industriewaren
1971	März/April	1.03.: Erhöhung der Mindestlöhne und Mindestrenten / 25.03.: Ulbricht verwirft ZK-Konzeption des 5-Jahrplans 71/75, weil keine Strukturpolitik vorgesehen sei

4. Juglar: Mai 1971 bis Juni 1980 – Die kreditierte Sozialpolitik

Zeit	Wirtschaft
Eintritt in die Juglarprosperität	
1971 Mai/Juni	8. SED-Parteitag beschließt „Hauptaufgabe“ des 5-Jahrplans 71/75 / Honecker: Unsere Gesellschaft kann 'niemals mehr verbrauchen...', als produziert worden ist' / 24.06.: Volkskammer beschließt Direktive zum 5-Jahrplan 71/75
1971 Juli/Aug.	Aug.: SED-PB plant Verstaatlichungen bis 1975 zu strecken / 15.08.: USA heben Goldkonvertibilität des Dollars auf: 40 Mrd. Verbindlichkeiten gegen 10 Mrd. Goldbestand, Währungskrise
1971 Sept./Okt.	21.10.: Ministerrat beschließt privaten Wohnungsbau für Arbeiter und Kinderreiche / Herbst: SPK errechnet: Exportplan um 390 Mill. M verfehlt, Importe um 100 Mill. VM über Plan / Okt.: Erstes offizielles Handelsabkommen DDR-Japan
1971 Nov./Dez.	19.11.: Preisstopp für Konsumgüter verkündet / Dez.: 4. SED-ZK-Tagung bestätigt Verstaatlichungsplanung und beauftragt Blockparteien, positive Beispiele so zu schaffen, daß Komplementäre ihren Gesellschaftsanteil an einen VEB verkaufen / Dez.: Transitabkommen unterzeichnet / 1971 gibt es 5.658 Betriebe mit staatlicher Beteiligung (348.068 Beschäftigte), erhöht sich die DDR-Valutaschuld um mehr als 1 Mrd. DM / 1971 beträgt polnische Westschuld 1,1 Mrd. \$
1972 Jan./Feb.	22.01.: GB, DK und Irland unterzeichnen EG-Beitritt / 08.02.: SED-PB-Beschluß über schnelle Verstaatlichung / Im Feb. steht das sozialpolitische Programm Honeckers auf der Tagesordnung des SED-PB / 25.02.: SED-KL Apolda meldet: „Am 1. Mai marschieren Apolda rot“ (gemeint ist Verstaatlichung der Privatunternehmen) / Feb.: 11. LDPD-Parteitag mit Auftritt von Komplementären, die ihre Anteile dem Staat verkaufen wollen / Feb.: Honecker im PB: „Wir haben nicht die Absicht, die Schulden der DDR in zwei Jahren zurückzuzahlen.“ (Schürer vor der 10. ZK-Tagung, 08.-10.11. 89)
1972 März/April	07.03.: Beschluß über Feriendienst und Kuren / 02.04.: Visafreier Reiseverkehr zwischen der DDR und Rumänien
1972 Juli/Aug.	06.-07.07.: SED-ZK-Tagung schließt Verstaatlichung der privaten und halbstaatlichen Industriebetriebe ab: rd. 11.400 Industriebetriebe verstaatlicht, zu 85% sind die früheren Eigentümer die neuen Betriebsdirektoren Bis 31.07. reisen 4 Mill. DDR-Bürger nach Polen, 5,2 Mill. Polen in die DDR, 3,2 Mill. DDR-Bürger in die CSSR, 0,51 Mill. Tschechen in die DDR, in einzelnen Grenzstädten der DDR hat sich der Umsatz nahezu verdoppelt (im Plan nicht vorgesehen) / 01.01.72 - 31.07.72: DDR-Bürger führen nach Polen 130,7 Mill. M aus, Polen führen in die DDR 412,5 Mill. M ein, DDR-Bürger führen 230,4 Mill. M in die ČSSR aus, Tschechen führen in die DDR 59 Mill. M ein - bei einem Umtauschsatz von 100 Zloty = 20,92 M (+ 0,38 M Bankspesen) und 3 Kronen = 1 M
1972 Sept./Okt.	01.09.: DDR-Sozialpaket wird wirksam: Erhöhung der Renten, Mietensenkung auf knapp 1 M/m ² , Geburtengelder, bezahlte Freistellung bei Geburt auf 18 Wochen erweitert, 40-Stundenwoche für Mütter mit 3 und mehr Kindern / Sept.: Honecker veranlaßt Stoph, die Order zu erteilen, 'Möglichkeiten der erweiterten Kreditaufnahme zu prüfen' / 14.09.: Sindermann verfügt, KoKo erhält Status eines Devisenausländers (Auskünfte erteilt nur Schalck) / Sept.: Mielke bringt Konto 528, auf dem die Einzahlungen für den Häftlingsfreikauf erfolgen, in seine Verfügung / 12.10.: 63,5% der Dänen für EG-Beitritt
1972 Nov./Dez.	07.11.: Grete Wittkowski, Präsidentin der DDR-Staatsbank, formuliert streng vertrauliches Papier zu den Zahlungsbilanzproblemen der DDR: Die bis Ende 1973 vorgesehenen 5,9 Mrd. Negativsaldo bedeuten das 3,6fache des Exportvolumens, das verwendete NE ist höher als das erwirtschaftete / 09.-12.11.: 12. Tagung des Wirtschaftsausschusses DDR-VRP / 15.11.: Poln. Finanzminister informiert DDR: Polen geben in der DDR mehr Geld aus als DDR-Bürger in Polen, Bitte um Konsultation / 17.11.: geltender nichtkommerzieller Kurs: 1,- M = 4,78 Zloty / 23.11.: Stoph verfügt, daß alle Fagen bezüglich der Konten 528 (MfS) und 584 (SED-Führung) direkt durch Schalck zu behandeln sind / 13.12.: Wirtschafts- und Sozialrat der UN für Europa nimmt DDR auf / 1972 hat der Intershop 8 - 12 Mill. Käufer gezahlt (davon 50% DDR-Bürger / 1972/75: Angriff auf die Privatwirtschaft in der DDR
1973 Jan./Feb.	01.01.: GB, DK, Irland sind EG-Mitglieder (EG hat nun 9 Mitglieder) / 18.01.: Stoph verfügt, Kunstgüter im Werte von 55 Mill. VM aus DDR Museen zu verkaufen, die Museumsdirektoren weigern sich, nationales Kulturgut zu verkaufen / 22.02.: Schalck erhält Genehmigung zur Gründung der Kunst und Antiquitäten GmbH / 23.02.: DDR wird Mitglied der UNCTAD
1973 März/April	28.03.: Verordnung über Rechte und Pflichten der VEB / 24.04.: SED-PB beschließt, monatliche Information über die Entwicklung der Verschuldung der DDR im kapitalistischen Wirtschaftsgebiet abzufordern (von der ZK-Abt. Planung und Finanzen)
1973 Mai/Juni	01.06.: W. Halbritter informiert: Subventionierung der Verbraucherpreise von 8,8 Mrd. M 1971 auf 9,8 Mrd. M 1972 gestiegen, beim Verkauf von Südfrüchten werden für 1 VM 6 M realisiert / 07.06.: 1 \$ = 2,6725 DM / 28.06.: 1 \$ = 2,481 / zwischen dem 01.03.73 und 28.06.73 erfährt die DM folgende Aufwertungen: Gegen den französ. Franc um 5,3%, gegen den holländischen Gulden um 5,4%, gegen den Schweizer Franken um 9%, gegen den US-\$ um 12,8%, gegen den Yen um 13,1%, gegen die italienische Lira um 18,4%, gegen das englische Pfund um 20,3% / 29.06.: DM wird um 5,5% aufgewertet
1973 Juli/Aug.	01.07.: Sozialpolitische Maßnahmen treten in Kraft, Umtauschsatz 1 \$ = 2,60 M festgelegt (bisher: 1\$ = 2,88 M) / 03.07.: Brief der Staatsbankpräsidentin G. Wittkowski an Sindermann: 209 Mill. VM Fehlbetrag in der Zahlungsbilanz 1973 noch vorhanden, für den es keinen Lösungsvorschlag gibt, wegen der Importbeschlüsse könnten sich Belastungen von 400 bis 500 Mill. VM

		ergeben / 09.07.: Information über geglückte Preiserhöhung wegen Dollarabwertung wegen schon abgeschlossenen Geschäften mit Japan / 14.07.: Umtauschsatz auf 1 \$ = 2,35 M festgelegt / 21.07.: Umtauschsatz auf 1 \$ = 2,30 M festgelegt (entschieden vom Präs. d. DDR-Staatsbank als umgehende Reaktion auf die internationale Dollarabwertung mit der Bedingung: 1 M = 1 DM)
Eintritt in die Juglarrezession		
1973	Sept./Okt.	Sept.: W. Krolkowski ersetzt G. Mittag, der zur Regierung geht, um Sindermann ökonomisch zu stützen / 02.10.: SED-ZK-Tagung beschließt Vorlage eines Wohnungsbauprogramms 1976-1990 als Kern des sozialpolit. Programms, Bauminister Junker begründet das Programm, 750.000 Wohnungen sind fertigzustellen / Okt.: Krolkowski wird SED-ZK-Wirtschaftssekr. / Herbst: Grete Wittkowski wendet sich an W. Krolkowski, um vor Verzehr des NE und wachsender Auslandsverschuldung zu warnen
1973	Nov./Dez.	04.11.: Krolkowski läßt Schulden bis 1977/78 hochrechnen, die Hochrechnung im Nov. ergibt: Wenn die Erölpreisexplosion keine wirtschaftspolitischen Konsequenzen ergibt, werden 1980 20 Mrd. VM Schulden vorhanden sein (Mitteil. von Ehrensperger vor der 10. SED-ZK-Tagung im Nov. 89), diese Hochrechnung übergibt Ehrensperger, stellv. ZK-Abt.-lfr. f. Planung und Finanzen Krolkowski, der sie Honecker vorlegt, Honecker bestellt G. Ehrensperger zu sich und erklärt ihm, daß er an solchen Rechnungen und Ausarbeitungen ab sofort nicht mehr zu arbeiten habe, das Material bekomme er nicht wieder, und er habe zu veranlassen, daß in der Abt. alle Unterlagen dazu vernichtet werden („Das war der Anfang“, sagt Ehrensperger später der 10. ZK-Tagung im Nov. 89.), Ehrensperger läßt die Berechnungen wegen ihrer 'Explosivität' einziehen, Schürer stellt die Frage, ob die Staatsbank bereit sei, 'die Beschlüsse des VIII. Parteitag durchzuführen oder nicht' / 31.12.: DDR hat im NSW 2,81 Mrd. VM Forderungen, 6,80 Mrd. VM Verbindlichkeiten, davon 1,34 Mrd. VM bei westdt. und westberliner Kreditgebern / seit 1973 erhält die DDR über innerdt. Transferleistungen über 2 Mrd. DM/Jahr / Nov: Ölembargo / 1973 wird in der DDR die Kunst und Antiquitäten GmbH gegründet / 1971-1973 hat der Internshophandel 389 Mill. VM eingenommen (geplant waren für 1971-1975 408,5 Mill. VM, de facto werden sie sich auf 750 Mill. belaufen, für 1976-1980 ist 1 Mrd. VM zu erwarten, daher bisherige Regelung seit 1967 beibehalten, sonst machen andere die Gewinne) Seit 1973 konsumiert die DDR mehr Wert als sie produziert
1974	Jan./Feb.	01.01.: DDR wird 124. Mitglied der ILO
1974	März/April	März: Honecker weist Schalck an, ein Generalsekretärskonto zu errichten mit mindestens 100 Mill. DM zur ständigen freien Verfügung (Konto 0628), auf diesem Konto landen nun die Beträge zum Häftlingsfreikauf / März: Gesellschafter Siegfried Kath und Horst Schuster, Geschäftsführer der Kunst und Antiquitäten GmbH gründen die Antikhandel Pirna GmbH / 30.04.: Beschluß über „weitere Maßnahmen zur Durchführung des sozialpolitischen Programms des VIII. Parteitages“
1974	Mai/Juni	6 Wochen nach Gründung der Antikhandel Pirna GmbH sitzt S. Kath in Stasi-U-Haft wegen Unterschlagung von 19.000 M / Noch 1974 bearbeiten Bankexperten Bilanzprobleme verstaatlichter Betriebe, die z. T. gar nicht mehr existieren
1974	Juli/Aug.	01.07.: Preissenkungen für Damentextilien zu 10-30%
1974	Sept./Okt.	14.09.: Ausgabe neuer Banknoten „Mark der DDR“
1974	Nov./Dez.	20.11.: Anordnung über Planung der Volkswirtschaft 1976-1980 / 28.11.: Schalcks Stellv. Seidel an die Untersuchungsabt. der Stasibezirksverw. Dresden: Kath betrachtete die Firma... als seinen Privatbesitz (somit erreicht die KUA das Monopol) / Ende 1974: DDR-Bevölkerungsprognose durch A. Donda: Ende der 90er Jahre wird die DDR nur noch 15,9 Mill. Einw. zählen, 6,4% weniger als gegenwärtig / 1974 erreicht die KUA einen Ertrag von 11 Mill. VM
1975	Jan./Feb.	01.01.: Erhöhung des Mindesturlaubs von 15 auf 18 Tage tritt in Kraft / 30.01.: 1,15 Mill. Arbeitslose in der BRD (5%-Grenze überschritten) / 18.02.: Lome-Abkommen
1975	März/April	23.-25.04.: 6. Baukonferenz / nach dem Einmarsch in Phnom Penh wird die Nationalbank Kambodschas gesprengt, die Bevölkerung der Hauptstadt aufs Land geschickt, Reis anzubauen / im Frühjahr 1975 beauftragt Honecker Koziolk, Reinhold, Kunz und Stiemerling, die Zukunftsaussichten seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik zu untersuchen (Dies.: <i>Einige Grundfragen der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR und notwendige Maßnahmen zur weiteren Durchführung der vom VIII. Parteitag beschlossenen Linie der Wirtschafts- und Sozialpolitik</i> , unveröffentlicht): Preisexplosion für Roh- und Brennstoffe im RGW wird zu Mehrbelastungen in Höhe von 25 - 30 Mrd. M führen, Krolkowski nennt die Überlegungen 'Kapitulantenentum'
1975	Mai/Juni	30./31.05.: Kohle- und Energiekonferenz in Leipzig / 05.06.: 67,2% der Briten für Verbleib in der EG
1975	Juli/Aug.	28.08.: Beschluß über Intensivierung der Landwirtschaft
1975	Sept./Okt.	24.09.: OPEC-Konf. beschließt Preiserhöhung um 10%
1975	Nov./Dez.	1975 haben 73% der DDR-Haushalte Waschmaschinen, beträgt der Anteil der voll abgeschriebenen Ausrüstungen am Bruttowert 14,5% (er liegt bei 29,8 Mrd. M) / 1975 beträgt polnische Westschuld 8 Mrd. \$
Eintritt in die Juglardepression		
1976	Jan./Feb.	1976/80 muß die DDR 12 Mrd. M für Rohstoffimporte aus der SU mehr aufwenden als 1971/75 ohne analoge Höherbewertung ihrer eigenen Exportgüter / 15.01.: Direktive zum 5-Jahrplan 76/80 veröffentlicht / ab etwa 1976 forcierte Entwicklung der Mikroelektronik in der DDR, weil ihre Maschinen nicht mehr genügend konkurrenzfähig sind (fehlende mikroelektron. Steuerungen)

P. Ruben: Über den Platz der DDR in der deutschen Geschichte
 – Tabelle zur Wirtschaftsgeschichte in sechs Juglarzyklen –

1976	Mai/Juni	9. SED-Parteitag beschließt Direktive zum 5-Jahrplan 1976/80 / 25.06.: Arbeiterunruhen in Polen wegen Preiserhöhungen (Kreditschulden können nicht aus Investitionen bezahlt werden)
1976	Juli/Aug.	29.07.: Ministerrat beschließt Erhöhung der Mindestlöhne von 350 auf 400,- M ab 01.10.76, Rentenerhöhung auf 230,- M ab 1.12.76
1976	Sept./Okt.	20.10.: G. Mittag wird SED-ZK- Wirtschaftssekretär
1976	Nov./Dez.	2.11: Bereich KoKo Honecker und Mittag untergeordnet, damit ist die KoKo endgültig aus dem DDR-Regierungssystem ausgegliedert und ein selbständiger Dienstbereich unter Mittag / ab 1976 wieder Flexibilisierung der DDR-Wirtschaftspolitik gegenüber Handel, Handwerk und Gewerbe / wahrscheinlich ab 76 werden die ökonomischen Informationen der Volkskammer auf Weisung Mittags wegen Papiermangels eingestellt / 1976 beträgt polnische Westschuld 11,5 Mrd. \$
1977	März/April	10.03.: Mittag bestätigt 'Interne Ordnung für die Arbeit des Bereichs Kommerzielle Koordinierung' / April.: Bericht über aktuelle Zahlungsschwierigkeiten der DDR (so Schürer, Nov. 89 auf der 10. ZK-Tagung)
1977	Mai/Juni	16.06.: Volkskammer verabschiedet neues Arbeitsgesetzbuch / Juni: Schürer berichtet Honecker vom rapiden Steigen der DDR-Verschuldung
1977	Sept./Okt.	26.09.: Honecker verteidigt Intershopläden und kündigt Exquisitläden an
1977	Nov./Dez.	1977 entscheidet Mittag, daß der Ministerrat keinen Einblick in das Verhältnis zwischen produziertem und verbrauchtem NE erhält: „Wirtschaftspolitik wird im Apparat des ZK der SED gemacht und nicht im Ministerrat“ (entgegen Art. 76 der Verfassung von 1974) / 1977 beträgt polnische Westschuld 14 Mrd. \$ / 1977 explodieren die Kaffee- und Kakaopreise, die DDR schränkt die Importmenge ein.
1978	Jan./Feb.	01.01.: Neues Arbeitsgesetzbuch in Kraft
Eintritt in die Juglarerholung		
1978	Mai/Juni	Mai: Erneuter Hinweis auf Zahlungsprobleme der DDR, der DDR-Ministerrat kommentiert: „Die SPK macht die Zahlungsbilanz zum Maßstab der Wirtschaftspolitik. Der Maßstab der Wirtschaftspolitik muß aber die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik sein.“ (Schürer vor der 10. ZK-Tagung im Nov. 89) / 29.06.: SR Vietnam tritt dem RGW bei
1978	Juli/Aug.	31.08.: Eigenheimverordnung
1978	Sept./Okt.	04.10.: BRD erläßt Schulden der 30 ärmsten Länder der Welt / Okt.: erneute Beratung in der SED-Führung zur Zahlungsbilanz
1978	Nov./Dez.	Ende 1978 ist die Schuldengröße der DDR so hoch, daß neue Kredite zur Bezahlung der Zinsen aufgenommen werden müssen / 1978 erfolgt erneuter Trendbruch in der Investitionsentwicklung der DDR / 1978 beträgt polnische Westschuld 17,9 Mrd. \$ Das Experiment der Roten Khmer in Kambodscha, eine klassenlose Bauerngemeinschaft zu konstituieren, führt zu 1 bis 2 Mill. Toten, fast ein Drittel der Bevölkerung Kambodschas wird umgebracht
1979	Jan./Feb.	01.01.: Europäisches Währungssystem (EWS) tritt in Kraft, neue Währungseinheit Ecu / Feb.: Erneute Beratung in der SED-Führung zur Zahlungsbilanz
1979	März/April	13.03.: European Currency Unit geschaffen / 27.03.: OPEC erhöht Erdölpreis um 9% / März: Erste Hausbesetzung in Westberlin (Kreuzberg) als Protest gegen Wohnungsleerstand und Spekulation / 16.04.: Einführung von Forumschecks für Intershopläden
1979	Mai/Juni	21.06.: Verordnung über Technikpflege in der Landwirtschaft / 28.06.: OPEC erhöht Erdölpreis um 15%
1979	Juli/Aug.	
1979	Sept./Okt.	Westverschuldung der DDR erreicht 30 Mrd. VM
1979	Nov./Dez.	01.12.: Erhöhung der Mindestrenten tritt in Kraft / Anteil des RGW-Handels am Welthandel beträgt kaum 9% / 1979 beträgt polnische Westschuld 21,1 Mrd. \$
1980	Jan./Feb.	Ab 01.01. zahlt Bundesregierung jährliche Autobahnpauschale von 50 Mill. DM bis 1989
1980	Mai/Juni	20.06.: Hinsichtlich des Planansatzes für 1981 stellt Ehrensperger fest, „da zu dem Vorschlag, eine weitere Mrd. Valutamark Bankkredite bei kapitalistischen Banken aufzunehmen, in der Vorlage widersprüchliche Aussagen gemacht werden. Auf der einen Seite wird vorgeschlagen, in dieser Höhe Bankkredite aufzunehmen, andererseits wird eine Stellung... beigefügt, die eine solche Kreditaufnahme als 'unreal und nicht durchführbar' bezeichnet (Stellungnahmen der Staatsbank und d. Außenhandelsbank) / Juni: Erneute Beratung der SED-Führung zur DDR-Zahlungsbilanz

5. Juglar: Juli 1980 bis August 1989 – Die stille Partnerschaft mit der Bundesrepublik	
Zeit	Wirtschaft
Eintritt in die Juglarprosperität	
1980 Juli/Aug.	Mitte Juli beginnen auf der Danziger Werft Arbeitsniederlegungen / Aug. Gründung der Gewerkschaft Solidarnosc
1980 Sept./Okt.	19.-22.09.: Streik der Westberliner Reichsbahner / 21.10.: Russakow überbringt DDR ablehnenden Bescheid Breshnews zu Erdöllieferungen von 2 Mill. t (Reduktion von 19 auf 17 Mill. t) / Herbst: Mielke informiert Stoph, 'daß es in den wirtschaftspolitischen Abteilungen des ZK gegenüber der gesamten Weststrategie von EH und GM sehr gärt'
1980 Nov./Dez.	11.12.: Verordnung zur Nutzung von Sekundärrohstoffen / 1980 erläßt die DDR für 1 M Export 0,42 DM / Dez.: Versuch der Besetzung eines Hauses am Fraenkelufer, Westberlin, von Polizei verhindert, schwere Krawalle / 1980 betragen die DDR-Valutaschulden 25,3 Mrd. DM (nach einer andren Angabe 24,5 Mrd. VM); seit 1980 gibt es Beschlüsse der SED-Führung, den Schulden-'Sockel' wesentlich zu reduzieren / 1980 liegt der Bestand an voll abgeschrieben Grundmitteln in der DDR bei 39,5 Mrd. M / 1971-1980 hat Polen 58 Mrd.\$ importiert und 43 Mrd.\$ exportiert, also ein Defizit von 15 Mrd.\$, die Schuldensumme beträgt 23 Mrd.\$, Polen bekommt Ende 1980/Anfang 1981 keine Kredite mehr, erklärt seinen Kreditbedarf für 1981 auf 10,7 Mrd. \$
1981 Jan./Feb.	01.01.: Griechenland ist 10. Mitglied der EG / Es gilt 1 transferabler Rubel = 4,67 M / 26.02.: Bodennutzungsverordnung in der DDR
1981 März/April	24.03.: SED-PB beschließt, Zuwachs an Primärenergie zum größten Teil auf Braunkohlebasis zu realisieren, Fördermenge soll bis 87/88 auf 300 Mill. t gesteigert werden und dann für mehrere Jahrzehnte gehalten werden / Ende März wird Polen zahlungsunfähig / 10. SED-Parteitag stellt die Aufgabe, bis 1986 50.000 Roboter zu produzieren und in die Produktion einzuführen (20 Jahre nach der Roboter-Erfindung in Halle) / 24.04.: Mittag an Honecker über neue Anforderungen an die KoKo (militärische Ausrüstungen und Waffen zur Unterstützung der um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Länder) / 27.04.: Protokoll zwischen Polen und 15 Gläubigerstaaten über Stundung von 2,5 Mrd.\$ (460 westliche Banken hatten Polen kreditiert)
1981 Mai/Juni	11.06.: Stipendienverordnung: 200 M/monatl. mindestens
1981 Juli/Aug.	25.08.: W. Greß, Staatssekr. in der DDR-Plankom., an Mittag: Bei Beibehaltung der bisherigen Aussonderungsrate würde der Umfang der veralteten Ausrüstungen 1985 auf rd. 40 Mrd. M anwachsen; dadurch werden moderne Maschinen ungenügend ausgelastet, während der Reparaturaufwand steigt. Antwort Mittags: Alle Grundmittel, ob sie nun ihre normative Nutzungsdauer überschritten haben oder nicht, sind objektiv Bestandteil des Volksvermögens. Sie 'auf das effektivste zu nutzen hat uns der X. Parteitag zur Aufgabe gestellt'
1981 Sept./Okt.	01.09.: SED-PB beschließt internen Kurs 1\$ = 2,40 VM ab 1.01.82 (bisher: 1\$ = 1,80 VM bei 1 M = 1 DM) / 08.09.: SED-PB erhält Information der SPK: Import von 1 Mill. t Futtergetreide kostet die DDR im Durchschnitt 270 Mill. VM, bei Einschluß von Transport und Zinsen 405 Mill. VM, um diese 1 Mill. t zu refinanzieren, muß die DDR 1,3 Mrd. M ins NSW exportieren (somit bei Futtergetreide für 1 VM 3,21 M aufbringen, was aber nicht gesagt wird), PB entscheidet, die 24,5 Mrd. VM DDR-Verbindlichkeiten bis 1985 auf 12 Mrd. zu reduzieren (die DDR-Verbindlichkeiten bestehen zu mehr als 50% in US-\$, erwirtschaftet werden aber DM, so daß der \$-Anstieg die Probleme vermehrt) – durch jährliche Exportsteigerung um 12% und Importreduktion bis 1985 auf 90% des Standes von 1981 / 29.09.: Der polnische Botschafter schlägt der DDR vor, statt der bisher beschäftigten 20.000 polnischen Bürger vielmehr 40.000 oder mehr zu beschäftigen 21.10.: Russakow überbringt Breshnews Entscheidung, daß die Reduktion der Lieferung von 19 auf 17 Mill.t Erdöl aus der SU in die DDR nicht zurückgenommen werden könne. Honecker daraufhin: Die Reduktion um 2 Mill. t Erdöl „gibt einen solchen Rückschlag, daß die Stabilität der DDR nicht mehr gewährleistet ist“ (S. 20 der Niederschrift); Russakow: "Es besteht die Gefahr, daß die SU ihre gegenwärtige Stellung in der Welt nicht halten kann" – und: Am Vorabend des 75. Geburtstages von Leonid Iljitsch Breshnew kommt es „zu einer solchen Verschlechterung der Beziehungen“. Honecker: Sind es die 2 Mill. t Erdöl wert, „die DDR zu destabilisieren“? 27.10.: SED-PB beschließt Erhöhung des Kindergelds auf 100 M ab 3. Kind mit Wirkung vom 01.12.81, dazu sind 1981 noch 20,4 Mill.M nötig, 1982 dann 244,8 Mill. M, am selben Tag stellt das SED-PB fest: Nach dem bisherigen Regierungsabkommen entstehen der DDR für die Beschäftigung eines polnischen Werkstätigen jährliche Mehraufwendungen von rd. 6.000 M im Vergleich zum DDR-Beschäftigten, außerdem nehme Polen nicht mehr traditionelle DDR-Exportgüter im vereinbarten Umfang ab, Entscheidung über polnisches Angebot erst, wenn die Bezahlung geklärt ist, außerdem wird die DDR keine Solidarnosc-Aktivisten dulden (SAPMO-BArch, DY 30 / J IV 2 / 2 / 1916)
1981 Nov./Dez.	Ende 1981 ist Nettoverschuldung der DDR bei der BIZ auf fast 8 Mrd. \$ angewachsen, dazu noch 2 - 3 Mrd. \$ Lieferantenkredite – die DDR nähert sich Grenzen der internationalen Kreditwürdigkeit
1982 Jan./Feb.	01.01.: SED-PB-Beschluß 1 \$ = 2,40 VM in Kraft (bisher: 1 \$ = 1,80 VM), Richtungskoeffizient für den NSW-Export von 160% auf 95% gesenkt, für BRD und Westberlin von 120% auf 90% (Beschluß des SED-PB vom 01.09.81) / 04.01.: Die IMES Import-Export GmbH nimmt ihre Geschäfte auf (Waffenhandel), die Partner der IMES werden durch die HVA des MfS geprüft

1982	März/April	25.03.: Volkskammer beschließt Vertragsgesetz für die Wirtschaft
1982	Mai/Juni	18.06.: Rückführung des Swing-Kredits auf 600 Mill. M bis zum 01.01. 1985 beschlossen / Ende Juni entwickelt sich internationaler Kreditboykott gegen die DDR, jetzt unterstützt Stoph die SPK und fordert „einschneidende Maßnahmen zur Änderung der Wirtschaftspolitik“, er wird von Honecker zurückgewiesen: „Die Worte über einschneidende Maßnahmen wollen wie hier nie wieder hören.“ (Schürer vor der 10. ZK-Tagung im Nov. 80)
1982	Juli/Aug.	1982 bringen japan. Firmen den 64 K Ram-Chip auf den Markt und können ihn für 125\$ verkaufen
1982	Sept./Okt.	01.09.: Mielke-Befehl 'Zur politisch-operativen Sicherung des Bereiches Kommerzielle Koordinierung im Ministerium für Außenhandel'
Eintritt in die Juglardepression		
1982	Nov./Dez.	11.11.: Beschluß über Agrarpreisreform / 1982 kann Mexiko seine Schulden nicht mehr bezahlen / DDR erreicht mit 276 Mill. t Braunkohlenprod. die bisher höchste Förderung / 1982/83 wird Großaktion zur Ablösung des Erdöls durch Rohbraunkohle begonnen / 1982 beliefert die IMES Iran mit Waffen, der Irak bezieht seine DDR-Waffen von ITA / 1982-1985 erzielt die DDR bedeutende Exportüberschüsse wegen der günstigen Lage beim Export erdölabhängiger Produkte in der BRD (Schürer vor dem 10. Plenum des SED-ZK im Nov. 89)
1983	März/April	02.03.: Handelsabkommen DDR-VR China unterzeichnet / 30.03.: W. Krolkowski unterrichtet Moskau, 'daß die Zahlungsfähigkeit der DDR in Gefahr' sei
1983	Mai/Juni	Anfang Juni: Schalck präsentiert Strauß eine 11seitige Botschaft Honeckers / 29.06.: Bundesregierung verbürgt 1 Mrd. DM Kredit für die DDR (die 4 Mrd. DM Schulden gegenüber Bonn hat), mit dieser Zusage läßt Honecker das 'Zürcher Modell' (dt.-dt. Bank in der Schweiz mit dem Tausch von Kredit im Umfang von 3-4 Mrd. DM gegen Humanität) fallen
1983	Nov./Dez.	22.12.: Honecker im Interview für Révolution: Die „entwickelte sozialistische Gesellschaft braucht „Familienbetriebe mit 10 bis 15 Angestellten“ und wird sie „auch in Zukunft haben“ / 30.12.: Westberlins Senat übernimmt S-Bahn-Streckennetz / 1983 beliefert IMES Iran mit Schützenwaffen, Munition und Treibladungsmittel, Irak mit gepanzerten Fahrzeugen, Geschützen, Munition und Brückenlegern
1984	Jan./Feb.	09.02.: Honecker übergibt zweimillionste Wohnung
1984	Mai/Juni	Seit 1984 kann die DDR 11-13 Mill. t Öl exportieren
1984	Juli/Aug.	10.-11.07.: OPEC beschließt Tagesproduktion von 17 Mill. Fässern bei 29\$/Faß / 25.07.: Bundesregierung verbürgt 950 Mill.-Kredit für DDR, die im Gegenzug den Umtauschsatz für Rentner senkt
1984	Sept./Okt.	21.09.: Schalck sendet Mittag Bemerkungen zur SED-PB-Vorlage 'Realisierung der Motoren-Konzeption für die Pkw Wartburg und Trabant' und bestätigt, daß Übernahme der VW-Motorenreihe sehr günstig liegt / 31.10.: OPEC beschließt Drosselung auf 16 Mill.Faß Tagesproduktion
1984	Nov./Dez.	12.11.: DDR schließt Vertrag mit dem Volkswagen-Werk über Lieferung einer Produktionsstraße für die a-Motorenreihe, das Unternehmen ist mit 4 Mrd. M kalkuliert (das geplatze Geschäft mit Skoda war mit 7 Mrd. M kalkuliert), auf Lizenz für Vergaser der VW-Motoren wird verzichtet / 1984 sind mehr als 66% der DDR-Exporte in OECD-Länder Grundstoffe (Erdöl, Ölderivate, chemische Produkte), Investitionsgüter machen 19% aus, der Rest: Konsumgüter und landwirtschaftl. Produkte
Eintritt in die Juglarrezession		
1985	März/April	20.03.: Schalck schlägt Mittag vor, der KUA den Export von Postwertzeichen zu übertragen / 21.03.: Ehrensperger, Ltr. d. SED-ZK-Abt. Planung und Finanzen lehnt gegenüber Mittag den SPK-Entwurf zum 5-Jahrplan 86/90 ab, Mittag setzt sich darüber hinweg / 12.04.: Schalck informiert Mielke über spezielle Auslandsverbindungen der KoKo 'zu Firmen und Einrichtungen sowie Personen im' NSW in besonderen Spannungssituationen (es werden 83 westlich Kontaktpersonen genannt) / April: Gorbatschow erklärt, die Rolle von Gosplan muß grundlegend geändert werden
1985	Mai/Juni	Juni: Honecker erklärt: Ein Experimentierfeld ist unsere Ökonomie nicht
1985	Juli/Aug.	05.07.: DDR und BRD vereinbaren, den Swing auf jährlich 850 Mill. VE für 1986 bis 1990 festzulegen / Juli: Strafverfahren gegen Helmuth Meissner eingestellt, bei dem Steuerfahnder Antiquitäten im Werte von 6 Mill. M pfändeten und der eine Steuer-nachforderung von 6.552.598 M erhielt; Meissners Eigentum verschwindet in der KUA und taucht als Devisen in der KoKo wieder auf
1985	Nov./Dez.	10.12.: Seidel, Stellv. Schalcks an Farken, KUA: Es dürfen keine Rückschlüsse über die Herkunft der Waren gezogen werden können 1985 produziert die DDR 310 Mill. t Braunkohle (Aktion zur Ablösung des Erdöls durch Braunkohle). / Bis 1986 gelingt es der DDR, die Verschuldung konstant bei 28 Mrd. VM zu halten / Seit Jahreswende 1985/86 Zusammenbruch der Erdölpreise / 1985 erläßt die DDR für 1 M Export 0,35 DM, betragen ihre Valutaschulden 30 Mrd. DM; 1985 hat die DDR-Wirtschaft 5,2 % Zuwachs
1986	Jan./Feb.	01.01.: Spanien und Portugal sind EG-Mitglieder (nun 12 Mitglieder insgesamt) / Anfang 1986 kann die DDR den 64 K RAM-

P. Ruben: Über den Platz der DDR in der deutschen Geschichte
 – Tabelle zur Wirtschaftsgeschichte in sechs Juglarzyklen –

		Chip herstellen, der nun 0,30 \$ kostet;
1986	März/April	März: DDR hat noch 3,7 Mrd. \$ Schulden und unterhält bei westlichen Banken mehr als 6,5 Mrd. M Guthaben
1986	Mai/Juni	15.05.: Schürer erhält den Auftrag, Vorschläge zur Halbierung des 'Sockels' (der Schulden) zu unterbreiten – Honecker empfangt Schürer nicht zu dem von ihm erbetenen Gespräch, Stoph setzt durch, daß Schürers Vorschläge im SED-PB vorgelegt werden, Honecker läßt dazu eine Stellungnahme von Mittag begeben, Schürers Vorschläge werden zurückgewiesen (dokumentiert bei Hertle: <i>Vor dem Bankrott der DDR</i> , Berlin 1991)
1986	Juli/Aug.	04.07.: Völklinger Hütte, Saar, stellt Roheisenproduktion ein
1986	Sept./Okt.	29.10.: Der KUA-Chef J. Farken bittet um Belegfreiheit für die Verkäufer von Antiquitäten (Steuer-Freigrenze für Kunstgegenstände liegt bei 50.000 M)
1986	Nov./Dez.	1986 büßt die DDR 1,5 Mrd.\$ an Devisenerlösen aus dem Export der Mineralölprodukte ein, durch steigende Importausgaben nimmt Verschuldung nun rasch zu / 1986 öffnen sich die Tresore der DDR-Staatsbank zum Verkauf von Hitler-Briefmarken durch die KUA / 1986 gehen die Exportüberschüsse der DDR zurück
1987	Jan./Feb.	18.02.: 'Bericht über die Lage der Nation im geteilten Deutschland' schätzt Produktivitätsrückstand der DDR auf 50%
1987	Mai/Juni	11.05.: Gespräch Schalcks mit Strauß / Mai: Mittag muß in das Geschehen beim neugebauten VEB MEGU Leipzig eingreifen, da der Plan für die Produktion von Motorengußmetall (von Japanern gebaut) nicht erfüllt wird (als die ersten Wartburgs mit VW-Motoren angeboten werden, hat das Pkw-Projekt mehr als 10 Mrd. M gekostet) / 21.-22.05.: 13. Bauernkongreß tagt in Schwerin
Eintritt in die Juglarerholung		
1987	Juli/Aug.	„In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre reagierte die Spitze der Staatssicherheit geradezu seismographisch auf die Probleme der DDR-Wirtschaft“ (Przybylski: <i>Tatort Politbüro</i> , Bd. 2, S. 223) / 19.07.: Honecker gibt Einverständnis zu IMES-Waffengeschäften mit dem Iran
1987	Sept./Okt.	
1987	Nov./Dez.	11.11.: Ehrensperger an das SED-PB: „Die Zahlungsbilanz mit dem NSW weist eine weitere Erhöhung des Sockels von 35,5 Mrd. VM Ende 1987 auf 38,5 Mrd. Ende 1988 aus.“ / Ende der 80er Jahre liegt das Durchschnittsalter der industriellen Produktionsanlagen der DDR bei 18 Jahren (BRD: 8 Jahre) / 1987 erreichen DDR-Valutaschulden die Höhe von fast 35 Mrd. DM / 1987 hat die DDR-Wirtschaft 3,56% Zuwachs
1988	März/April	01.03.: Katharina Witt erhält das Angebot der Firma FENA CREATION, eine Porzellanfigur von ihr anfertigen zu lassen mit 1,50 DM pro Stück für sie und 1,- DM für einen wohlthätigen Zweck ihrer Wahl, die KoKo ist erfreut über das Angebot / Anfang April weist Mittag Honecker erstmals auf Problem der Zahlungsfähigkeit der DDR hin / 04.04.: Neue staatliche Fixierung: 100 DM = 35,64 Rbl. / 06.04.: Schalck-Vize Seidel: Farken ist beauftragt, sofort Kontakt mit der Firma FENA CREATION aufzunehmen / 26.04.: Schürer reicht Reformvorschläge ein, am 18.05. vom PB mit Hilfe Mittags ohne Grundsatzdebatte abgelehnt
1988	Mai/Juni	05.05.: Gespräch Schalcks mit Strauß (dieser rechnet mit noch etwa 20 bis 30 Jahren DDR-Existenz) / 18.05.: SED-PB debattiert Schürers und Mittags 'Überlegungen zur weiteren Arbeit am Volkswirtschaftsplan 1989 und darüber hinaus', Honecker: Was ich denke, hat Gen. Mittag aufgeschrieben / 02.06.: Honecker erklärt Bereitschaft, Juden zu entschädigen / 25.06.: Aufnahme von Beziehungen zwischen EG und RGW vereinbart
1988	Juli/Aug.	Vom 01.01. bis 31.07. verlassen 3.596 Menschen die DDR (keine Rückkehr oder Flucht über andre RGW-Staaten) / 15.08.: DDR und EG nehmen diplomatische Beziehungen auf
1988	Sept./Okt.	12.10.: Die Dreimillionste Wohnung wird übergeben / Okt./Nov.: Schalck kauft ohne Wissen Mittags für 593,2 Mill.DM Gold – wahrscheinlich, um das Ende der DDR hinauszuschieben
1988	Nov./Dez.	08.11.: US-Präsident Bush erklärt im Figaro, 'die Sowjetunion nicht von zu großzügig bemessenen Krediten profitieren (zu lassen)' / 22.11.: Beratung bei Honecker über Wirtschafts- und Staatshaushaltsplan auf Wunsch W. Stophs, Honecker für Streichung von 2 Mrd. M im Sonderbereich (DDR schöpft 240 Mrd. M NE pro Jahr, wovon die NVA 12,8 Mrd., das MfS 3,7 Mrd. verbraucht), aber keine Streichung beim Sold, auch nicht im Gehalt / Nov.: Außenhandelsminister G. Beil stellt fest, daß der Westexport zu 1,2 - 1,5 Mrd. VM in der Luft hängt, Außenhandelsbankpräsident Polze stellt fest, 'daß die Kreditwürdigkeit der DDR sinkt' / 09.12.: Schalck informiert Honecker über die sog. Parteifirmen und disponible Parteifonds: 'Es wird eingeschätzt, daß der disponible Fonds... eine Höhe von 129 Mill. DM erreichen wird' / 22.12.: J. Kuczynski verteidigt im ND die Subventionen 1988 hat die BRD 600.000 Landwirte, 1 Mill. weniger als 1946, liegt der Anteil der Nettoinvestitionen am DDR-NE bei 8,9% (1970 bei 16,1%), der Anteil der voll abgeschriebenen Ausrüstungen am Bruttowert der Ausrüstungen liegt bei 20,5% / 1988 erläßt die DDR für 1 M Export 0,23 DM / 1988 fließen dem GS-Konto 0628 11 Mill. DM zu
1989	Jan./Feb.	28./29.01.: Erneute Verteidigung der Subventionen (weil besser als eine Preis-Lohn-Spirale) durch J. Kuczynski im ND / Feb.: Schürer informiert E. Krenz über die DDR-Wirtschaftslage und den Plan, Honecker, Mittag und J. Herrmann aus der Parteiführung zu entfernen, Krenz: 'Wir müssen auf eine biologische Lösung warten' (im Hinblick auf Sowjetbotschafter Kotschemassow, der DDR-Reformen auch mit Honecker zu erreichen glaubt), 22.02.: Honecker teilt im SED-ZK-Sekretariat mit, daß in den ver-

P. Ruben: Über den Platz der DDR in der deutschen Geschichte
 - Tabelle zur Wirtschaftsgeschichte in sechs Juglarzyklen -

		gangenen 17 Jahren 3 Mill. Wohnungen neu gebaut worden sind, aber der effektive Zuwachs nur 1 Mill. betrage (Abriß von Altbausubstanz): „Wir haben sehr viel neu gebaut. Das andere haben wir verkommen lassen.“ (SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2039/86)
1989	März/April	März: DDR-Außenhandelsbankpräsident Polze stellt fest: Anwachsen des 'Sockels' bedeutet, die Kreditgeber haben a) die Zahlungsfähigkeit der DDR in ihrer Hand, sowie b) die Importhöhe der DDR / 01.04.: In der KoKo arbeiten 3.097 DDR-Bürger
1989	Mai/Juni	09.05.: Mittag an Honecker: Der 'Sockel' steigt von 35,7 Mrd. VM Anfang 1989 auf 47,4 Mrd. VM Ende 1990 / 16.05.: Im kleinen Kreis werden von Honecker Vorschläge zur Schließung der Schere zwischen Angebot und Nachfrage als allgemeine Preiserhöhung abgelehnt / 24.05.: Frankreich verzichtet auf Schuldentrückzahlung von 35 afrikanischen Staaten (auf 16 Mrd. Francs)
1989	Juli/Aug.	Juli: 8. SED-ZK-Tagung mit PB-Bericht, 'daß auf diesem XII. Parteitag die Fortsetzung des Kurses der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik bekräftigt wird' / 31.08.: Vogel und Priesnitz vereinbaren Pauschalierung, um vom Vorwurf der pro-Kopf-Rechnung beim Häftlingsfreikauf wegzukommen

6. Juglar: September 1989 bis Oktober 1998 – Konkurs und Abwicklung	
Zeit	Wirtschaft
Eintritt in die Juglarprosperität	
1989 Sept./Okt.	Mitte Sept.: Generaldirektor der Bank of Tokyo verlangt von Außenhandelsbankpräs. Polze Beurteilung über Auswirkung der Flucht so vieler Jugendlicher aus der DDR auf deren Wirtschaftskraft (75% der DDR-Finanzkredite stammen von japanischen Banken) / 18.09.: Schürer, Schalck und H. König formulieren 'Standpunkt zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit bis 1995/96'. / 29.09.: Schürer übergibt Mittag eine Analyse der Schuldenlage und ihrer Beherrschbarkeit, 'Geheime Kommandosache b5-1111/89': Wenn nicht Westexport von 14,1 Mrd. VM 1990 bis 24 Mrd. VM 1995 steigt, droht Zahlungsunfähigkeit (Westexport lag von 1979-1989 nie über 13,2 Mrd. VM im Jahr) / bis Anfang Oktober haben 1989 139.726 Menschen die DDR verlassen / 15.10.: Honecker bestätigt Finanzplan für die DKP im Jahre 1990 (15.250.00 DM aus Schalcks Kasse, 52,6 Mill. DM aus Hauptkasse des SED-ZK) / 17.10.: G. Mittag im SED-PB angegriffen / 24. 10.: Krenz gibt ungeschminkte „Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen“ bei Schürer (SPK) zur Vorlage im SED-PB am 31.10. in Auftrag : DDR hat Ende 1989 voraussichtlich 49 Mrd. VM Schulden, ein Stoppen der Verschuldung 1990 würde Lebensstandardsenkung um 25-30% erfordern, Produktivitätsrückstand gegen BRD wird auf 40% geschätzt (Analyse liegt am 30.10. vor)
1989 Nov./Dez.	01.11.: Krenz zu Gorbatschow: DDR hat 26,5 Mrd. \$ (49 Mrd. DM) Westverschuldung, die jährlichen Zinszahlungen von 4,5 Mrd. \$ vertilgen 62% des DDR-Exportlöses, wolle man das Lebensniveau auf die eigene Leistung gründen, müsse man es sofort um 30% senken, was politisch nicht zu verantworten ist, Gorbatschow erklärt, die SU könne nicht helfen / 06.11.: Krenz schickt Schalck nach Bonn mit Kreditwünschen der DDR in Höhe von 12 bis 13 Mrd. DM, die Bundesregierung knüpft die Zahlungsbereitschaft an politische Bedingungen (Aufgabe des Führungsanspruchs der SED, Zulassung der Opposition, freie Wahlen) / 08.11.: 10. SED-ZK-Tagung erfährt durch Krenz, daß die DDR rd. 20 Mrd. \$ Schulden habe, der Staatshaushalt 120 Mrd. M gegenüber dem inneren Kreditsystem, Ehrensperger, Ltr. d. ZK-Abt. Planung und Finanzen erklärt, „daß wir mindestens seit 1973 über unsere Verhältnisse gelebt haben“ / 09.10.: W. Jarowinsky stellt vor der 10. ZK-Tagung fest, daß die ihr gemachten ökonom. Vorschläge „im Jahre 1969 und 1970“ vorlagen: „Das ist damals mit einem Federstrich vom Tisch gefegt worden.“ Jarowinsky weiter: „Wir haben doch noch nie die Rechnung gemacht, was es die Volkswirtschaft wirklich kostet,... Wir haben doch eine reine Kommando- und Abführungswirtschaft... Wir haben dem Betrieb die Mittel weggenommen, die er braucht, um zu wirtschaften“ / 10.11.: G. Mittag aus dem SED-ZK ausgeschlossen / 14.11.: Schalck und Herta König an Modrow: Die von Schürer genannte Verschuldung ist um 12,6 Mrd. VM geringer (wegen bisher geheimgehaltener Guthaben), also Nettoverschuldung von 38 Mrd. VM (20,6 Mrd. \$) / 22.11.: Über die KUA wird der Exportstop verhängt / Ende Nov. geht C. Luft noch von 10 Mrd.\$ Schulden aus (eine öffentlich durch die BIZ Basel bekannte Größe) / Zwischen 1963 und 1989 sind für 33.755 freigeverkaufte Häftlinge sowie für 250.000 Familienzusammenführungen von der Bundesregierung mehr als 3,5 Mrd. DM gezahlt worden / 29.11.: Letzter Bericht Schalcks an die DDR-Regierung (über Treffen mit Seiters): Bildung eines gemeinsamen Devisenfonds für den DDR-Reiseverkehr ab 01.01.90 / 30.11.: Schalck teilt Modrow IMES-Geschäfte mit (von 1982 bis 1989 macht die IMES Gewinne in Höhe von 581,2 Mill. VM) / 02.12.: Schalck an Modrow: Zahlungsunfähigkeit der DDR wird Ende 89/Anfang 90 eintreten, KoKo wird von Modrow Außenhandelsminister Beil unterstellt / 05.12.: auf dem GS-Konto 0628 befinden sich noch 2.105.781.064,92 DM / 1946-1990 hat die SDAG Wismut 220.000 t Urankonzentrat produziert / 1989 gibt es in der DDR 9.744.800 Erwerbstätige / 1989 verlassen 343.000 Menschen die DDR (nach anderen Angaben: 388.000), zahlt die DDR 58 Mrd. Subventionen (seit 1970 um jährlich 7% gestiegen, während das NE vermutlich um 3-4% in derselben Zeit angewachsen ist)
1990 Jan./Feb.	15.01.: Ermittlungsverfahren gegen Mittag wird um den Tatbestand des Hochverrats erweitert / im Januar verlassen 70.000 Menschen die DDR / 12.02.: W. Ullman schlägt am Runden Tisch die 'umgehende Bildung einer Treuhand-Gesellschaft (Holding) zur Wahrung der Anteilsrechte' der DDR-Bürger am Volkseigentum vor / 13.02.: Modrow und Kohl vereinbaren Währungsunion, Kohl erfüllt Modrows Bitte um 15 Mrd. DM 'Solidaritätsbeitrag der BRD' zur Stabilisierung der DDR nicht
1990 März/April	01.03.: DDR-Ministerrat beschließt Umwandlung der Kombinate in Kapitalgesellschaften und Gründung der Treuhandanstalt (THA), deren Präsident P. Moreth (LDPD) wird / 07.03.: Gesetz über die Gründung und Tätigkeit privater Unternehmen von der Volkskammer gegen 2 Stimmen bei 18 Enthaltungen beschlossen (es gibt 1.300 Forderungen, Anträge und Anfragen zur Umwandlung in Volkseigentum von 1972) / 12.03.: W. Lindemann vor dem Runden Tisch: Oberster Grundsatz der Geschäftstätigkeit der KoKo war, maximal Devisen für die DDR zu erwirtschaften (Schalck gab an, 27,8 Mrd. VM an den Staat abgeführt zu haben) / März: Gerstenberger befindet über KoKo: 'Die Außenhandelsbetriebe des Bereichs leisteten eine gute, effektive kommerzielle Arbeit... Sie unterlagen regelmäßigen Revisionen und Rechenschaftslegungen' (bei Schalcks Flucht verfügt die KoKo über reichlich 5 Mrd. DM Rücklagen) / 13.03.: Lufthansa übernimmt 26%-Beteiligung an der Interflug (Urabstimmung: 91,4% der Interflugmitarbeiter dafür) / 19.03.: E. Pieroth erklärt, das Volkseigentum sei nur „Rückstiegsmodell in die Planwirtschaft“ / Ende März werden die ersten Rückübertragungen von Betrieben vorgenommen (1972 verstaatlicht)
1990 Mai/Juni	19.04.: MP De Maizière erklärt: Aufgaben der Treuhand so zu gestalten, daß damit ein Instrument zur Beeinflussung der Entflechtung volkseigener Betriebe und zur Überführung in geeignete Rechtsformen geschaffen wird / 10.05.: DDR-Ministerrat informiert über Absetzung der Generaldirektoren der rd. 130 Kombinate und erklärt, daß im Stabilitätsinteresse bisherige Leiter die Betriebe weiter führen können / 16.05.: Bund und Länder gründen den Fonds 'Deutsche Einheit' zur Sanierung der DDR-Wirtschaft mit einem Volumen von 115 Mrd. DM / 17.05.: Waigel und Rombach beschließen Reorganisation der THA: Erlöse aus dem Verkauf von Staatseigentum sollen den DDR-Staatshaushalt finanzieren / 18.05.: Rombach und Waigel unterzeichnen Vertrag über dt. Währungsunion, worin das Wort Treuhandanstalt nicht mehr auftaucht / 17.06.: Volkskammer beschließt THA-

		<p>Gesetz: „die unternehmerische Tätigkeit des Staates durch Privatisierung so rasch... wie möglich zurückzuführen“, der Terminus Volkseigentum verschwindet, die THA untersteht dem DDR-Ministerrat, nicht mehr der Volkskammer / 20.06.: Die West-Gruppe der sowj. Streitkräfte erkennt, daß die Einführung der DM der Armee über Nacht jeden Einkauf unmöglich machen wird und legt ihr Veto gegen die Währungsunion ein, Krause fährt nach Bonn, Kohl stellt 1,4 Mrd. DM zur Verfügung, die West-Gruppe besitzt zudem 400 Mill. M, gründet eine Bank, zahlt dieses Geld ein und bekommt es umgetauscht</p>
1990	Juli/Aug.	<p>01.07.: Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion BRD-DDR in Kraft, alle DDR-Betriebe werden zu GmbH und AG mit dem Zusatz „im Aufbau“ ernannt / 06.07.: Kommunalvermögensgesetz tritt in der DDR in Kraft (volkseigenes Vermögen, das kommunalen Aufgaben und Dienstleistungen dient, soll den Gemeinden, Städten und Landkreisen kostenlos übertragen werden) / 15.07.: R. M. Gohlke (SPD, Bundesbahnchef) übernimmt Vorsitz der THA / Beginn der ersten Phase der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs in 8 EG-Staaten / Juli: PDS übergibt der Kommission Parteivermögen die Gesamtaufstellung ihres Vermögens / 20.08.: Gohlke tritt zurück, D. K. Rohwedder (Hoesch-Chef) wird Präsident, J. Odewald übernimmt Vorsitz des Verwaltungsrats der THA / 31.08.: Dt.-dt. Einigungsvertrag unterzeichnet, Treuhandgesetz wird Bundesrecht</p>
1990	Sept./Okt.	<p>03.10.: Neue Bundesländer werden in die EG integriert / In der 2. Jahreshälfte erfolgen erste Betriebsschließungen in der DDR, es gibt erstmals offiziell Arbeitslose / Okt.: THA gibt <i>Leitlinien der Geschäftspolitik</i> heraus</p>
1990	Nov./Dez.	<p>11.11.: PDS will einen Großteil ihres Vermögens der THA zur Verfügung stellen / 12.11.: CDU-Bundesvorst. entscheidet sich gegen Steuererhöhungen zur Finanzierung d. dt. Einheit / Nov.: Polizei räumt besetzte Häuser in der Mainzer Str. in Ostberlin, Stadtteil im Belagerungszustand</p> <p>Ende 1990 gibt es in Ostberlin 128 besetzte Häuser / 66,7% befragter Ostdeutscher vertrauen Ende 1990 der sozialen Marktwirtschaft / 1990 verlassen 395.000 Menschen die DDR</p>
1991	Jan./Feb.	<p>31.01.: Von der THA sind rd. 500 Betriebe privatisiert worden / 19.02.: Bundesumweltminister Töpfer will 17 Mrd. DM für die Umweltsicherung in Osttdld. aufwenden / 25.02.: Regierungskoalition in Bonn beschließt Steuererhöhungen zum 01.07.92 zur Finanzierung des Golfkriegs und der dt. Einheit</p>
1991	März/April	<p>05.03.: Beschäftigte des öffentl. Dienstes in Osttdld. sollen ab 01.07.91 60% des Westniveaus erhalten / 08.03.: Bundesregierung beschließt 'Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost' und höhere Steuern zu seiner Finanzierung / 22.03.: Demonstrationen gegen Massenarbeitslosigkeit vor dem THA-Gebäude in Berlin / 27.03.: Rohwedder an die Mitarbeiter der THA: Schnelle Privatisierung – entschlossene Sanierung – behutsame Stilllegung / 01.04.: Rohwedder von RAF ermordet, 13.04.: B. Breuel wird Nachfolgerin / 09.04.: THA und Landesregierung Sachsen-Anhalt beschließen Investitionen von rd. 500 Mill. DM zur Sanierung von Leuna und Buna / 10.04.: In Eisenach rollt der letzte <i>Wartburg</i> vom Band / 23.04.: BVG entscheidet: Enteignungen in der SBZ bis 1949 sind nicht rückgängig zu machen / 30.04.: Letzter <i>Trabant</i> läuft vom Band</p>
1991	Mai/Juni	<p>16.05.: Abkommen BRD-SU über Beendigung der SDAG Wismut / Juni: Auflösung des RGW</p>
1991	Juli/Aug.	<p>Seit Sommer 91 wirtschaftliche Stagnation in Westtdld. / Aug.: Wismut GmbH legt Sanierungskonzept vor / 23.08.: Die <i>Zeit</i> teilt mit: Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Arthur Andersen & Co fand heraus, daß die KoKo SED-Eigentum gewesen sei; damit wären Schalcks Westfirmen im Werte von ca. 350 Mill. DM zu gemeinnützigen Zwecken in den neuen Bundesländern zu verwenden gewesen; im Interesse des Finanzministeriums bekam Andersen & Co den Wink, die letzte Fassung des Berichts noch einmal zu überarbeiten; die Prüfer tendierten nun dazu, „die Frage offenzuhalten“</p>
1991	Sept./Okt.	<p>01.10.: In Osttdld. treten deutlich höhere Mieten in Kraft</p>
1991	Nov./Dez.	<p>05.11.: <i>Treuhandinformationen 7</i> veröffentlichten <i>Insider-Regeln der Treuhandanstalt</i> / 11.11.: Zeiss Oberkochen übernimmt 51% der Carl Zeiss Jena GmbH und deren unternehmerische Führung / 25.11.: THA entscheidet sich für Riva S.p.A. (Mailand) als Käufer des Elektro-Stahlwerks Hennigsdorf / 31.12.: Ende des DFF (ehemals 14.000 Mitarbeiter)</p> <p>THA hat 5.210 Unternehmen und 6.052 Immobilien verkauft / 1991 verlassen 250.000 Menschen Osttdld. / Nettotransfer West-OstD 1991: 106 Mrd. DM / Polen erreicht 1991 81% der Industrieproduktion von 1989 (Tiefpunkt der Transformation)</p>
Eintritt in die Juglarrezession		
1992	Jan./Feb.	<p>7.02.: Außen- und Finanzminister der EG unterzeichnen in Maastricht Vertrag über Europäische Union</p>
1992	Mai/Juni	<p>01.05.: Grdg. der ersten beiden Management-Kommanditgesellschaften mit dem Ziel, Betriebe unterschiedlicher Branchen erst zu sanieren und dann zu verkaufen / 27.06.: Osttd. Bauminister und Bundesbauministerin Schwaetzer einigen sich auf Erhöhung der Miete um 2,10 DM/m² und 1 Jahr später nochmals um 0,60 DM / 30.06.: Treuhand-Niederlassung Schwerin beendet als erste ihre Privatisierungsaufgabe</p>
1992	Juli/Aug.	<p>01.07.: Kohl erklärt, der 'Aufschwung Ost' werde länger dauern als erwartet / Juli: 18. G7-Gipfel in München, Rußland hat 115 Mrd. DM Schulden</p>
1992	Sept./Okt.	<p>16.09.: GB verläßt das EWS / Sept.: Wismut GmbH legt überarbeitetes Sanierungskonzept vor (jährl. Aufwendungen des Bundes von rd. 800 Mill. DM in den nächsten 10-15 Jahren) / im Herbst beginnt in Dtd. Produktionsrückgang</p>
1992	Nov./Dez.	<p>31.12.: 11.043 Unternehmen, 10.311 Immobilien und 27.807 ha LNF sind privatisiert, formale Vollendung des Binnenmarkts in der EU / osttd. Industrieproduktion erreicht 31% des Niveaus von 1989 / 1992 erreicht das ostdeutsche Lohnniveau 70% des</p>

P. Ruben: Über den Platz der DDR in der deutschen Geschichte
 – Tabelle zur Wirtschaftsgeschichte in sechs Juglarzyklen –

		westdeutschen, 1,1 Mill. Arbeitslose in Osttd. / 1992 verlassen 199.000 Menschen Osttd. / Nettotransfer W-OD 1992: 114 Mrd. DM
1993	März/April	April: Kalibergwerk in Thüringen von der Belegschaft besetzt
1993	Juli/Aug.	01.07.: Kalibergwerker beschließen Hungerstreik / 01.08.: 10.000 Demonstranten gegen die Schließung der Grube Bischoffero- de / im Aug. sind von ehemals 9,8 Mill. Beschäftigten in der DDR noch 6,2 Mill. erwerbstätig, davon 500.000 in ABM
1993	Sept./Okt.	30.09.: BT beschließt auf Antrag der SPD, einen parlament. Untersuchungsausschuß zur Prüfung der THA zu bilden / 25.10.: Grundsteinlegung für ein 1.600 MW-Braunkohlenkraftwerk in Schwarze Pumpe mit knapp 5 Mrd. DM privatwirtschaftl. Investiti- on (die größte in Osttd.)
1993	Nov./Dez.	05.11.: In Dtd. mehr als 3,5 Mill. Arbeitslose registriert / Tschechien erreicht 1993 78% des Niveaus der Industrieproduktion von 1989 (Tiefpunkt der Transformation), Ungarn 79% / 16,5% befragter Ostdeutscher vertrauen Ende 1993 der sozialen Marktwirt- schaft / 1993 verlassen 172.000 Menschen Osttd. / Nettotransfer West-OstD 1993: 128 Mrd. DM
1994	Jan./Feb.	20.01.: Erster gesamttd. Armutsbericht durch DGB und Paritätischen Wohlfahrtsausschuß vorgelegt: In Dtd. leben 7,25 Mill. Arme, davon 2,6 Mill. in Osttd.
1994	März/April	22.03.: Erster gesamttd. Sozialbericht vom Bundeskabinett verabschiedet: Gegenüber 1993 sind die Sozialleistungen um 5,7% gestiegen / 29.04.: BT-Haushaltsausschuß beschließt Gesetz über Zukunft der THA, eine Bundesanstalt für vereinigungsbe- dingte Sonderaufgaben (BvS) soll am 01.01.95 die verbleibenden Tätigkeiten übernehmen
Eintritt in die Juglardepression		
1994	Mai/Juni	21.06.: Schalck-Untersuchungsausschuß legt Abschlußbericht vor: KoKo hat illegal Devisen in Höhe von 29 Mill.DM einge- nommen / 25.06.: Beitrittsverträge der EU mit Österreich, Schweden und Finnland in Korfu geschlossen
1994	Sept./Okt.	05.09.: Untersuchungsausschuß zur Arbeit der THA übergibt Abschlußbericht
1994	Nov./Dez.	31.12.: Ende der THA, 5 Nachfolgeorganisationen / Osttd. Industrieproduktion erreicht 1994 39% des Niveaus von 1989 / 1994 verlassen 163.000 Menschen Osttd. / Nettotransfer W-OD 1994: 126 Mrd. DM
1995	Jan./Feb.	01.01.: Finnland, Österreich und Schweden treten der EU bei (nun 15 Mitglieder)
1995	Mai/Juni	Bis Mai 1995 verlassen seit 1989 rd. 1,6 Mill. Menschen Osttd., im gleichen Zeitraum ziehen 554.292 Westdeutsche nach Osttd., so daß dieser Teil mehr als 1 Mill. verliert
1995	Nov./Dez.	15.-16.12.: Staats- und Regierungschefs der EU einigen sich auf den Namen Euro für die künftige gemeinsame Währung, die am 01.01.99 eingeführt werden soll / Dez.: Die BRD hat 2.000 Mrd. DM Schulden / Auslandsinvestitionen 1995 in Dtd.: 18 Mrd. DM / Dt. Investitionen im Ausland: 52 Mrd. DM; Diff.: - 34 Mrd. DM / Nettotransfer West-OstD 1995: 140 Mrd. DM
1996	März/April.	13.04. EU-Finanzminister einigen sich auf Euro –Einführung im Jahr 1999
1996	Mai/Juni	01.05. 4 Betriebe der Bremer Vulkan Verbund AG gehen in Konkurs
1996	Juli./Aug..	Aug.: Polizei räumt besetzte Häuser in der Charlottenburger Marchstr., in Westberlin gibt es nun keine besetzten Häuser mehr (die Hausbesetzerszene ist so charakteristisch für die Kondratieff-Depression) / In Ostberlin gibt es noch 3 besetzte Häuser (alle in Friedrichshain)
1996	Sept./Okt.	1996 hat Dtd. 82,012 Mill. Einw. (Osttd.: 15,428 Mill.)
1996	Nov./Dez.	13.-14.12.: Europäischer Rat verabschiedet Stabilitätspakt (Sanktionen für Haushaltssünder vorgesehen) / Auslandsinvestitionen 1996 in Dtd.: 1,1 Mrd. DM, dt. Investitionen im Ausland: 38 Mrd. DM; Diff.: -36,9 Mrd. DM / 1996 leben in Dtd. 82,012 Mill. Menschen (in Osttd.: 15,428 Mill. in West-Dtd.: 66,583 Mill.) In Osttd. leben 1,2 Mill. Menschen weniger als 1989, ein Rückgang um mehr als 7%, seit 1948 (19 Mill.) eine Bevölkerungsreduktion um 18,4%, zwischen 1948 und 1989 Rückgang um 12,1%, zwischen 1989 und 1997 Rückgang um 6,3% (bezogen auf 1948) / Nettotransfer W-OD 1996: 140 Mrd. DM
1997	Jan./Feb.	Jan.: In Osttd. sind 19% der Erwerbspersonen arbeitslos
1997	März/April	Goldreserven der Bundesbank: 95 Mill. Unzen
1997	Mai/Juni	Erdbevölkerung gegenwärtig: 5,85 Mrd. Menschen / Sturmflutwehr vor Rotterdam kostet 1,3 Mrd. DM / 1998-2001 werden in Dtd. mehr als 1 Bill. DM vererbt / 14.05.: Goldreserven der Bundesbank: 95 Mill. Unzen, bewertet zum Einkaufspreis von 144 DM/Unze; tatsächlicher gegenwärtiger Preis: 583 DM/Unze, formeller Wert also: 13,68 Mrd. DM, aktueller Marktwert: 55,385 Mrd. DM, Diff.: + 41,705 Mrd. DM / Mitte 1997 hat BRD einen Schuldenstand von knapp 2.200 Mrd. DM
1997	Juli/Aug.	Mitte 1997 erreicht der Schuldenstand der BRD die Größe von knapp 2.200 Mrd. DM / Meldung vom 06.08.: In Dtd. gibt es 216.000 Jugendliche ohne Lehrstelle / Westtd. exportiert 30% seiner erzeugten Güter, Osttd. 10%

P. Ruben: Über den Platz der DDR in der deutschen Geschichte
 - Tabelle zur Wirtschaftsgeschichte in sechs Juglarzyklen -

1997	Sept./Okt.	Westdtld. exportiert 30% seiner erzeugten Güter, Ostdtld. 10%
1997	Nov./Dez.	11.11.: Rüge: Verwertung und Vernichtung des Materials der NVA sind abgeschlossen / 30.12.: Beitrittsverhandlungen der EU mit osteuropäischen Ländern in Luxemburg eröffnet / 30.12.: Letzte Schicht auf der Elbwerft Boizenburg / Dez.: Arbeitslosigkeit in Dtl.: 4,522 Mill. (11,8%), in Westdtld.: 3,065 (9,9%), in Ostdtld.: 1,457 Mill. (19,4%) / 1997 hat Dtl. 1997 4,385 Mill. Arbeitslose (11,4%), von der Arbeitslosigkeit wirklich betroffen sind 7,27 Mill. Menschen, ist jeder 3. Obdachlose minderjährig, gibt es im Gebiet der ehemaligen DDR 6.163.000 Erwerbstätige (3.581.800 oder 37% weniger als 1989), nimmt die Anzahl der Aktionäre in Dtl. um 1 Mill. zu, steigt der Dax um 47% / Frankreich hat um die Jahreswende 97/98 3,1 Mill. Arbeitslose
1998	Jan./Feb.	07.01.: Regierung in Dtl. beendet Steuerreformdebatte. mit der Opposition für 1998, vor 2000 keine Steuerreform mehr möglich, Kohl: Die Entscheidung wird dem Wähler überlassen (9.01. auf der Klausurtagung der CDU in Windhagen)
1998	März/April	Ab 01.03. zahlt die Preussag Stahl Ilsenburg Westtarif; 19.03.: ORWO Wolfen beantragt Gesamtvollstreckung
1998	Mai/Juni	30.06. Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt a. M. gegründet
1998	Juli/Aug.	1998-2001 werden in Dtl. mehr als 1 Bill. DM vererbt
1998	Sept./Okt.	8.09. Aktionäre von Daimler-Benz und Chrysler für Fusion /

Abkürzungen und Termini in den Tabellen zur DDR-Geschichte

ABF	Arbeiter- und Bauern-Fakultät
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AdW	(ab 1972) Akademie der Wissenschaften der DDR; 1946-1972 Deutsche Akademie der Wissenschaften (DAW)
AG-SDAG	AG-Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (Wismut)
antifa.-demokr.	antifaschistisch-demokratisch
AWG	Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaft
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BBZ	Britische Besatzungszone
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BIZ	Bank für internationalen Zahlungsverkehr
BKV	Betriebskollektivvertrag
BT	(Deutscher) Bundestag
BVG	Bundesverfassungsgericht
CDU	Christlich Demokratische Union
COCOM	Coordinating Committee for East-West-Trade-Policy
D. Z. f. Ph.	Deutsche Zeitschrift für Philosophie
DAW	Deutsche Akademie der Wissenschaften der DDR
DB	Durchführungsbestimmung
DEFA	Deutsche Film AG (Filmgesellschaft der DDR, seit 1952 VEB)
DFF	Deutscher Fernsehfunk
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DM	Deutsche Mark (Währungseinheit der BRD)
DSV	Deutscher Schriftstellerverband
Dtld.	Deutschland
dt	deutsch, deutsche
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
DZfVV	Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung
EH	Erich Honecker
EKD	Evangelische Kirche Deutschlands
ERP	European Recovery Program (Marshall-Plan)
Erwerbst.	Erwerbstätige
EURECA	European Retrievable Carrier (europäische rückführbare Forschungsplattform)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FR	Frankfurter Rundschau
gegr.	gegründet
GB	Großbritannien

GM	Günter Mittag
Grdg.	Gründung
GS	Generalsekretär
GSSD	Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland
G7	Siebenergruppe: Konferenz der 7 wichtigsten westlichen Industriestaaten
HEP	Hochschul-Erneuerungs-Programm
HfÖ	Hochschule für Ökonomie
HO	(staatliche) Handelsorganisation
HS	Hochschule
HS f L	Hochschule für Landwirtschaft
HS f LPG	Hochschule für landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften
H. u. F.	Hoch- und Fachschulwesen
HVA	Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit (Auslandsgeheimdienst der DDR)
IM	Informeller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit
IMES	Die IMES GmbH war die für internationale Waffengeschäfte verantwortliche Firma des Bereiches <i>Kommerzielle Koordinierung</i> (KoKo)
INF Vertrag	Intermediate-Range Nuclear Forces (INF) Treaty (The Treaty Between the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics on the Elimination of Their Intermediate-Range and Shorter-Range Missiles.)
IOC	Internationales Olympisches Komitee
IWF	Internationaler Währungsfond
KAI	zuerst seit 26.9.90: Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für die Institute und Einrichtungen der ehemaligen AdW der DDR. Dann seit 1.1.91: Koordinierungs- und Aufbau-Initiative für die Forschung in den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (KAI e.V.)
KB	Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands
KoKo	Bereich Kommerzielle Koordinierung, (ab 1966) im Ministerium für Außenhandel der DDR. Seit 1976 endgültig dem ZK der SED unterstellt.
KUA	Kunst und Antiquitäten
KP	Kommunistische Partei(en)
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
L-L	Liebknecht-Luxemburg
LM	Lesematerial
LNF	Landwirtschaftliche Nutzfläche
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
Ltg.	Leitung
M	Mark (Währungseinheit der DDR)
MAS	Maschinen-Ausleihstation
MEGU Leipzig	VEB Metallguß Leipzig
MEL Inst.	Marx-Engels-Lenin-Institut
MELS Inst.	Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MP	Ministerpräsident
MR	Ministerrat
MS.-Druck	Manuskriptdruck

MTS	Maschinen-Traktoren-Station
MW	Megawatt
ND	Neues Deutschland - publizistisches Zentralorgan der SED
NE	Nationaleinkommen
NKWD	Volkskommissariat für innere Angelegenheiten der UdSSR– russ.: Narodny Kommissariat Wnutrnnich Djel, [ab 1946: MWD , ab 1954 KGB]
NOK	Nationales Olympisches Komitee der DDR
NÖSPI	Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
NVA	Nationale Volksarmee der DDR
ÖSS	Ökonomisches System des Sozialismus
PB	Politbüro
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PGH	Produktionsgenossenschaft des Handwerks
Plankom.	Staatliche Plankommission der DDR
PHS	Parteihochschule <i>Karl Marx</i> beim ZK der SED:
publ.	publiziert
PV	Parteivorstand
RAF	Rote Armee Fraktion (linksradikale, terroristische Untergrundorganisation in der Bundesrepublik Deutschland)
Rbl.	Rubel
rd.	rund (circa)
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON)
SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (Berlin)
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDAG	Deutsch-Sowjetische Aktiengesellschaft
SDI	Strategic Defensive Initiative (Forschungsprogramm der USA z. Errichtung e. Abwehrsystems gegen ballistische Atomraketen)
SED PB	Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
SED-ZS	Zentralsekretariat der SED
SfS	Staatssekretariat für Staatssicherheit (Status des MfS 1953-1955)
SMA/Sachsen	Sowjetische Militäradministration/Sachsen
SMAD	Sowjetische Militäradministration
Sockel	Im SED-Apparat für : Saldo zwischen Forderungen und Verbindlichkeiten (gegenüber westlichem Ausland)
SPK	Staatliche Plankommission der DDR
SU	Sowjetunion
SV	Sozialversicherung
THA	Treuhandanstalt
TR	Tägliche Rundschau (Tageszeitung der Sowjetischen Besatzungszone)
UGO	Unabhängige Gewerkschaftsopposition
UNCTAD	Welthandelskonferenz
USBZ	Amerikanische Besatzungszone
Vdgb	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe

VE	volkseigene
VEB	Volkseigener Betrieb
VHS	Verkehrs-Hochschule
VM	Valuta-Mark
VRP	Volksrepublik Polen
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
VW	Volkswirtschaft
VWR	Volkswirtschaftsrat der DDR
w.-t.	wissenschaftlich-technisch
WIP	Wissenschaftler-Integrations-Programm
ZIPh	Zentralinstitut für Philosophie an der Akademie der Wissenschaften der DDR
ZK	Zentralkomitee
ZVB	Zentralverordnungsblatt